



Unterrichtung

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Magdeburg, 29. Juni 2018

Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse gemäß § 2 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich gemäß § 2 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz den Bericht

Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse gemäß § 2
Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz

zur Kenntnisnahme.

Federführend ist das Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Robra
Staats- und Kulturminister

Verfügung der Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt:

Die Unterrichtung des Landtages erfolgt gemäß § 54 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT).

Gemäß § 40 Abs. 1 GO.LT überweise ich den o. g. Bericht zur Kenntnis an die Ausschüsse für Finanzen (federführend) sowie für Inneres und Sport.

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung. Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader. Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.

(Ausgegeben am 09.07.2018)



SACHSEN-ANHALT

Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse gemäß § 2 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz

Bericht der Landesregierung

Magdeburg, den 13. Juni 2018

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
1.1.	Gesetzlicher Auftrag	4
1.2.	Das aktuelle Finanzausgleichsgesetz	4
1.3.	Hinweise und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände für die Evaluierung	8
1.4.	Hinweise und Anregungen des Landesrechnungshofes für die Evaluierung	9
1.5.	Ziel und Umfang der Evaluierung	9
1.6.	Hinweis auf die Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode	10
1.7.	Kurzfassung des Evaluierungsergebnisses	11
1.8.	Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände zum Evaluierungsergebnis	16
2.	Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Sachsen-Anhalt	16
2.1.	Entwicklung der Einnahmen / Einzahlungen 2013 bis 2017	16
2.2.	Entwicklung der Ausgaben/Auszahlungen 2013 bis 2017	21
2.3.	Entwicklung der Salden aus Einnahmen und Ausgaben 2013 bis 2017	24
2.4.	Reaktionsmöglichkeiten der Kommunen zur Realisierung dauerhafter Ausgleiche	25
2.5.	Kommunale Schuldenentwicklung	26
2.5.1.	Entwicklung der kommunalen Schulden insgesamt	26
2.5.2.	Entwicklung der kommunalen Investitionskredite	27
2.5.3.	Entwicklung der kommunalen Liquiditätskredite	29
2.6.	Entwicklung der Finanzvermögen (Geldanlagen) der Kommunen	31
3.	Berechnung eines bedarfsgerechten Finanzbedarfs der Kommunen	33
3.1.	Prüfungsmaßstab, verfassungsrechtliche Vorgaben	33
3.2.	Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs für das Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021	35
3.3.	Schema zur Berechnung der Finanzausgleichsmasse als Prüfungsmaßstab für die Evaluierung 2018 bis 2021	37
3.4.	Fortschreibung des Bedarfs entsprechend geeigneter Parameter	38
4.	Bestimmung der möglichen Finanzausgleichsmasse anhand der berechneten Teilmassen und Fortschreibungen	40
4.1.	Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf (siehe Kapitel 3)	40
4.2.	Bestimmung des voraussichtlichen sonstigen konsumtiven Nettotransfers des Landes 2018 bis 2021	44
4.3.	Steuereinnahmen der Kommunen 2018 bis 2021	45
4.4.	Oberzentrumszuschlag für die kreisfreien Städte 2018 bis 2021	47
4.5.	Bestimmung des pauschalen Tilgungsbeitrages für 2018 bis 2021	48
4.6.	Höhe der Investitionspauschale für 2018 bis 2021	53
4.7.	Ausgleichsstock für 2018 bis 2021	54

4.8.	Bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse einschließlich Investitionspauschale und Ausgleichsstock	54
4.9.	Nicht berücksichtigte Einflussgrößen.....	55
4.9.1.	Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunaler Auswirkung für die Jahre 2018 bis 2021.....	56
4.9.2.	Landesinterner Benchmark	60
4.9.3.	Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen	61
4.9.4.	Modellrechnung zur Finanzausgleichsmasse unter Berücksichtigung nicht angewandeter Einflussgrößen.....	62
5.	Verteilung der Finanzausgleichsmasse.....	63
5.1.	Aufteilung der Finanzausgleichsmasse zwischen eigenem und übertragenen Wirkungskreis der Kommunen	63
5.2.	Zuweisungen für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	64
5.2.1.	Zuweisungen nach § 4 FAG.....	64
5.2.2.	Zuweisungen nach § 5 FAG.....	69
5.3.	Bestimmung der Teilmassen des eigenen Wirkungskreises.....	70
5.3.1.	Zuweisungen nach § 7 FAG.....	70
5.3.2.	Zuweisungen nach § 9 FAG.....	72
5.3.3.	Zuweisungen nach § 10 FAG.....	73
5.3.4.	Zuweisungen nach § 11 FAG.....	74
5.3.5.	Zuweisungen nach § 12 FAG.....	75
5.3.6.	Übersicht horizontale Verteilung der Finanzausgleichsmasse.....	75
6.	Steuerschwächere Kommunen	76
7.	Ergebnis der Evaluierung.....	78
7.1.	Vergleich der Berechnungsergebnisse mit der im Gesetz festgelegten Finanzausgleichsmasse und Teilmassen.....	78
7.1.1.	Finanzausgleichsmasse nach § 2 FAG	78
7.1.2.	Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG	81
7.1.3.	Besondere Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG	84
7.1.4.	Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG	84
7.2.	Investitionspauschale nach § 16 FAG	87
7.3.	Ausgleichsstock nach § 17 FAG.....	88
8.	Handlungsempfehlungen für den Landtag	88
9.	Ausblick auf die Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode	89
	Anlagenverzeichnis	91
	Abbildungsverzeichnis.....	92
	Abkürzungsverzeichnis.....	95

1. Einleitung

1.1. Gesetzlicher Auftrag

Nach § 2 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) nimmt die Landesregierung eine Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse vor und berichtet dem Landtag hierüber bis zum 30. Juni 2018.

Sofern sich aus Sicht der Landesregierung gesetzgeberische Maßnahmen empfehlen, soll der Bericht einen Vorschlag enthalten.

1.2. Das aktuelle Finanzausgleichsgesetz

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 17. Februar 2017 (GVBl. LSA S. 24) wurde – den Wünschen der kommunalen Gemeinschaft entsprechend – für die Jahre 2017 bis 2021 die Finanzausgleichsmasse auf 1.628 Mio. Euro festgeschrieben. Dabei wurde die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 wie folgt aufgeteilt:

- Ausgleichsstock 40 Mio. Euro
- Investitionspauschale 150 Mio. Euro
- Auftragskostenpauschale (übertragener Wirkungskreis) in Höhe von 23 Prozent der Finanzausgleichsmasse
- Erstes und Zweites Funktionalreformgesetz rund 10 Mio. Euro sowie
- Schlüsselzuweisungen und besondere Ergänzungszuweisungen (eigener Wirkungskreis) in Höhe des Restbetrages.

Für die Binnenverteilung der Schlüsselzuweisungen wurden ab dem Jahr 2017 u. a. folgende Änderungen umgesetzt:

- Bei der Bemessungsgrundlage Steuerkraft wurden die Steuerkraftzahlen der Realsteuern vom Durchschnitt der gewogenen Hebesätze auf fiktive (feste) Hebesätze umgestellt, um hierüber weitere Anreize für die einzelnen Kommunen zu geben, ihre Haushaltssituation eigenständig zu gestalten.
- Die von allen gezahlte allgemeine Finanzausgleichsumlage wurde gezielt den steuer schwächeren kreisangehörigen Gemeinden zur Verfügung gestellt.
- Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage wurden von den Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des aktuellen Jahres auf die des vergangenen Jahres umgestellt.

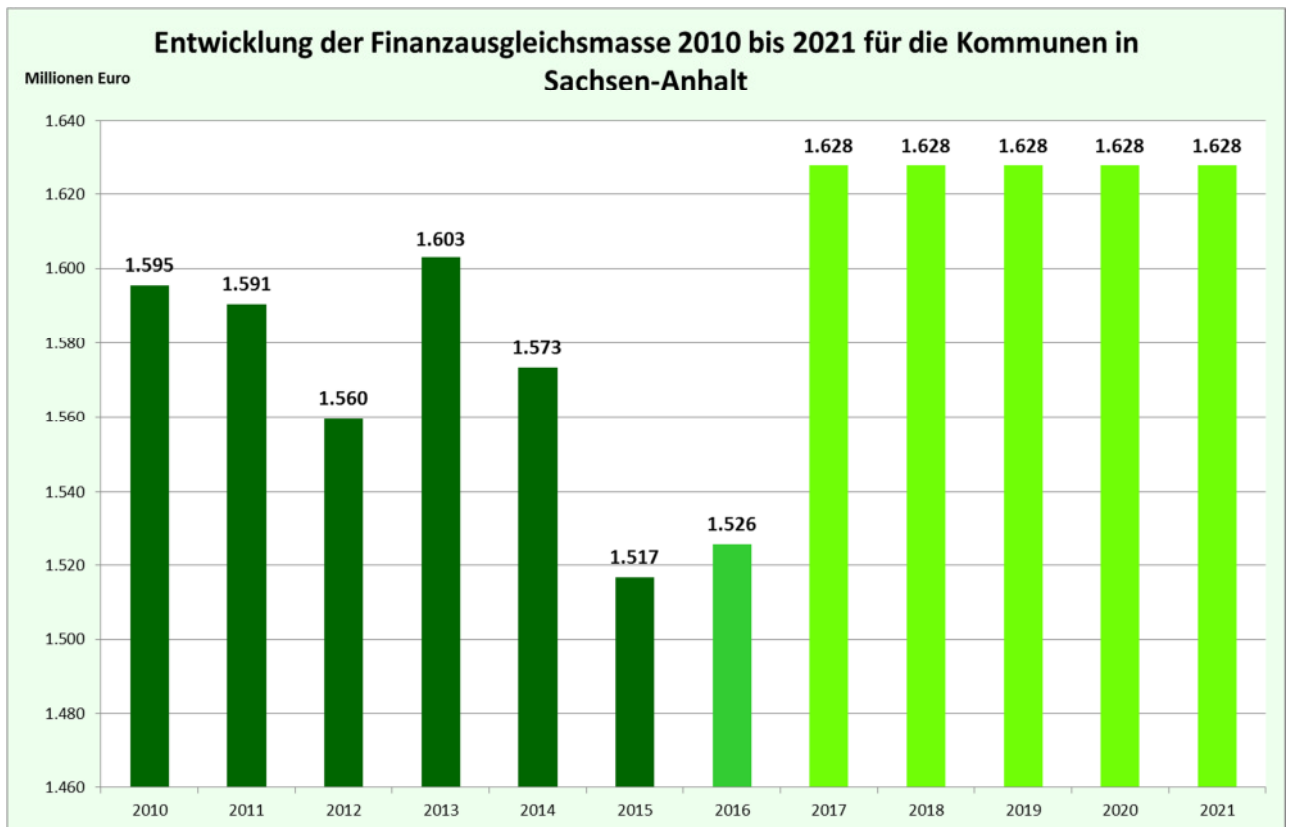


Abbildung 1: Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2010 bis 2021

Quelle: FAG 2010 bis 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Diese Festschreibung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 bietet den Kommunen eine deutlich höhere Planungssicherheit, da die Finanzausgleichsmasse nicht mehr wie bisher jährlich schwankt. Zudem wurden den Kommunen die Grundlagen gegeben, ihre voraussichtlichen eigenen Einnahmen aus dem Finanzausgleich besser schätzen zu können.

Bei der Festlegung der Höhe der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 wurde grundsätzlich von der bisherigen Methodik der Bedarfsermittlung ausgegangen, da an dem Grundprinzip einer aufgabenorientierten Finanzausstattung festgehalten wurde.

Aus der **Abbildung 2** ist ersichtlich, wie sich die Finanzausstattung der Kommunen seit Beginn dieser Legislaturperiode im Jahr 2016 verbessert hat. Dabei ist auch berücksichtigt, dass die Finanzausgleichsmasse bereits in dieser Legislaturperiode durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 14. September 2016 (GVBl. LSA S. 232) um 80 Mio. Euro von 1.446 Mio. Euro auf 1.526 Mio. Euro angehoben worden ist.

Auch die Anhebung der einzelnen Teilmassen im Finanzausgleich ist aus der Abbildung zu ersehen.

Teilmassen des FAG		FAG 2016 (alt)	FAG 2016 (neu)	FAG 2017 - 2021
Übertragener Wirkungskreis (üWk)	Übertragener Wirkungskreis	338 Mio. €	338 Mio. €	384 Mio. €
	Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)	-	-	46 Mio. €
	davon			
	Auftragskostenpauschale	328 Mio. €	328 Mio. €	374 Mio. €
	§ 5 FAG	10 Mio. €	10 Mio. €	10 Mio. €
Eigener Wirkungskreis (eWk)	Eigener Wirkungskreis	943 Mio. €	1.023 Mio. €	1.054 Mio. €
	Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)	-	80 Mio. €	111 Mio. €
	davon			
	besondere Ergänzungszuweisungen	243 Mio. €	243 Mio. €	238 Mio. €
	Schlüsselzuweisungen	699 Mio. €	779 Mio. €	816 Mio. €
Investitionspauschale		125 Mio. €	125 Mio. €	150 Mio. €
Ausgleichsstock		40 Mio. €	40 Mio. €	40 Mio. €
Differenz gegenüber FAG 2016 (alt)		-	-	25 Mio. €
SUMME FAG		1.446 Mio. €	1.526 Mio. €	1.628 Mio. €
Differenz Summe gegenüber FAG 2016 (alt)		-	80 Mio. €	182 Mio. €
FAG (alt) FAG Stand März 2016				
FAG (neu) FAG in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 14. September 2016				

Abbildung 2: Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2016 und 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Mit dieser deutlichen Verbesserung ihrer Finanzausstattung über das Finanzausgleichsgesetz und steigenden Steuereinnahmen wurden die Kommunen noch besser in die Lage versetzt, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass durch die Festschreibung der Finanzausgleichsmasse die in den Jahren 2017 bis 2021 weiter steigenden kommunalen Steuereinnahmen (Steuerschätzung November 2017) in diesem Zeitraum **erstmalig** die Masse nicht schmälern.

Abbildung 3 zeigt die voraussichtlichen kommunalen Steuereinnahmen für die betreffenden Jahre.

Bei der Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2017 bis 2021 wurden nur gemeindliche Steuereinnahmen von 1.464 Mio. Euro zugrunde gelegt. Die tatsächlichen Einnahmen waren aber schon bisher deutlich höher und werden dies zukünftig in noch höherem Maße sein. Dieses „Mehr“ an Einnahmen durch das neue Finanzausgleichsgesetz können die Kommunen in freier Gestaltung nutzen, z. B. zum Schuldenabbau, für Investitionen und zur Rücklagenbildung.

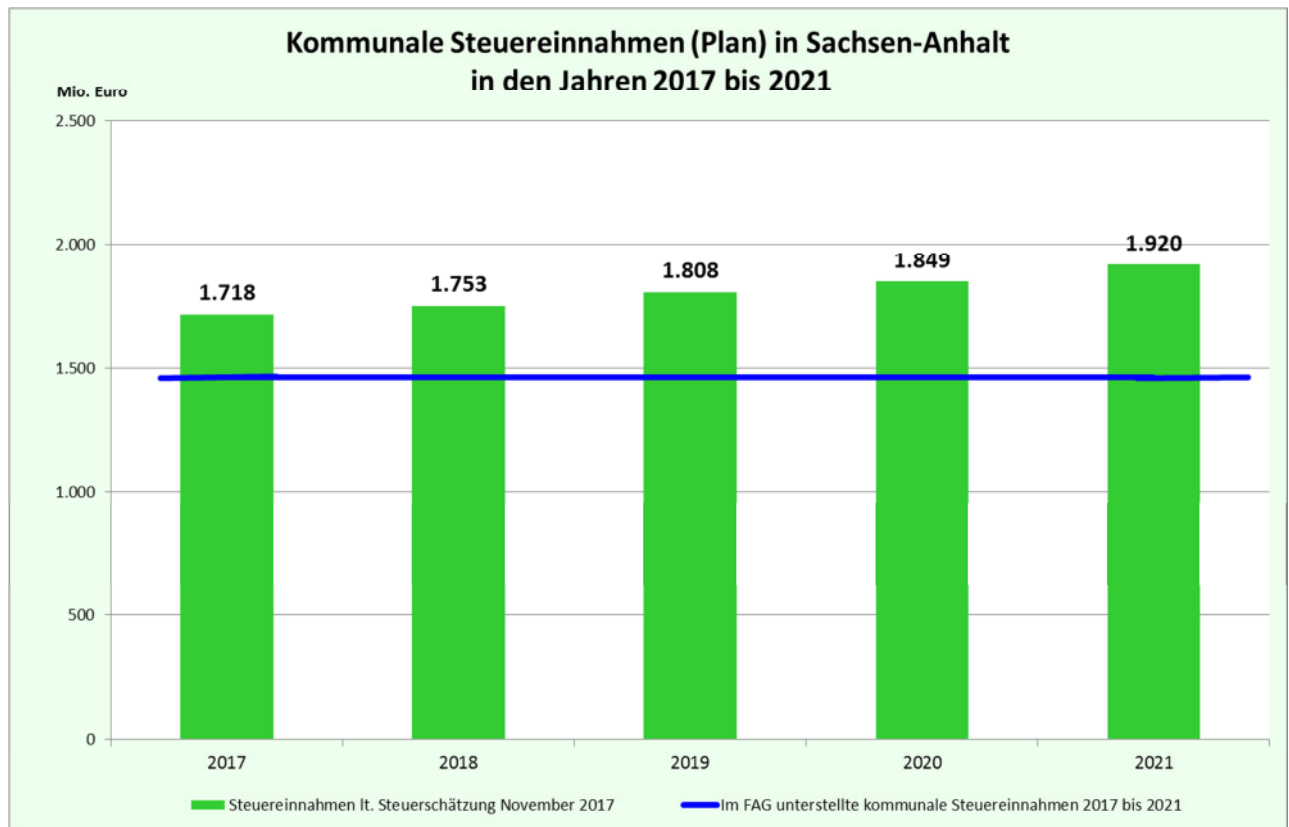


Abbildung 3: Schätzung der kommunalen Steuereinnahmen 2017 bis 2021

Quelle: Steuerschätzung November 2017

Damit bietet das seit 2017 geltende Finanzausgleichsgesetz den Kommunen deutliche Anreize für solides Wirtschaften.

Auch die Verteilung der Teilmasse „Schlüsselzuweisungen“ wurde mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz den Wünschen und Bedürfnissen der Kommunen angepasst.

Zunächst wurde bei der Bestimmung der Bemessungsgrundlage „Steuerkraftmesszahl“ der bisher durchschnittlich gewogene Hebesatz je Grund- bzw. Gewerbesteuer auf einen **festen Hebesatz** je Grund- bzw. Gewerbesteuer umgestellt. D. h. die Berechnung erfolgt mit festen Hebesätzen für jede Steuer, getrennt nach kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden und nicht mehr mit dem sich von Jahr zu Jahr ändernden gewogenen durchschnittlichen Hebesatz für Grund- und Gewerbesteuern.

Während das frühere System für unvorhersehbare Schwankungen anfällig war, bietet das neue System mehr Planungssicherheit. Durch diese Festschreibung der Hebesätze gibt das Land den Kommunen weitere Anreize, ihre Haushaltssituation eigenständig zu gestalten.

Die von besonders steuerstarken (abundanten) kreisangehörigen Gemeinden geleistete Finanzkraftumlage kommt insbesondere durch die ab 2017 geltenden höheren Ausgleichsquoten gezielt den steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden zugute.

Damit wird insbesondere den steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden die Chance eröffnet, ihre jeweiligen Haushalte angemessen auszugestalten.

1.3. Hinweise und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände für die Evaluierung

Mit Schreiben vom 15. Februar 2018 wurde den kommunalen Spitzenverbänden die Möglichkeit gegeben, die aus ihrer Sicht zu berücksichtigenden Themen bei der Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse zu äußern.

Die kommunalen Spitzenverbände merkten mit Schreiben vom 12. März 2018 an, dass die Anhebung der Finanzausgleichsmasse auf jährlich 1.628 Mio. Euro zu einer Stabilisierung der kommunalen Haushalte beigetragen habe, gleichzeitig wirkten aber neue finanzielle Belastungen bzw. Mindereinnahmen an anderer Stelle diesem Ergebnis entgegen.

Hierzu zählen zum einen die Absenkung der sog. SGB II-SoBEZ ab 2017 um rund 41 Mio. Euro /Jahr sowie zum anderen der nach ihrer Auffassung fehlende konnexitätsgerechte Ausgleich für:

- die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes
- die Novellierungen des Kinderförderungsgesetzes in den Jahren 2016 und 2017
- die Änderung der Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung 2017 sowie
- die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Zudem hätten sich finanzielle Lasten verfestigt, die man in 2016 nicht voraussehen konnte. So würden die Kosten für die Integration von Flüchtlingen eine steigende Tendenz zeigen u. a. aufgrund der Erweiterung von Kindergärten und Schulen. Auch stellten die tarif- und besoldungsrechtlichen Erhöhungen seit 2016 eine besondere Belastung für die kommunalen Haushalte dar.

Daher bedürfe die Auftragskostenpauschale, deren Höhe festgeschrieben sei, einer angemessenen Dynamisierung. Ansonsten würden die von den Kommunen für das Land wahrgenommenen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises schleichend kommunal finanziert.

Zu überprüfen sei aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände auch die Höhe der Investitionspauschale nach § 16 FAG. In den letzten beiden Jahren seien die Baupreise stark angestiegen, so dass vor diesem Hintergrund in einem ersten Schritt der komplette Betrag von 150 Mio. Euro /Jahr nach § 16 Abs. 1 für die Kommunen verfügbar werden müsse. Perspektivisch sei auch über eine Aufstockung der Investitionspauschale zu sprechen, damit die Kommunen ihre dringend notwendigen Investitionsmaßnahmen in eigener Verantwortung realisieren könnten.

Zudem bereite es große Sorge, dass bei den Gewerbesteuereinnahmen auf fünf Kommunen rund 37 Prozent (291 Mio. Euro) entfallen würden. Bei den allermeisten Kommunen bestünde daher weiterhin eine ganz erhebliche Einnahmeschwäche.

Der Ausgleichsstock könnte im Rahmen der Überprüfung um weitere Verwendungsmöglichkeiten – wie interkommunale Zwecke der Verwaltungsmodernisierung – erweitert werden.

1.4. Hinweise und Anregungen des Landesrechnungshofes für die Evaluierung

In seinem Jahresbericht 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2015, Teil 2, Abschnitt IV (Lage der Kommunalfinanzen) skizziert der Landesrechnungshof mehrere Themenbereiche, die bei der Erarbeitung eines ab 2022 geltenden Finanzausgleichsgesetzes berücksichtigt werden sollten.

Dabei begrüßte er die Rücknahme von systemfremden Kürzungen der jüngsten Vergangenheit mit dem aktuellen Finanzausgleichsgesetz, hält jedoch den Verzicht auf Benchmarking für einen Fehler, der zügig wieder korrigiert werden sollte.

Er fordert eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Konzeptes zur Bedarfsermittlung der angemessenen kommunalen Finanzausstattung in Verbindung mit einer nachvollziehbaren Datenbasis.

Auch sollten die tatsächlichen Tilgungsbeträge für Kreditmarktschulden bei der Ermittlung des Finanzbedarfs der Kommunen einbezogen werden. Da diese durch eine Statistik nicht mehr erhoben werden, schlägt er hierfür eine Erhebung über eine Abfrage bei allen Kommunen vor.

Des Weiteren sollten die Nettoabschreibungen der kommunalen Haushalte in die Finanzbedarfsbemessung der kommunalen Haushalte einfließen.

Zukünftig sollte der kommunale Finanzausgleich zudem verstärkt anreizorientiert ausgestaltet werden.

Insgesamt empfiehlt der Landesrechnungshof eine konsequente Weiterentwicklung des bedarfsorientierten Finanzausgleichsgesetzes und eine verstärkte Berücksichtigung anreizkompatibler Elemente.

1.5. Ziel und Umfang der Evaluierung

Die kommunalen Spitzenverbände haben mehrere Untersuchungsgebiete vorgeschlagen, mit denen sich die Landesregierung intensiv auseinandergesetzt hat.

Auch die Vorschläge des Landesrechnungshofes wurden einer eingehenden Prüfung daraufhin unterzogen, inwieweit eine Einbeziehung bereits zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist.

Darüber hinaus wurde bei den Kommunen eine Abfrage für eine erste Datenbasis zu den Nettoabschreibungen für Investitionen und der ordentlichen Tilgung für die Haushaltsjahre 2013 bis 2016 durchgeführt, um zu prüfen, inwieweit Nettoabschreibungen bei der Evaluierung der Finanzausgleichsmasse bereits berücksichtigt werden könnten.

Unter Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente, der vorliegenden statistischen Daten, der vorliegenden Datenabfragen an die Kommunen, des verfügbaren zeitlichen Rahmens und der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden mit der vorliegenden Evaluierung folgende Parameter bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse überprüft:

- Entwicklung der Zuschussbedarfe der Kommunen
- Entwicklung des sonstigen Nettotransfers des Landes
- Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2018 bis 2021
- Bestimmung eines Tilgungsbeitrages unter Berücksichtigung des STARK II-Programmes und der Abfrageergebnisse zu den kommunalen Nettoabschreibungen und ordentlichen Tilgungszuschüssen
- Änderungen bei bundesgesetzlichen Regelungen für die Jahre 2018 bis 2021 mit Auswirkungen auf kommunale Haushalte.

Bei der Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Teilmassen werden folgende Teilmassen einer Prüfung unterzogen:

- § 4 FAG – Auftragskostenpauschale
- § 7 – 11 FAG – Summe der besonderen Ergänzungszuweisungen und
- § 12 FAG – Schlüsselzuweisungen.

Schlussendlich werden Regelungen zur Vorwegentnahme des § 16 Abs. 2 FAG bei der Investitionspauschale einer Prüfung auf der Basis der Haushaltsumsetzung in 2017 unterzogen.

1.6. Hinweis auf die Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode

Bei dem gesetzlichen Auftrag, eine Überprüfung der Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse vorzunehmen, handelt es sich um eine „kleine Evaluierung“ 18 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes. Mit ihr wird der von einigen Landesverfassungsgerichten angenommenen „Beobachtungspflicht“ hinsichtlich der Angemessenheit der Finanzausstattung vorsorglich Rechnung getragen.

Einige der von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesrechnungshof vorgebrachten Themen konnten bei der vorliegenden Evaluierung nicht einbezogen werden, vielmehr können sie erst bei der „großen Evaluierung“ zum Ende der Legislaturperiode berücksichtigt werden. Der Koalitionsvertrag sieht hierzu vor, dass zum Ende der Legislaturperiode eine Überprüfung des kommunalen Finanzbedarfs mit dem Ziel angestrebt wird, eine auskömmliche Finanzausgleichsmasse für die dann folgende Legislaturperiode zu bestimmen.

Die Nichtberücksichtigung dieser Themen (z. B. kommunaler Investitionsbedarf, Abschreibungen) ist zum Teil der Tatsache geschuldet, dass die notwendigen Datengrundlagen nicht bzw. noch nicht vorliegen. Die Ermittlung dieser Grundlagen bzw. der Aufbau einer entsprechenden Landesstatistik ist kurzfristig nicht umsetzbar.

Auch ist die Problematik, dass viele Kommunen noch keine aufgestellte, geprüfte und/oder beschlossene Eröffnungsbilanz und folglich auch noch keine Jahresabschlüsse haben, nicht zu unterschätzen. Dies ist eine wesentliche Ursache dafür, dass die Berücksichtigung verschiedener doppischer Probleme der Kommunen zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist.

Zum anderen können auch einzelne Themen (u. a. Überarbeitung des systematischen Ansatzes) nur im Rahmen einer gutachterlichen Prüfung betrachtet werden. Dabei soll die aktuelle Bedarfsberechnung einschließlich aller Teilsummen einer intensiven Prüfung unterzogen werden. Ziel ist die Erarbeitung eines neuen Ansatzes für die zukünftige Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs.

Die Hinweise und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände und des Landesrechnungshofes sollen in die gutachterliche Erarbeitung eines bedarfsentsprechenden Ansatzes zur Bestimmung einer erforderlichen Finanzausgleichsmasse einbezogen werden.

Dazu ist beabsichtigt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, bestehend aus Vertretern des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Inneres und Sport, des Landesrechnungshofes und der kommunalen Spitzenverbände.

Die weitere Vorgehensweise und der Umfang der zu betrachtenden Fragestellungen sind in Kapitel 9 eingehend dargestellt.

1.7. Kurzfassung des Evaluierungsergebnisses

Nach dem Ergebnis der Evaluierung wird mit der im Finanzausgleichsgesetz festgelegten Finanzausgleichsmasse in Höhe von jährlich 1.628 Mio. Euro in den Jahren 2018 bis 2021 eine angemessene Finanzausgleichsmasse nicht unterschritten.

Zur Prüfung zur Höhe der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021 wird das bis 2016 verwendete bedarfsorientierte Berechnungsschema zugrunde gelegt. Dabei werden die aktuell verfügbaren Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, die Kassenstatistik 2017 sowie die Schuldenstatistik 2016 einbezogen.

Grundlage für die kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2018 bis 2021 ist die Steuerschätzung vom November 2017. Die Steuerschätzung vom Mai 2018 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Evaluierungsberichtes noch nicht vor. Nach den mittlerweile vorliegenden Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung entwickeln sich die Steuereinnahmen der Kommunen weiterhin sehr positiv. Zugunsten der Kommunen wird auf eine Aktualisierung der Evaluierungsberechnung überwiegend verzichtet. Die Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2018 werden aber kurz dargestellt.

Aufbauend auf den in den Kapiteln 4.1 bis 4.7 ergibt sich Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021 nach folgender Berechnungsformel:

$$\begin{aligned} & \text{kommunaler konsumtiver Finanzbedarf einschließlich § 5 FAG (siehe auch Kapitel 4.1)} \\ & \text{./. sonstiger Nettotransfer des Landes (Kapitel 4.2)} \\ & \text{./. kommunale Steuereinnahmen (Kapitel 4.3)} \\ & + \text{Oberzentrumszuschlag (siehe Kapitel 4.4)} \\ & + \text{pauschaler Tilgungsbeitrag (siehe Kapitel 4.5)} \\ & = \text{bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse} \\ & + \text{Investitionspauschale (siehe Kapitel 4.6)} \\ & + \text{Ausgleichsstock (siehe Kapitel 4.7)} \\ & = \underline{\underline{\text{Finanzausgleichsmasse insgesamt}}} \end{aligned}$$

Der kommunale konsumtive Finanzbedarf und der sonstige konsumtive Nettotransfer des Landes (außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes) können anhand der vorliegenden Statistiken nur bis 2017 rechnerisch ermittelt werden.

Aufbauend auf die Bedarfsberechnung bis 2016 erfolgt die Fortschreibung für die Jahre 2018 bis 2021 mit dem prognostizierten jährlichen Preisniveau.

Um die vielfach angesprochenen kommunalen Mehrbedarfe (u. a. durch Tarifsteigerungen für das kommunale Personal) zu berücksichtigen, wird als Alternative eine Fortschreibung mittels der durchschnittlichen prozentualen Ist-Entwicklung der Werte „kommunaler konsumtiver Finanzbedarf“ und „Sonstiger Nettotransfer des Landes“ im Zeitraum 2015 bis 2017 vorge-

nommen. Dabei wird der kommunale konsumtive Finanzbedarf im Durchschnitt mit einem jährlichen Prozentsatz von 3,2 Prozent fortgeschrieben.

Im Evaluierungsbericht werden folgende Fortschreibungsmöglichkeiten dargestellt:

- **Variante A** = Fortschreibung mit jährlich prognostiziertem Preisniveau
- **Variante B** = Fortschreibung mit der durchschnittlichen Entwicklung 2015 bis 2017 der kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe und sonstigen Nettotransfers

Da die Entwicklung des kommunalen Finanzbedarfs und des sonstigen Nettotransfers z. T. starken Schwankungen in den vergangenen Jahren unterlag, ist eine Fortschreibung für vier Jahre mit Unsicherheiten verbunden. D. h. je ferner das Fortschreibungsjahr (2020 und 2021) von der Fortschreibungsgrundlage (2015 bis 2017) entfernt ist, desto unsicherer wird der Eintritt der prognostizierten Ergebnisse.

Vor diesem Hintergrund sind die prognostizierten Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 nur ungefähre Werte, sie unterliegen aber einer weiteren intensiven Beobachtung.

Unter Berücksichtigung der Fortschreibungsvarianten und der dargestellten Berechnungsformel ergäben sich für die Kommunen in Sachsen-Anhalt folgende **Finanzausgleichsmassen** für die Jahre 2018 bis 2021:

Finanzausgleichsmasse	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	1.628.000.000 €	1.523.821.096 €	104.178.904 €	1.528.714.744 €	99.285.256 €
Jahr 2019	1.628.000.000 €	1.522.527.449 €	105.472.551 €	1.524.382.009 €	103.617.991 €
Jahr 2020	1.628.000.000 €	1.532.631.936 €	95.368.064 €	1.525.843.142 €	102.156.858 €
Jahr 2021	1.628.000.000 €	1.505.976.819 €	122.023.181 €	1.487.422.989 €	140.577.011 €

Abbildung 4 : Differenz zwischen Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung

Quelle: Ministerium der Finanzen

Sowohl bei der Fortschreibung nach Variante A als auch nach der Fortschreibung nach Variante B liegt die Finanzausgleichsmasse in allen Jahren um rund 100 Mio. Euro über dem voraussichtlichen Bedarf.

Bei einer Aufteilung auf die drei kommunalen Gruppen wird deutlich, dass bei den kreisfreien Städten und bei den kreisangehörigen Gemeinden die Finanzausgleichsmasse voraussichtlich ausreichend festgelegt wurde. Bei der Gruppe der Landkreise dagegen ist die Finanzausgleichsmasse für 2019 bis 2021 bei der Fortschreibung sowohl nach Variante A als auch nach Variante B im Gesetz etwas zu gering bemessen (siehe Kapitel 7.1.1).

In der vorliegenden Evaluierung sind u. a. durch die Änderungen im Finanzausgleichsgesetz die Auszahlungen zur Kreisumlage bei den kreisangehörigen Gemeinden und damit die entsprechenden Einzahlungen der Kreisumlage bei den Landkreisen unterzeichnet. Nach einer Schätzung der Kreisumlagegrundlagen auf der Basis der Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für 2018, der Kassenstatistik 2017 und der Steuerschätzung vom Mai 2018 ergeben sich für die Kreisumlage voraussichtlich erhebliche Differenzen zugunsten der Landkreise (siehe **Abbildung 66** in Kapitel 7.1.1). Hierdurch können die aufgezeigten Mehrbedarfe ausgeglichen werden.

Auch die Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Teilmassen wurde untersucht. In den Jahren 2020 und 2021 sind nach der vorliegenden Evaluierung Unwuchten zwischen einzelnen Teilmassen und zwischen den kommunalen Gruppen erkennbar. Die prognostizierten Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 sind aber mit einer Unsicherheit hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit ihres tatsächlichen Eintritts behaftet, da die Prognoseparameter z. T. starken Schwankungen unterliegen können (siehe Kapitel 3.4).

Dies vorangestellt ergeben sich für die einzelnen Teilmassen folgende Ergebnisse:

- **Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG**

Bei einem Vergleich der prognostizierten Werte für die **Auftragskostenpauschale** in Kapitel 5.2.1 für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen in § 4 FAG ist festzustellen, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Höhe der Auftragskostenpauschale insgesamt voraussichtlich ausreichend ist.

Auftragskostenpauschale § 4 FAG	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	374.440.000 €	335.561.622 €	38.878.378 €	335.077.081 €	39.362.919 €
Jahr 2019	374.440.000 €	341.730.717 €	32.709.283 €	339.489.238 €	34.950.762 €
Jahr 2020	374.440.000 €	348.359.752 €	26.080.248 €	343.318.904 €	31.121.096 €
Jahr 2021	374.440.000 €	355.114.739 €	19.325.261 €	346.475.334 €	27.964.666 €

Abbildung 5 : Differenz zwischen Auftragskostenpauschale lt. Gesetz und lt. Evaluierung

Quelle: Ministerium der Finanzen

- **Besondere Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG**

In einem summarischen Vergleich der in den Kapiteln 5.3.1 bis 5.3.4 prognostizierten Werte für die **Besonderen Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG** für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen ist festzustellen, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Höhe der Besonderen Ergänzungszuweisungen insgesamt für beide kommunalen Gruppen (Landkreise und kreisfreien Städte) voraussichtlich ausreichend ist.

Besondere Ergänzungs- zuweisungen §§ 7 - 11 FAG	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	237.500.000 €	191.865.514 €	45.634.486 €	193.108.154 €	44.391.846 €
Jahr 2019	237.500.000 €	191.798.616 €	45.701.384 €	189.284.566 €	48.215.434 €
Jahr 2020	237.500.000 €	193.977.415 €	43.522.585 €	187.311.507 €	50.188.493 €
Jahr 2021	237.500.000 €	191.891.185 €	45.608.815 €	180.739.200 €	56.760.800 €

Abbildung 6 : Differenz zwischen Besondere Ergänzungen lt. Gesetz und lt. Evaluierung

Quelle: Ministerium der Finanzen

- **Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG**

Bei einem Vergleich der prognostizierten Werte für die **Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG** in Kapitel 5.3.5 für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen wird sichtbar, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Schlüsselzuweisungen insgesamt voraussichtlich ausreichend ausgestaltet sind.

Schlüssel- zuweisungen § 12 FAG	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	816.047.341 €	795.950.398 €	20.096.943 €	800.516.850 €	15.530.491 €
Jahr 2019	816.047.341 €	788.985.457 €	27.061.884 €	795.595.546 €	20.451.795 €
Jahr 2020	816.047.341 €	790.282.110 €	25.765.231 €	795.200.072 €	20.847.269 €
Jahr 2021	816.047.341 €	758.958.236 €	57.089.105 €	760.195.796 €	55.851.545 €

Abbildung 7 : Differenz zwischen Schlüsselzuweisungen lt. Gesetz und lt. Evaluierung

Quelle: Ministerium der Finanzen

- **Investitionspauschale nach § 16 FAG**

Da die Finanzausgleichsmasse insgesamt in den Prognosejahren 2018 bis 2021 voraussichtlich ausreichend ausgestaltet ist, wird kein Bedarf an einer Änderung der gesetzlichen Regelungen einschließlich der Vorwegentnahme nach § 16 Abs. 2 FAG gesehen.

Die Kommunen haben die Möglichkeit, Überzahlungen bei anderen Teilmassen auch für investive Zwecke zu verwenden. Eine Zweckbindung sieht das Finanzausgleichsgesetz hier nicht vor.

- **Ausgleichsstock nach § 17 FAG**

Die Neufassung des Runderlasses des Ministeriums der Finanzen über Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock nach § 17 FAG vom 21. März 2018 ist am 4. April in Kraft getreten (MBI. LSA S. 129). Hierdurch wurden die Anwendungsmöglichkeiten erweitert und die Voraussetzungen weniger restriktiv gefasst. Es bleibt zunächst abzuwarten, wie sich diese Änderungen in der Praxis auswirken, so dass derzeit keine Notwendigkeit für ein Tätigwerden des Gesetzgebers gesehen wird.

1.8. Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände zum Evaluierungsergebnis

Nach Vorliegen des Evaluierungsergebnisses haben sich die kommunalen Spitzenverbände u. a. wie folgt kritisch zu dem Berichtsentwurf geäußert:

Die mit dem Dritten und Vierten FAG-Änderungsgesetz beschlossenen Systemkorrekturen blieben unberücksichtigt und würden lediglich zeitlich befristet betrachtet. Beispielhaft dafür stünden die erhöhte Anrechnung der gemeindlichen Steuereinnahmen (Steuerschätzung statt Ist-Durchschnitt von drei Jahren), die Überprüfung der Auftragskostenpauschale nach Kassenstatistik und nicht entsprechend der Konsultationsvereinbarung und die Verrechnung von Bundesentlastungen mit konnexitätsbedingten Mehrbelastungsausgleichen. Das so ermittelte Ergebnis werde nicht akzeptiert.

Die nach Vorliegen des Entwurfs des Evaluierungsberichts vorgetragene Kritik der kommunalen Spitzenverbände hat nicht zu einer Änderung des Ergebnisses des Evaluierungsberichts geführt. Weitere kritische Anmerkungen der kommunalen Spitzenverbände wurden aufgegriffen und sind in den Bericht eingeflossen.

2. Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Sachsen-Anhalt

2.1. Entwicklung der Einnahmen / Einzahlungen 2013 bis 2017

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt verfügen über ein breites Spektrum an eigenen Einnahmen¹ zur Finanzierung ihrer Aufgaben. Diese umfassen:

- Steuern,
- öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (z. B. Gebühren, Beiträge),
- privatrechtliche Leistungsentgelte (z. B. Mieten, Pachten),
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen,
- Gewinne aus wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen,
- Einnahmen aus Veräußerungen oder Entgelte für die Nutzung von Verwaltungsvmögen,
- sonstige Einnahmen aus laufender Verwaltungstätigkeit (z. B. Konzessionsabgaben, Bußgelder),
- Zinsen und sonstige Finanzeinnahmen (z. B. Gewinnanteile verbundener Unternehmen und Beteiligungen),
- Zuflüsse aus Investitionstätigkeit (z. B. Veräußerung Grundstücke oder Gebäude, Veräußerung Finanzanlagen).

¹ Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit statt der Begriffe Einnahmen und Einzahlungen nur der Begriff Einnahmen verwendet. Die Unterschiede zwischen Einnahmen und Einzahlungen nach der Doppik bleiben unberücksichtigt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das unmittelbare Aufkommen der Steuern nur den Gemeinden und nicht den Landkreisen und Verbandsgemeinden als Gemeindeverbänden zu- steht.

Über diese eigenen Einnahmemöglichkeiten hinaus erhalten die Kommunen zur Sicherung ihrer Aufgabenerfüllung:

- Zahlungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz,
- zweckgebundene konsumtive Zahlungen des Landes außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (sonstiger Nettotransfer) und
- zweckgebundene investive Zahlungen des Landes außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (investive Fördermittel).

Zudem können die Kommunen auch noch Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aufnehmen.

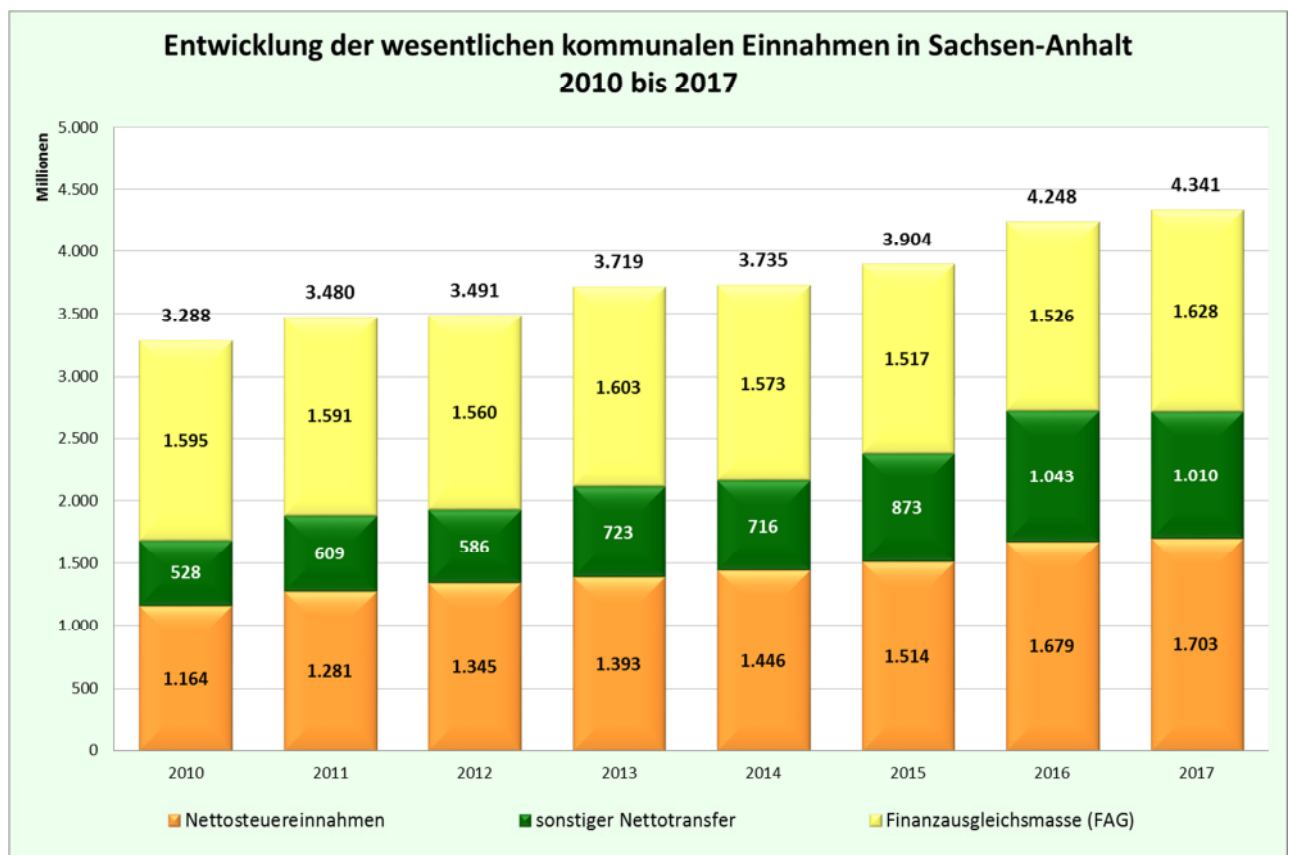


Abbildung 8: Entwicklung der wesentlichen kommunalen Einnahmen 2010 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2010 bis 2016 und Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die Summen der **kommunalen Einnahmen** aus Steuern, Finanzausgleichsgesetz und sonstigem Nettotransfer außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes sind im Zeitraum 2010 bis 2017 um rund 1.053,5 Mio. Euro gestiegen. Das entspricht einer Erhöhung um ca. 32 Prozent gegenüber dem Jahr 2010.

Dabei haben sich die Steuereinnahmen um rund 539,1 Mio. Euro (ca. 46 Prozent gegenüber 2010) erhöht. Der Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen wird hauptsächlich von den Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer getragen (siehe **Abbildung 9**).

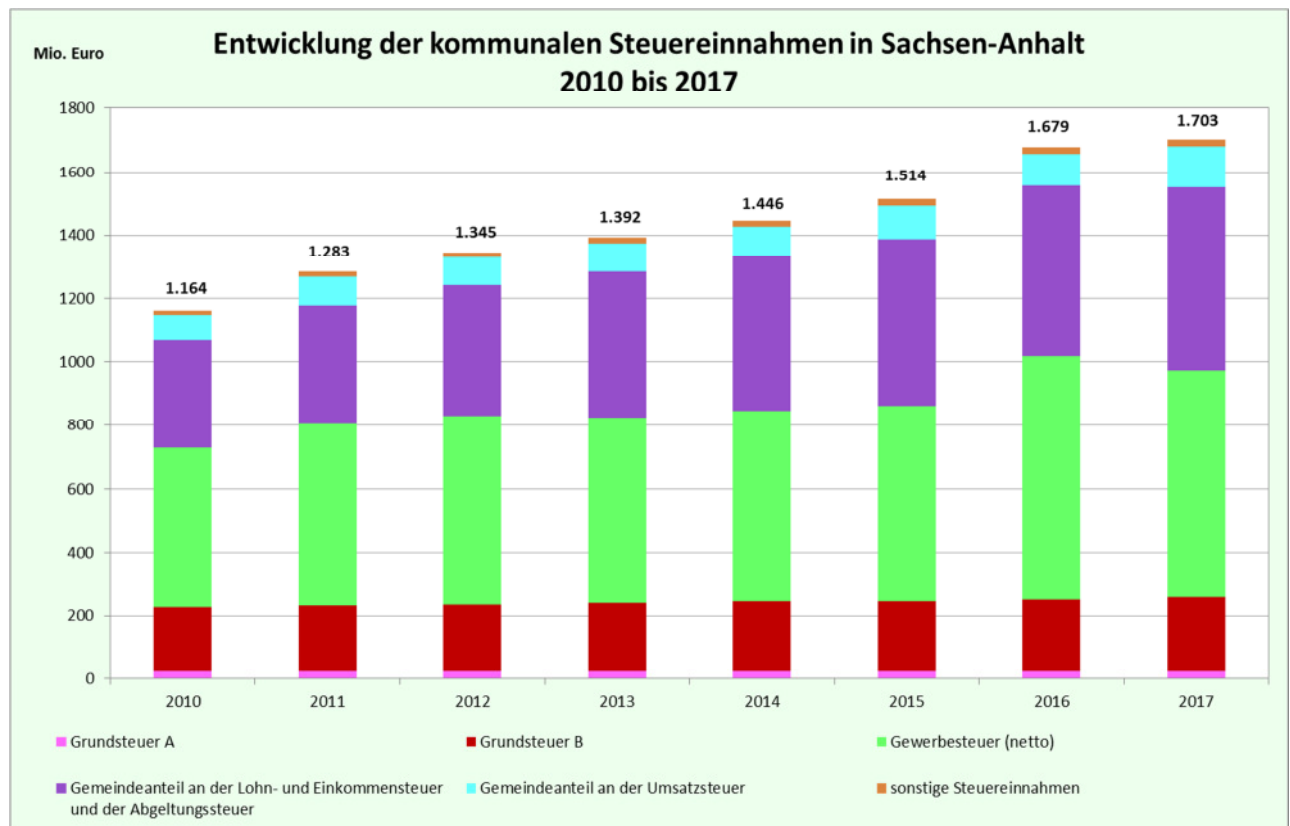


Abbildung 9: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2010 bis 2017

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14. Reihe 4; Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Bei der Gewerbesteuer konnten die Gemeinden zwischen 2010 und 2017 ihre Einnahmen um ca. 42,4 Prozent steigern, während sich die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer trotz sinkender Bevölkerungszahlen um rund 70,2 Prozent erhöht haben. Der Anteil der Steuereinnahmen an den gesamten kommunalen Einnahmen hat sich damit seit 2010 von 22,5 Prozent auf 27,2 Prozent erhöht.

Nettosteuerereinnahmen je Einwohner	2010	2017
Gemeinden Sachsen-Anhalt	498,5 €	761,6 €
<u>davon:</u>		
kreisfreie Städte	558,0 €	791,7 €
kreisangehörige Gemeinden	480,1 €	751,6 €

Abbildung 10: Kommunale Steuereinnahmen in Euro je Einwohner 2010 und 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistik 2010, Kassenstatistik 2017 des Statistischen Landesamtes, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Bei einer Betrachtung der gemeindlichen Gruppen – kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden – wird deutlich, dass sich die Nettosteureinnahmen je Einwohner insgesamt um mehr als 52 Prozent erhöht haben.

Diese positive Entwicklung können sowohl die kreisfreien Städte als auch die kreisangehörigen Gemeinden aufweisen. In **Abbildung 10** sind die durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner der Jahre 2010 und 2017 als Vergleich dargestellt.

Die geringen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen liegen zum einen in den unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen und zum anderen auch in der unterschiedlichen Ausschöpfung der Gestaltungsspielräume bei ihren eigenen Einnahmen (Hebesatzunterschiede).

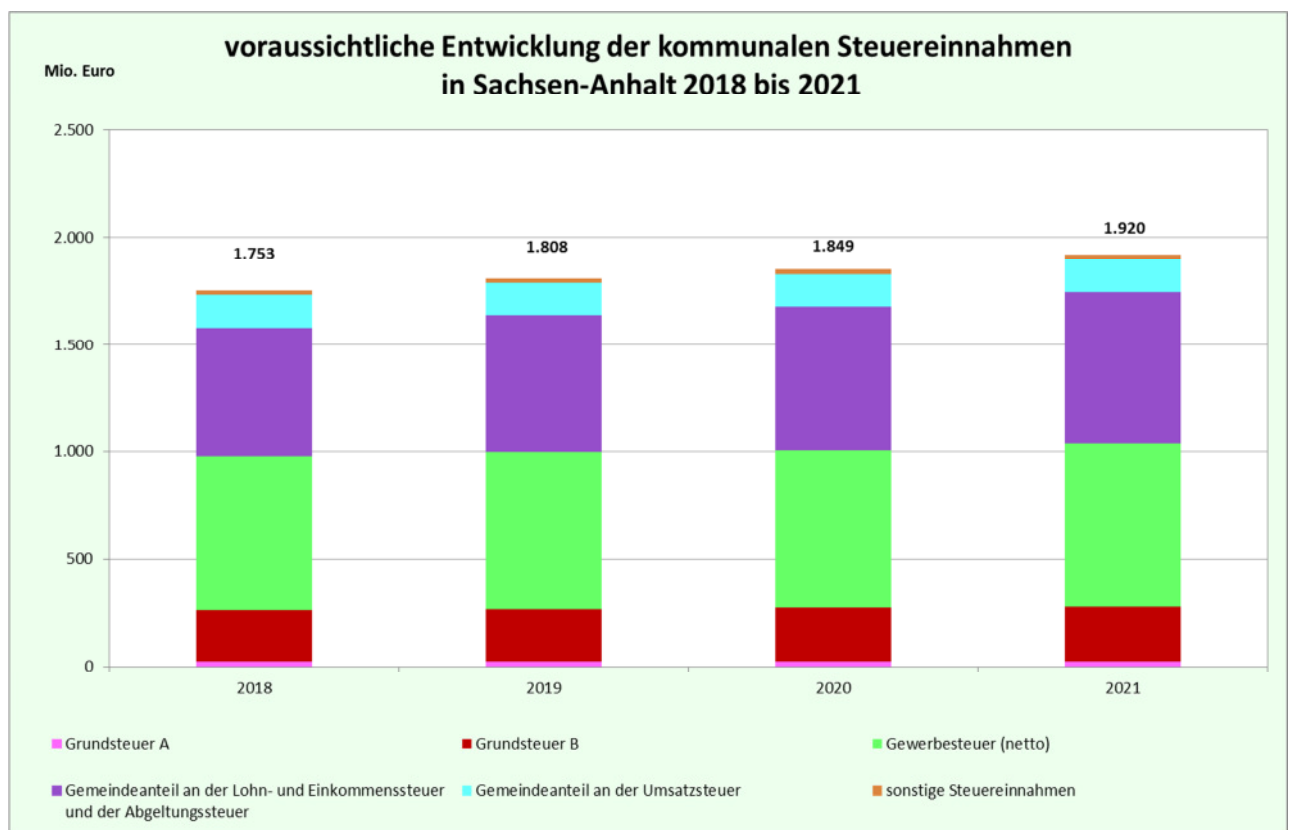


Abbildung 11: Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2018 bis 2021

Quelle: Steuerschätzung November 2017; eigene Darstellung

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass die kreisangehörigen Gemeinden in Sachsen-Anhalt bei einem Realsteuervergleich für das Jahr 2016 mit 300 Prozent den geringsten gewogenen durchschnittlichen Hebesatz für die Gewerbesteuer bei den ostdeutschen Flächenländern ausweisen (siehe **Abbildung 49**). Dies ist u. a. bedingt durch eine einmalige sehr hohe Gewerbesteuerzahlung (rund 150 Mio. Euro) bei einer kreisangehörigen Gemeinde mit einem sehr niedrigen Gewerbesteuerhebesatz. Bei Herausrechnung dieser einmaligen sehr hohen Gewerbesteuerzahlung in 2016 läge der durchschnittliche gewogene Gewerbesteuer-

hebesatz für 2016 bei den kreisangehörigen Gemeinden dann nicht mehr – wie in der Statistik ausgewiesen – bei 300 Prozent, sondern bei rund 348 Prozent.

Nach der Steuerschätzung vom November 2017 wird sich die positive Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen in den Jahren 2018 bis 2021 fortsetzen mit einer Steigerung um rund 202 Mio. Euro. Das entspricht einer Erhöhung um 12 Prozent gegenüber 2017.

Zusammenfassend ist in der **Abbildung 12** die Entwicklung der bereinigten Gesamteinnahmen² der Kommunen und die Verteilung auf die verschiedenen Einnahmemöglichkeiten der Jahre 2013 bis 2017 dargestellt. Die Kredite für Investitionen sind in der Position „Einnahmen aus investiver Finanzierungstätigkeit“ enthalten.

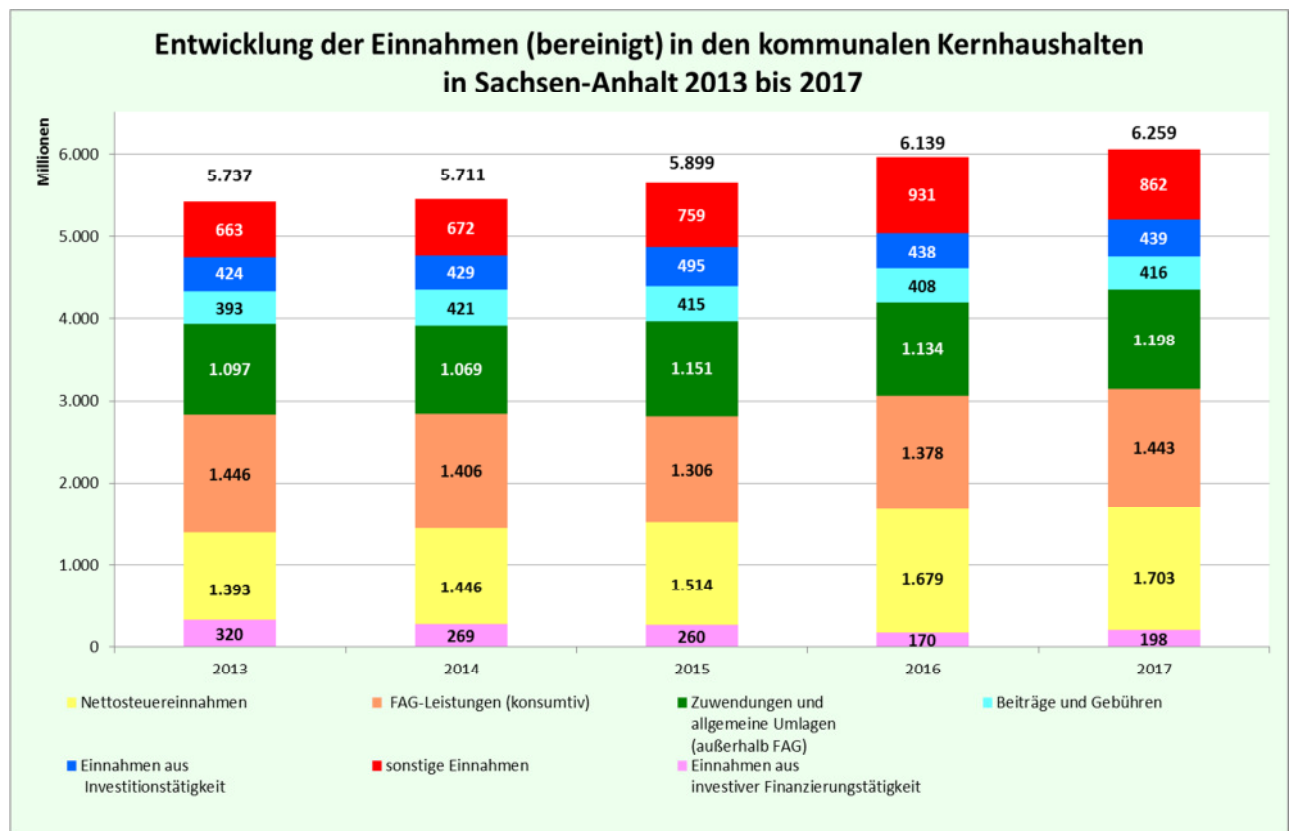


Abbildung 12: Entwicklung der Einnahmen (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017 (Landessystematik Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt), Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

***Hinweis:** Zur besseren Darstellung wurden in den „sonstigen Einnahmen“ die Einnahmen aus den privatrechtlichen Leistungsentgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, die sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie die Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen zusammengefasst.*

² Bei den bereinigten Einnahmen der Kommunen werden die enthaltenen Zahlungen zwischen den Kommunen – in Höhe der Zahlungseingänge – als Gesamtbetrag sowohl von der Einnahmesumme als auch der Ausgabesumme abgesetzt. Hintergrund ist, dass durch die Zahlung zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten sich bei der Zusammenfassung mehrerer Körperschaften zu einer Darstellungsebene Doppelzählungen ergeben.

Diese spiegeln die skizzierte Entwicklung bei den wesentlichen kommunalen Einnahmequellen wider.

2.2. Entwicklung der Ausgaben/Auszahlungen 2013 bis 2017

Der positiven Entwicklung der kommunalen Einnahmen³ stand auch ein starker Anstieg der **kommunalen Ausgaben** gegenüber. Nach einer statistischen Auswertung haben sich in den Jahren 2013 bis 2017 allein die Ausgaben in der laufenden Rechnung (nur Kernhaushalt, entspricht kameral dem kommunalen Verwaltungshaushalt) um rund 488,6 Mio. Euro (ca. 10,1 Prozent) erhöht.

So vielfältig wie ihre Aufgaben sind auch die Ausgaben⁴ der Kommunen (siehe **Abbildung 13**). Im Jahr 2017 lagen diese bei insgesamt rund 6.146 Mio. Euro, womit die Kommunen den bisherigen Höchststand bei den Ausgaben erreicht haben.

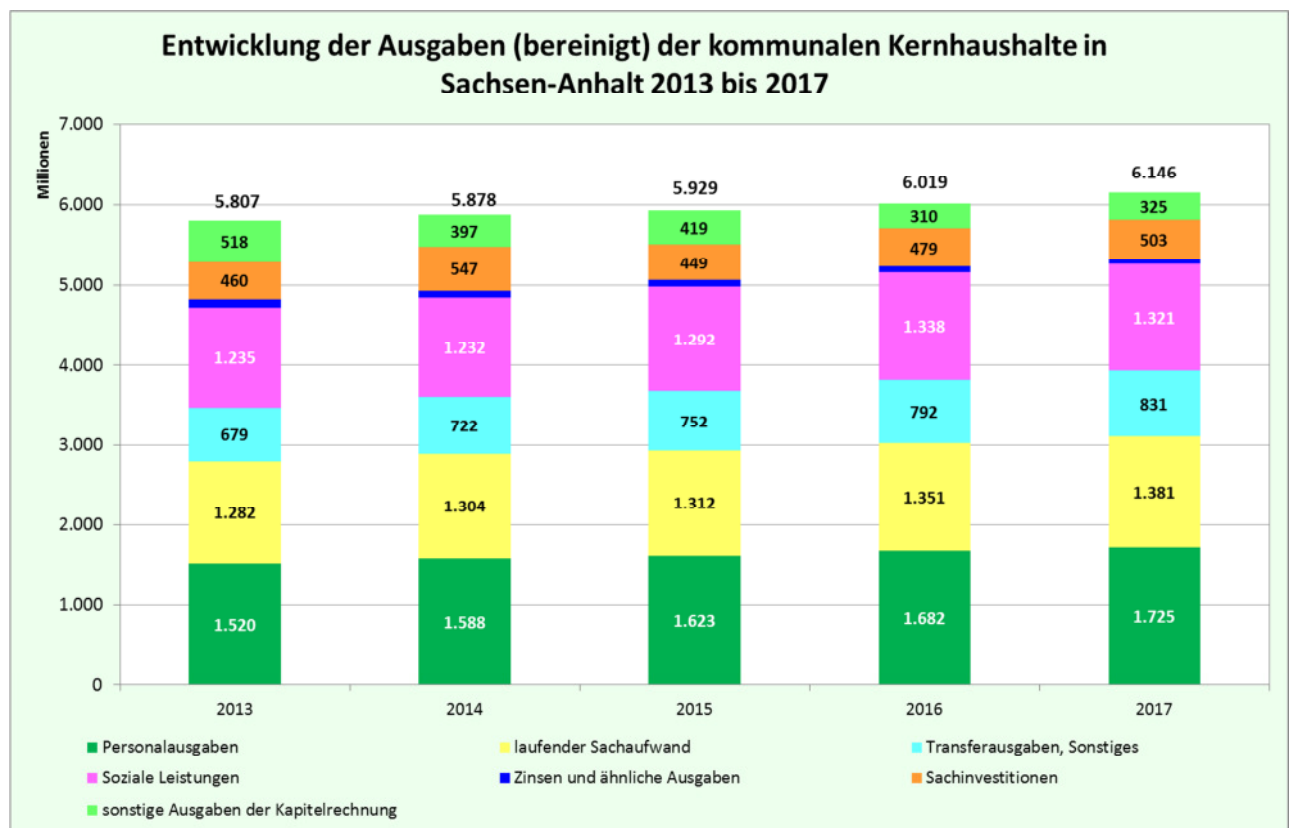


Abbildung 13: Entwicklung der Ausgaben (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017, Landessystematik Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben wird durch die Personalausgaben, die sozialen Leistungen und die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand bestimmt.

³ Im Folgenden werden trotz der Umstellung auf die Doppik weiter kameral Begriffe verwendet, weil diese allgemein eingeführt und für die Mehrzahl der Leser verständlicher sind.

⁴ Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit statt der Begriffe Ausgaben und Auszahlungen nur der Begriff Ausgaben verwendet. Die Unterschiede zwischen Ausgaben und Auszahlungen nach der Doppik bleiben unberücksichtigt

Während im Kernhaushalt die **Zinsausgaben** von 2013 zu 2017 um rund 48 Prozent (ca. 54 Mio. Euro) sanken, ist bei der größten Ausgabenposition **Personalausgaben** (rund 28 Prozent der bereinigten Ausgaben⁵ 2017) mit ca. 13,5 Prozent (ca. 20 Mio. Euro) ein nicht unerheblicher Anstieg zu verzeichnen. Ursachen für den Anstieg könnten in den Tarifsteigerungen beim Personal, in neuen, zusätzlichen Aufgaben oder in einem höheren Niveau der Erfüllung bestehender Aufgaben, z. B. bei der Kinderbetreuung, liegen.

Auch die Ausgaben für **soziale Leistungen** (rund 21,5 Prozent der bereinigten Ausgaben 2017) haben sich von 2013 zu 2017 um ca. 7 Prozent (ca. 86 Mio. Euro) erhöht. Für diesen Ausgabenbereich erhalten die Kommunen jedoch auch hohe zweckgebundene Zuweisungen durch Land und Bund.

So trägt das Land die den Landkreisen und kreisfreien Städten entstehenden Kosten für die Aufnahme und Unterbringung von Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz⁶. Für das Jahr 2018 beträgt die Jahrespauschale pro Kopf 11.000 Euro, dies entspricht einem Betrag in Höhe von rund 917 Euro monatlich.

Des Weiteren beteiligt sich der Bund nach § 46 Abs. 5 ff. SGB II an den Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung in den Jahren 2016 bis 2018. Danach erhielten die Kommunen in Sachsen-Anhalt in 2017 insgesamt rund 202,1 Mio. Euro vom Bund zur Finanzierung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung⁷. Darin enthalten sind rund 32 Mio. Euro, die der Bund zur Kompensation der flüchtlingsbedingten Mehrkosten nach § 46 Abs. 9 SGB II leistet.

Der **laufende Sachaufwand** ist mit ca. 22,5 Prozent der bereinigten Ausgaben 2017 eine der größten Ausgabepositionen. Er umfasst als Sammelposition zur Gewährleistung des Verwaltungsbetriebs und der Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen ein breites Spektrum von Kosten. So werden u. a. die Betriebskosten für Verwaltungsgebäude, die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen (z. B. Spielplätze, Grün- und sonstige Außenanlagen, Zufahrten, Wege, Heizungsanlagen), Auszahlungen für Beseitigung von Unwetterschäden, Mieten und Pachten, Mittel für die Durchführung von Veranstaltungen, die Haltung von Fahrzeugen, Ausgaben für die Schülerbeförderung sowie Versicherungen und die Finanzierung von Dienstleistungen durch Dritte in dieser Position zusammengefasst.

⁵ Bei den bereinigten Ausgaben der Kommunen werden die enthaltenen Zahlungen zwischen den Kommunen – in Höhe der Zahlungseingänge – als Gesamtbetrag sowohl von der Einnahmesumme als auch der Ausgabesumme abgesetzt. Hintergrund ist, dass durch die Zahlung zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten sich bei der Zusammenfassung mehrerer Körperschaften zu einer Darstellungsebene Doppelzahlungen ergeben.

⁶ in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541) geändert worden ist

⁷ Die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für Aufgaben der Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 8 SGB II sind in dieser Summe nicht enthalten.

Wichtig für die Kommunen sind weiterhin ihre Ausgaben für Investitionen, insbesondere für Sachinvestitionen. Im Jahr 2017 betrugen diese immerhin rund 503 Mio. Euro.

Zu erwähnen sind schließlich die sonstigen Ausgaben der Kapitalrechnung. Diese Position umfasst insbesondere die Tilgungsleistungen der Kommunen. Diese liegen mit einer Summe von 298 Mio. Euro, mehr als 181 Mio. Euro niedriger als noch im Jahr 2013.

Dies ist insbesondere eine Folge des Schuldenabbaus der Kommunen in den vergangenen Jahren, der u. a. durch das STARK II-Programm (siehe auch Kapitel 2.5) forciert worden ist.

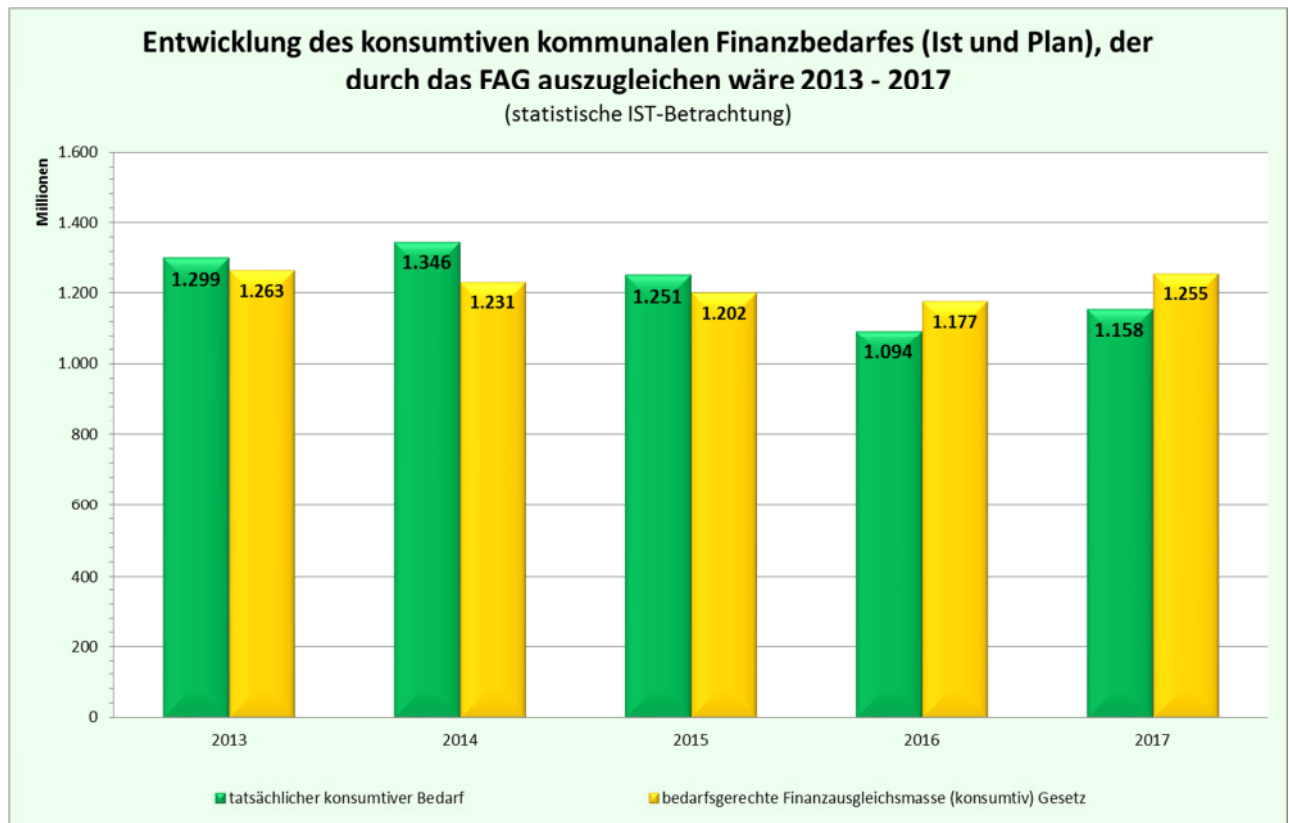


Abbildung 14: Entwicklung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs (IST und Plan) in den Kommunen 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016, Kassenstatistik 2017, FAG 2013 bis 2017.

Bei einer IST-Betrachtung der Jahre 2013 bis 2017 ist festzustellen, dass die Kommunen (Summe) in den Jahren 2013 bis 2015 einen höheren konsumtiven Finanzbedarf auswiesen, als die jeweiligen Finanzausgleichsgesetze in den Jahren in der Planung erwartet hatten. Ab 2016 ist dagegen eine Umkehr dieser Entwicklung erkennbar. Sowohl in 2016 als auch in 2017 wird jeweils eine Differenz von mehr als 100 Mio. Euro zugunsten der Kommunen ausgewiesen.

Trotz dieser positiven Entwicklung sind weitere Konsolidierungsbemühungen im kommunalen Bereich erforderlich.

2.3. Entwicklung der Salden aus Einnahmen und Ausgaben 2013 bis 2017

Bei der Ermittlung des Saldos der Finanzrechnung (Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben) für die Jahre 2013 bis 2017 ergibt sich für die Kommunen in Sachsen-Anhalt ein sehr abwechselndes Bild (siehe **Abbildung 15**).

Salden der Finanzrechnung Kommunale Kernhaushalte	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo der Finanzrechnung einschließlich Finanzierungstätigkeit (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben)	-70.019.372	-166.974.113	-29.215.746	119.757.572	112.668.673
Saldo der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit	69.751.080	-62.071.303	94.091.858	229.098.186	201.499.957

Abbildung 15: Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017 (Landessystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

In den Jahren 2013 bis 2015 entwickelte sich der Saldo der Finanzrechnung negativ, wobei diese Entwicklung in 2014 mit einem Defizit von 167 Mio. Euro ihren Höhepunkt erreichte. Die negativen Werte waren zum Teil auch Folge der Umstellung der kommunalen Haushalte von der kameralen auf die doppische Systematik, da ab 2013 im Saldo der Finanzrechnung auch die kommunalen Finanzierungstätigkeiten (vor allem Tilgung und Aufnahme investiver Kredite) berücksichtigt wurden. Die Betrachtung der Entwicklung ohne Berücksichtigung der kommunalen Finanzierungstätigkeit ist in der Tabelle zusätzlich angegeben.

2016 konnten die Kommunen insgesamt wieder einen positiven Saldo der Finanzrechnung von 106 Mio. Euro realisieren. Dies lag vor allem an den zusätzlichen Leistungen nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, den gestiegenen Steuereinnahmen und den gestiegenen Leistungen des Bundes.

Bei der Betrachtung des Finanzierungssaldos ohne Berücksichtigung von Tilgung und Aufnahme von Krediten fällt auf, dass die Kommunen in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2013 bis 2017 nur in 2014 einen negativen Wert auswiesen.

Natürlich bedeutet ein insgesamt positiver Saldo der Finanzrechnung für alle Kommunen des Landes nicht, dass dieser auch in jeder einzelnen Kommune erreicht wurde. Insofern hilft es, die Gruppe der Kommunen weiter zu differenzieren.

Die kreisfreien Städte wiesen beim Finanzierungssaldo 2014 bis 2016 ein Defizit aus (**Abbildung 16**). Ohne Berücksichtigung der Finanzierungstätigkeit konnten die kreisfreien Städte nur 2015 keinen positiven Saldo erwirtschaften.

kreisfreie Städte	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo der Finanzrechnung einschließlich Finanzierungstätigkeit (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben)	19.942.096	-25.463.630	-49.946.272	-8.254.176	35.462.484
Saldo der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit	59.581.119	15.415.248	-13.500.264	14.148.659	52.276.002

Abbildung 16: Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der kreisfreien Städte 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017

Die Landkreise wiesen ab 2015 einen positiven Finanzierungssaldo aus (**Abbildung 17**). Auch bei Herausrechnung der Finanzierungstätigkeit ergab sich ein ähnliches Bild.

Landkreise	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo der Finanzrechnung einschließlich Finanzierungstätigkeit (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben)	-33.032.897	-67.547.807	17.052.915	29.510.403	16.835.029
Saldo der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit	-9.089.460	-44.049.442	43.370.414	52.529.682	28.456.476

Abbildung 17: Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der Landkreise 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017

Auch der kreisangehörige Raum konnte ab 2015 jährlich einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen. 2016 konnte sogar ein deutliches Plus von rund 98 Mio. Euro verbucht werden (**Abbildung 18**). Auch bei Herausrechnung der Finanzierungstätigkeit ergab sich ein ähnliches Bild.

kreisangehörige Gemeinden	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo der Finanzrechnung einschließlich Finanzierungstätigkeit (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben)	-56.928.571	-73.962.676	3.677.611	98.501.345	60.371.160
Saldo der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit	19.259.421	-33.437.109	64.221.708	162.419.845	120.767.479

Abbildung 18: Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der kreisangehörigen Gemeinden 2013 -2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017

2.4. Reaktionsmöglichkeiten der Kommunen zur Realisierung dauerhafter Ausgleiche

Bei der ganzen Betrachtung der Finanzierungssalden darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es im Land auch Kommunen gibt, die diesen positiven Saldo nur durch den Einsatz von Veräußerungserlösen oder durch Einnahmen aus Fördermitteln erreichen konnten. Hier kommen aber nur individuelle Problemlösungen in Betracht. So verfügen die Kommunen über ein Bündel weiterer Möglichkeiten, um ihre individuelle kommunale Finanzsituation bei Einnahmen und auch Ausgaben zu verbessern, zum Beispiel:

- verstärkte kommunale Zusammenarbeit, z. B. bei Kindertagesstätten, Schulen und Feuerwehren,
- Überprüfung der Verwaltungskostenbeiträge
- Überprüfung der Erbbauzinsen,
- Einsparmöglichkeiten bei frei werdenden Personalstellen,
- Einbeziehung der Sondervermögen und der kommunalen Gesellschaften in die Haushaltskonsolidierung und
- gebündelte Ausschreibung von Wartungs- und Lieferverträgen.

Solange die Kommunen den Haushaltsausgleich erreichen, liegt es letztlich in ihrer Verantwortung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, welche dieser Maßnahmen sie ergreifen.

2.5. Kommunale Schuldenentwicklung

2.5.1. Entwicklung der kommunalen Schulden insgesamt

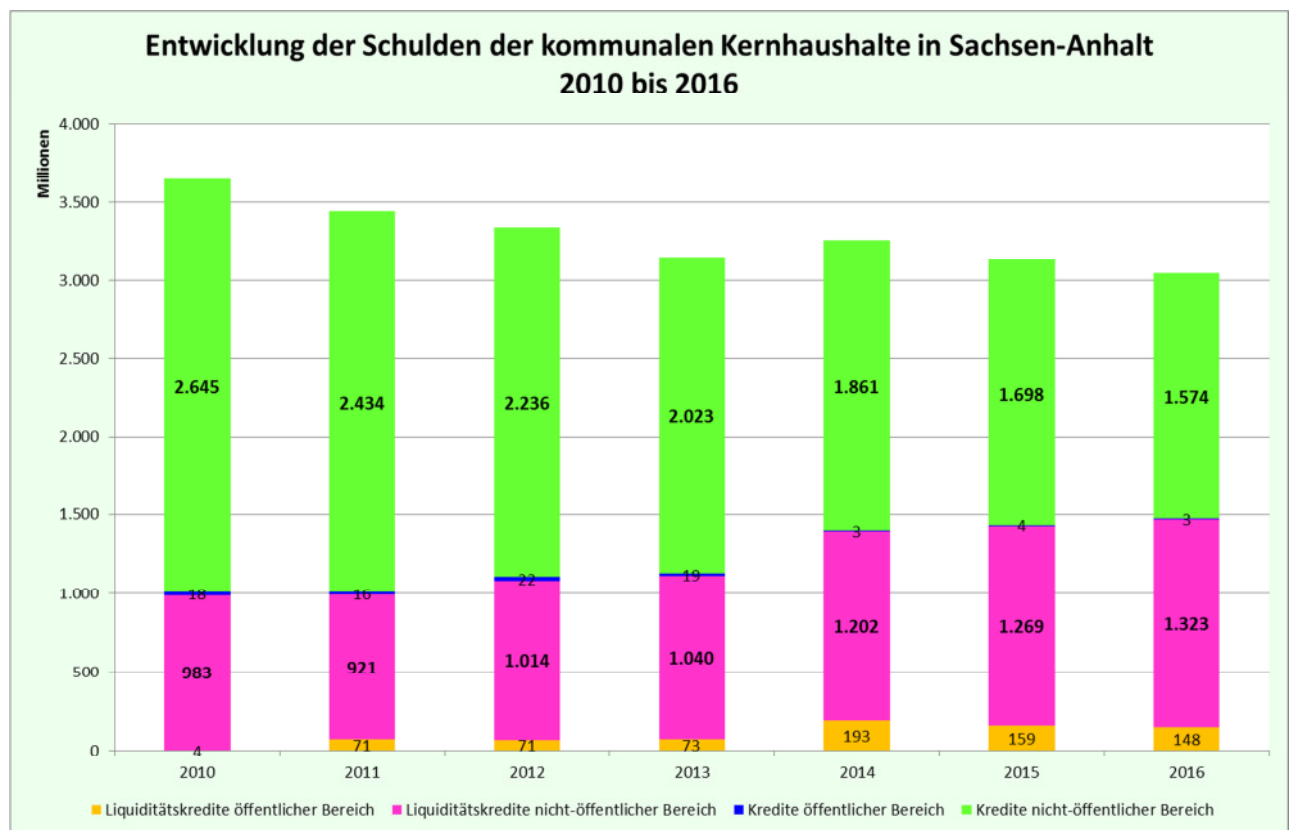


Abbildung 19: Entwicklung der kommunalen Schulden 2010 bis 2016

Quelle: Schuldenstatistik Statistisches Landesamt 2010 bis 2016

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt konnten – insbesondere mithilfe des Landes – seit 2010 ihre Schulden kontinuierlich abbauen. Von 2010 zu 2016 haben sich die **Schulden insge-**

samt (öffentlicher und nicht-öffentlicher Bereich) in den kommunalen Kernhaushalten um rund 601,3 Mio. Euro verringert (ca. 16,5 Prozent gegenüber 2010).

Dabei konnten die Schulden im nicht-öffentlichen Bereich von 2010 zu 2016 um rund 730,4 Mio. Euro (ca. 20,13 Prozent gegenüber 2010) verringert werden.

Im Vergleich aller Flächenländer (FL) weisen die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei den Schulden der Kernhaushalte im nicht-öffentlichen Bereich 2016 mit 1.294 Euro je Einwohner den siebtniedrigsten Wert aus. Bei den ostdeutschen Flächenländern (FLO) haben sie damit den höchsten Wert.

Schulden im nicht öffentlichen Bereich je Einwohner (EW) der Gemeinden/Gemeindeverbänden insgesamt lt. Schuldenstatistik 2016 (Kernhaushalt)

Länder	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLW	FLO ohne ST	FL
Euro je EW	568	947	730	2.728	1.072	1.460	2.819	3.040	3.537	687	1.294	1.328	840	1.835	789	1.677
Reihenfolge	1	5	3	10	6	9	11	12	13	2	7	8	4			

(1 = niedrigster Wert; 13 = höchster Wert)

Abbildung 20: Ländervergleich kommunale Schulden je Einwohner 2016

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5

Während die Schulden der Kommunen in Sachsen-Anhalt im nicht-öffentlichen Bereich zwischen 2010 bis 2016 kontinuierlich gesunken sind, sind bei den Kommunen der Flächenländer West (FLW) die Schulden in den Kernhaushalten im nicht-öffentlichen Bereich in diesem Zeitraum um rund 14,9 Prozent (+ 15,1 Mrd. Euro) gestiegen.

2.5.2. Entwicklung der kommunalen Investitionskredite

Bei den investiven Krediten insgesamt konnten die Kommunen in Sachsen-Anhalt nach einer Auswertung der Schuldenstatistik von 2010 bis 2016 einen Abbau um 40,8 Prozent (-1.085,1 Mio. Euro) realisieren.

Nach den vorläufigen Ergebnissen im Rahmen der Kassenstatistik 2017 konnten die Kommunen auch in 2017 ihre investiven Kredite gegenüber 2016 um weitere rund -104,7 Mio. Euro reduzieren. Von diesem Abbau konnten die kreisfreien Städte rund 19,0 Mio. Euro, die Landkreise rund 18,7 Mio. Euro und die kreisangehörigen Gemeinden ca. 66,9 Mio. Euro realisieren

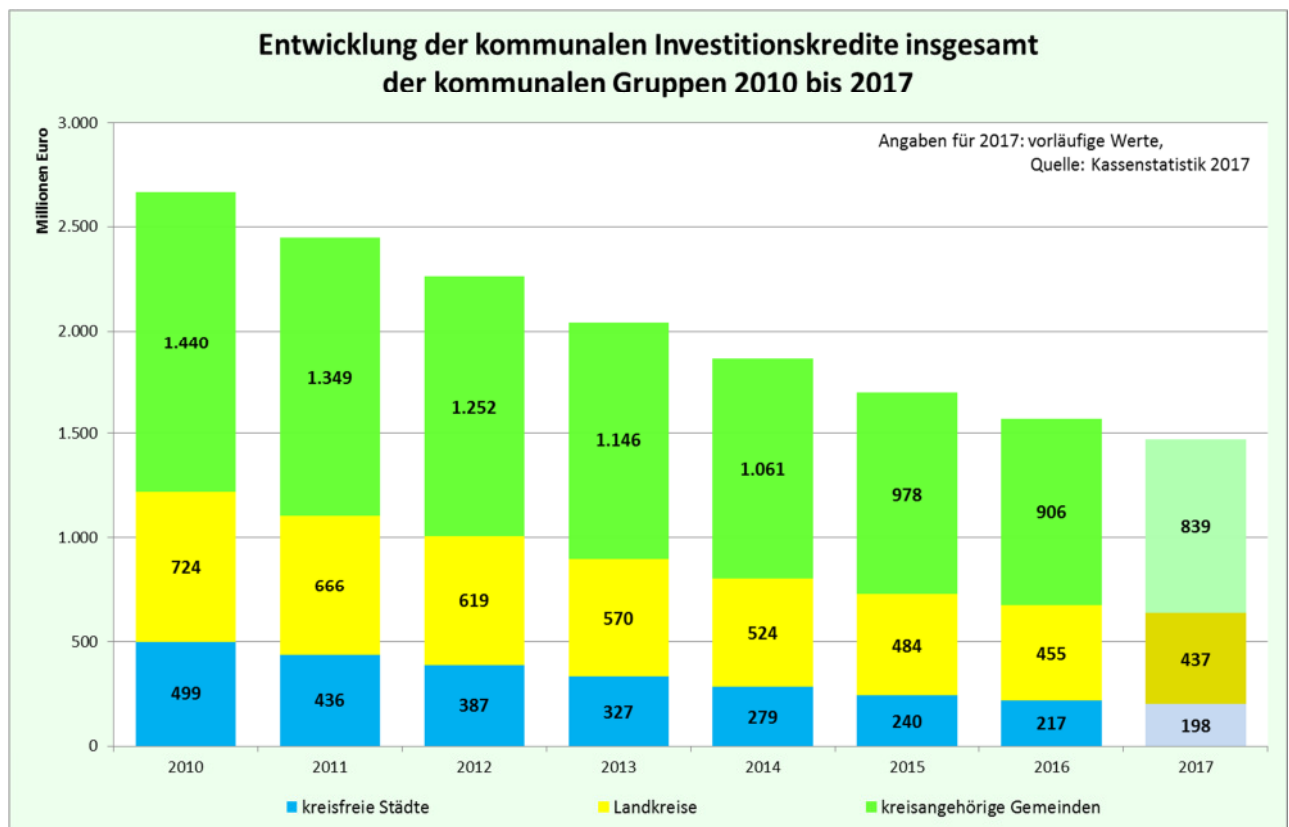


Abbildung 21: Entwicklung der kommunalen Investitionskredite 2010 bis 2017

Quelle: Schuldenstatistik Statistisches Landesamt 2010 bis 2016, Kassenstatistik 2017

Nach der Auswertung aus der Schuldenstatistik wurde insbesondere bei den **investiven Krediten im nicht-öffentlichen Bereich** von den Kommunen in Sachsen-Anhalt von 2010 bis 2016 ein Abbau um -1.070,7 Mio. Euro (-40,5 Prozent gegenüber 2010) erwirtschaftet. Dabei liegt das Volumen der 2010 bis 2016 durch STARK II umgeschuldeten Kredite bei rund 1.110,98 Mio. Euro. Das entspricht ca. 42,0 Prozent des Gesamtbestandes an investiven Krediten im nicht-öffentlichen Bereich im Jahr 2010. Bei den Kommunen der Flächenländer West sind die investiven Kredite der Kernhaushalte im nicht-öffentlichen Bereich in diesem Zeitraum dagegen um rund 9,4 Prozent (+ 6,1 Mrd. Euro) gestiegen.

Entwicklung der Kreditmarktschulden seit Beginn STARK II	Kreditmarkt- schulden 31.12.2009		Tilgungs- zuschüsse 2010 bis 2016	Kreditmarkt- schulden 31.12.2016		Veränderung der Kredite im nicht- öffentlichen Bereich		Kreditmarktschulden Flächenländer West 31.12.2016	
	Mio. Euro	Euro je Einwohner		Mio. Euro	Euro je Einwohner	Mio. Euro	%	Mio. Euro	Euro je Einwohner
kreisfreie Städte	523,9	953	78,4	216,5	390	-307,4	-58,7	24.524,6	1.426
Landkreise	774,3	426	95,3	453,4	268	-320,9	-41,4	11.856,9	256
kreisangehörige Gemeinden	1.484,9	816	159,6	904,4	535	-580,5	-39,1	37.304,4	804
Summe in Mio. Euro	2.783,2	1.176	333,3	1.574,4	701	-1.208,8	-43,4	73.685,9	1.156

Abbildung 22: Entwicklung der Schulden und Tilgungszuschüsse durch STARK II 2010-2016

Quelle: Schuldenstatistik Statistisches Landesamt 2010 bis 2016, Kassenstatistik 2017

Der vom Land getragene 30-prozentige Tilgungsanteil in den Jahren 2010 bis 2016 betrug dabei insgesamt rund 333,3 Mio. Euro. Das entspricht ca. 12,6 Prozent des Gesamtbestandes an investiven Krediten im nicht-öffentlichen Bereich im Jahr 2010. Die Kommunen haben in diesem Zeitraum nicht nur die Kredite umgeschuldet, sondern auch eigene Tilgungen in Höhe von rund 284,1 Mio. Euro geleistet.

Investive Kredite im nicht öffentlichen Bereich je EW der Gemeinden/Gemeindeverbänden insgesamt lt. Schuldenstatistik 2016
(Kernhaushalt)

Länder	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLW	FLO ohne ST	FL
Euro je EW	551	930	422	1.730	706	1.161	1.280	1.454	1.377	657	703	1.113	776	1.118	633	1.040
Reihenfolge	2	7	1	13	5	9	10	12	11	3	4	8	6			

(1 = niedrigster Wert; 13 = höchster Wert)

Abbildung 23: Ländervergleich kommunale investive Kredite im nicht-öffentlichen Bereich 2016

Quelle: Statistisches Bundesamt , Fachserie 14, Reihe 5

Im Vergleich der Flächenländer weisen die Kommunen in Sachsen-Anhalt 2016 mit 703 Euro je Einwohner den viertniedrigsten Wert aller Flächenländer aus, bei den ostdeutschen Flächenländern dagegen den dritthöchsten Wert aus. Nur Thüringen (776 Euro je Einwohner) und Mecklenburg-Vorpommern (706 Euro je Einwohner) haben hier noch höhere Werte.

2.5.3. Entwicklung der kommunalen Liquiditätskredite

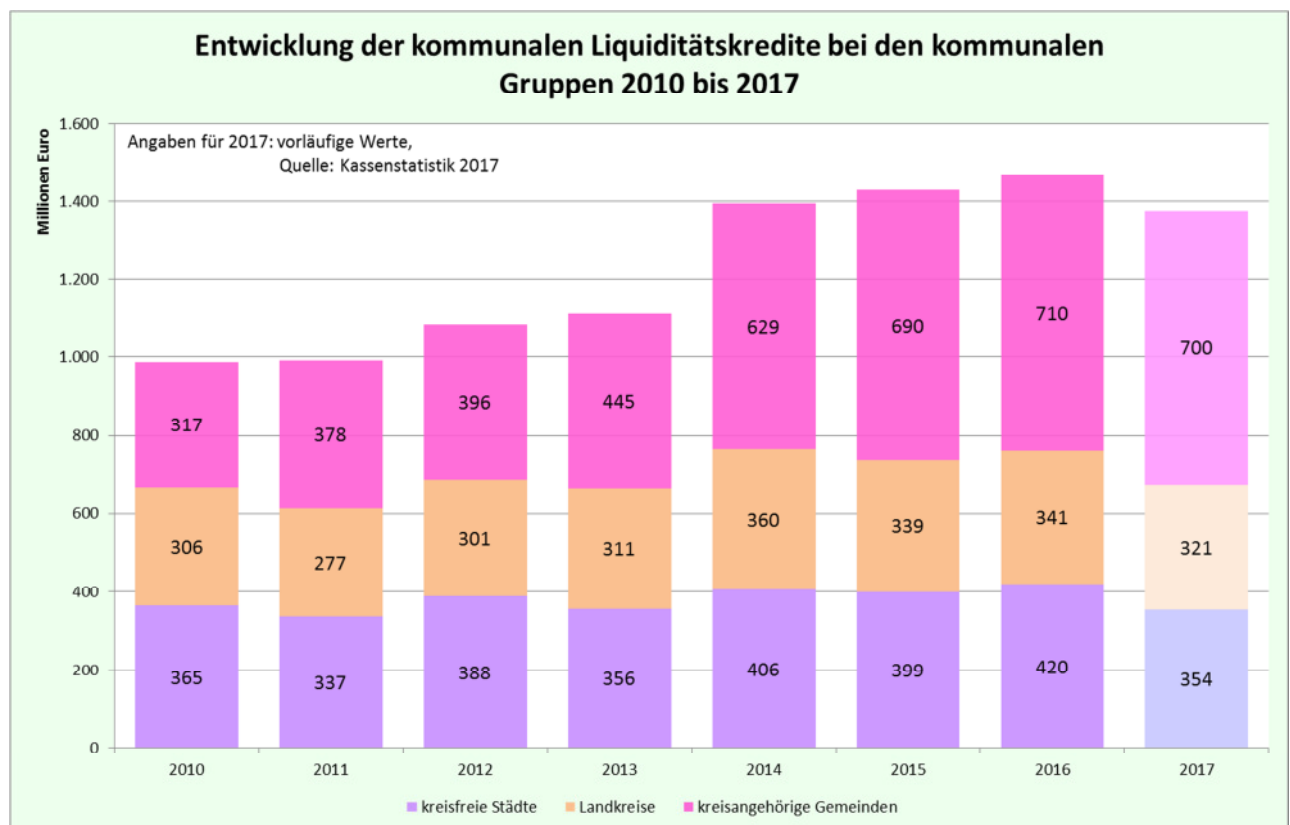


Abbildung 24: Entwicklung der kommunalen Liquiditätskredite 2010 bis 2017

Quelle: Schuldenstatistik Statistisches Landesamt 2010 bis 2016, Kassenstatistik 2017

Demgegenüber haben sich die Liquiditätskredite insgesamt (öffentlicher und nicht-öffentlicher Bereich) nach einer Auswertung der Schuldenstatistik im Jahr 2016 gegenüber 2010 um insgesamt 483,8 Mio. Euro erhöht (ca. 49,0 Prozent gegenüber 2010).

Nach den vorläufigen Ergebnissen im Rahmen der Kassenstatistik 2017 konnten die Kommunen in diesem Jahr erstmals seit 2010 ihre Liquiditätskredite senken. Sie haben den Bestand an Liquiditätskrediten zum 31.12.2017 gegenüber 2016 um rund -95,3 Mio. Euro abbauen können. Von diesem Abbau konnten die kreisfreien Städte rund 65,6 Mio. Euro, die Landkreise rund 19,9 Mio. Euro und die kreisangehörigen Gemeinden ca. 9,8 Mio. Euro realisieren

Insgesamt 4 Landkreise und 95 kreisangehörige Gemeinden in Sachsen-Anhalt weisen lt. den vorläufigen Zahlen der Kassenstatistik in 2017 keine Liquiditätskredite aus.

Seit der Umstellung auf die Doppik ab 2014 werden sämtliche seit 1995 vom Land an Kommunen gezahlten offenen Liquiditätshilfen in der Schuldenstatistik unter dem öffentlichen Bereich erfasst. Die Liquiditätshilfen des Landes werden zinsfrei an die Kommunen auf Antrag ausgereicht. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen diese Liquiditätshilfen in Bedarfszuweisungen umzuwandeln. Bisher waren hierfür häufig fehlende geprüfte doppische Eröffnungsbilanzen ein Hinderungsgrund. Mit der Einführung einer Übergangsregelung im neuen Erlass zum Ausgleichsstock und den Fortschritten bei der Einführung der Doppik ist in Zukunft verstärkt mit Umwandlungen von Liquiditätshilfen in Bedarfszuweisungen zu rechnen.

Zum 31.12.2016 waren in den Liquiditätskrediten des öffentlichen Bereiches in Höhe von 147,5 Mio. Euro rund 107,4 Mio. Euro Liquiditätshilfen des Landes (entspricht ca. 72,8 Prozent der Liquiditätskredite im öffentlichen Bereich) enthalten.

Um diese statistischen Verzerrungen durch die Liquiditätshilfen des Landes bei der Darstellung zu vermeiden und eine vergleichbare Datenreihe der Jahre 2010 bis 2016 zu haben, werden nachfolgend nur die Entwicklungen der Liquiditätskredite im nicht-öffentlichen Bereich dargestellt.

So sind von 2010 bis 2016 die Liquiditätskredite der Kommunen in Sachsen-Anhalt im nicht-öffentlichen Bereich um rund 340,3 Mio. Euro gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 34,6 Prozent gegenüber 2010.

Als Ursachen für die gestiegenen Liquiditätskredite kommen u. a. Vorfinanzierungen für Fördermittel im Bereich des Hochwassers, von EU-Förderprogrammen und des Asylbereichs, gestiegenen Ausgaben und höhere Tilgungsraten durch das Programm STARK II in Betracht.

Liquiditätskredite im nicht öffentlichen Bereich je EW der Gemeinden/Gemeindeverbänden insgesamt lt. Schuldenstatistik 2016 (Kernhaushalt)

Länder	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLW	FLO ohne ST	FL
Euro je EW	17	9	308	998	367	277	1.451	1.450	2.160	30	591	215	64	679	156	605
Reihenfolge	2	1	7	10	8	6	12	11	13	3	9	5	4			

(1 = niedrigster Wert; 13 = höchster Wert)

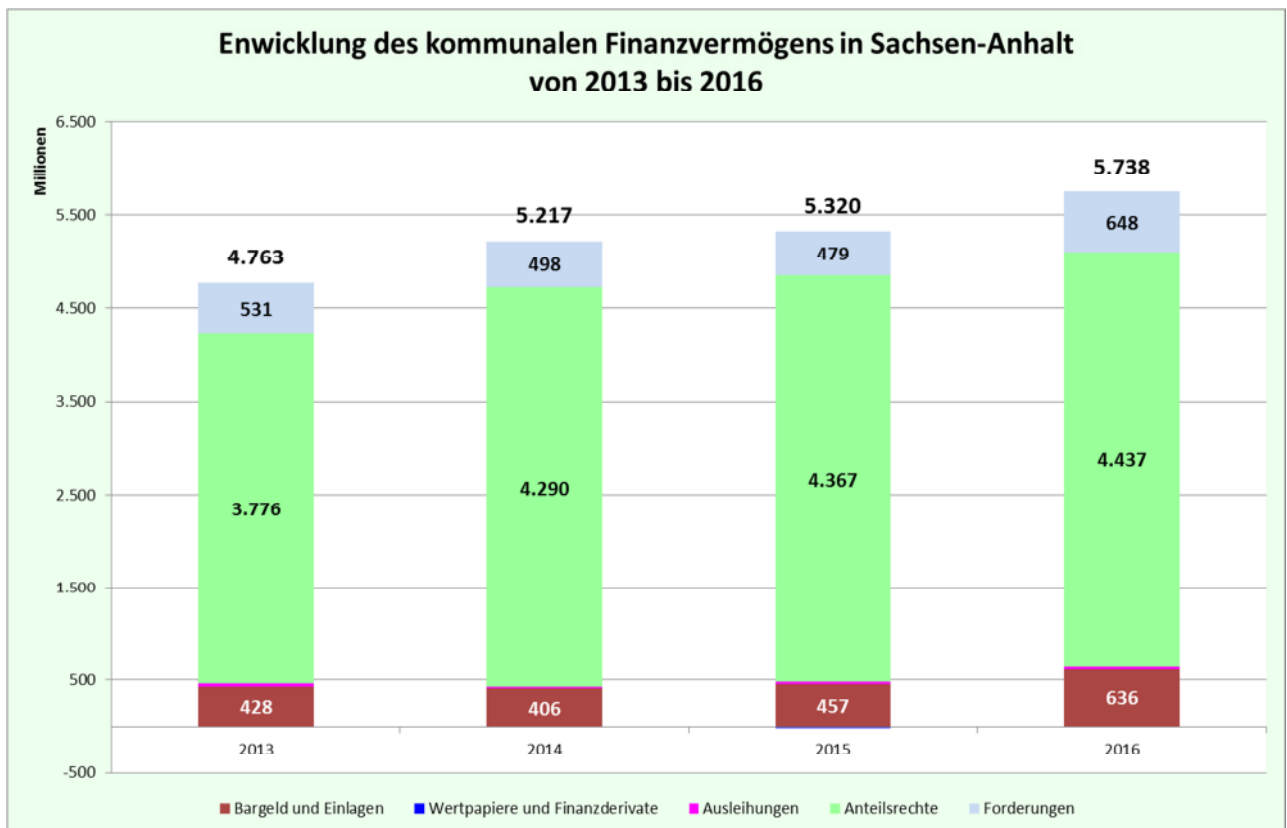
Abbildung 25: Ländervergleich kommunale Liquiditätskredite im nicht-öffentlichen Bereich 2016

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5

In einem Ländervergleich weisen die Kommunen in Sachsen-Anhalt mit einem Wert von 591 Euro je Einwohner in 2016 die höchsten Liquiditätskredite aller ostdeutschen Flächenländer aus. Damit sind sie allerdings nicht annähernd so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, wo dieser Wert zwischen 1.450 und 2.160 Euro je Einwohner liegt. In Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Thüringen hingegen werden Liquiditätskredite nur in geringer Höhe ausgewiesen.

2.6. Entwicklung der Finanzvermögen (Geldanlagen) der Kommunen

Das Finanzvermögen der Kommunen in Sachsen-Anhalt (Kernhaushalte) betrug in 2016 insgesamt rund 5.737 Mio. Euro. Es ist von 2013 zu 2016 um rund 20,5 Prozent (entspricht rund 974,6 Mio. Euro) gestiegen.

**Abbildung 26:** Finanzvermögen der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2013 bis 2016

Quelle: Statistisches Landesamt 2018, Darstellung des Ministeriums der Finanzen

Die größten prozentualen Steigerungen mit rund 48,6 Prozent gegenüber 2013 konnten dabei im Teilbereich „Bargeld und Einlagen“ von den Kommunen erwirtschaftet werden.

Entwicklung von Bargeld und Einlagen der Kommunen in Sachsen-Anhalt					Veränderungen 2016 zu 2013	
Kennzahl	2013	2014	2015	2016	Euro	Prozent
Bargeld	1.403.163	1.718.332	2.142.553	2.828.215	1.425.052	101,56%
Sichteinlagen	235.229.604	235.852.885	305.750.317	347.825.119	112.595.515	47,87%
sonstige Einlagen	191.475.975	167.972.013	148.686.592	285.686.628	94.210.653	49,20%
Summe	428.108.742	405.543.230	456.579.462	636.339.962	208.231.220	48,64%

Abbildung 27: Bargeld- und Einlagen der Kommunen in Sachsen-Anhalt von 2013 bis 2016

Quelle: Statistisches Landesamt 2018, Darstellung des Ministeriums der Finanzen

Dabei ergibt sich für die kommunalen Gruppen ein differenziertes Bild:

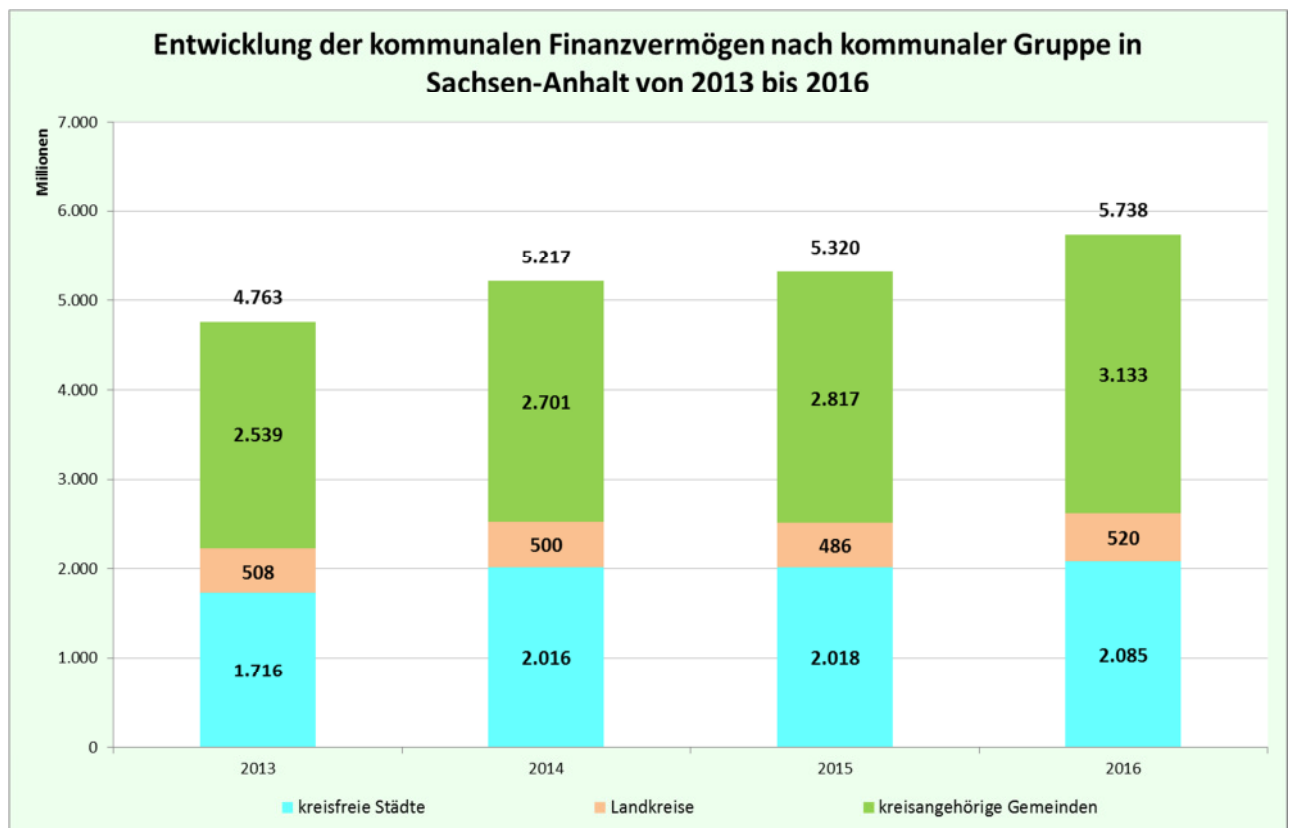


Abbildung 28: kommunale Finanzvermögen je kommunaler Gruppe in Sachsen-Anhalt 2013 bis 2016

Quelle: Statistisches Landesamt 2018, Darstellung des Ministeriums der Finanzen

Während sowohl die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden ihre Finanzvermögen zum 31.12.2016 um über 20 Prozent gegenüber 2013 erhöhen konnten, gelang den Landkreisen im gleichen Zeitraum nur eine Steigerung um rund 2 Prozent.

Insgesamt gesehen, entwickelten sich die kommunalen Finanzvermögen bis 2016 positiv.

3. Berechnung eines bedarfsgerechten Finanzbedarfs der Kommunen

3.1. Prüfungsmaßstab, verfassungsrechtliche Vorgaben

Gemäß Artikel 88 Abs. 1 der Landesverfassung (LVerf) sorgt das Land dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Bis einschließlich 2009 wurde die Finanzausgleichsmasse durch Zuweisung eines prozentualen Anteils der Landeseinnahmen bestimmt (sog. Verbundquote). Ab 2010 erfolgten die Zuweisungen des Landes bedarfsorientiert anhand der Einnahmen und Ausgaben der Kommunen. Gegen die dabei zugrunde gelegte Methode der Bedarfsermittlung wurde eine kommunale Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht angestrengt. Das daraufhin ergangene Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 9. Oktober 2012 (LVG 57/10)⁸ setzt sich ausführlich mit der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse auseinander und präzisiert die verfassungsrechtlichen Vorgaben.

Danach verpflichtet Artikel 88 Abs. 1 LVerf den Gesetzgeber nicht, sämtliche Ausgaben der Kommunen bei ihrer subjektiven Aufgabenerfüllung zu berücksichtigen, sondern nur die notwendigen Ausgaben, die bei einer effizienten Aufgabenerfüllung entstehen. Maßstab für die Bemessung der Landeszuweisung sind die notwendigen kommunalen Ausgaben bei effizienter Aufgabenerfüllung. Für einen Artikel 88 Abs. 1 LVerf entsprechenden Finanzausgleich hat der Gesetzgeber eine typisierende Bedarfsanalyse vorzunehmen. Dieser so ausgestaltete Anspruch der Gemeinden auf Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung ist abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Dieser Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes bezieht sich nicht nur auf die vom Land zu erbringende Ausgleichsleistung, sondern auch auf das vom Land zu gewährleistende Niveau der Finanzbedarfsbefriedigung.

Der den Gemeinden verbleibende Spielraum für die Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben richtet sich nach den konkreten finanziellen Möglichkeiten des Landes, da das Land neben dem gemeindlichen Selbstverwaltungsrecht noch andere, gleichwertige Güter zu schützen und zu erhalten hat (z. B. die innere Sicherheit, das Bildungswesen oder die Justizgewährung). Dieser Spielraum kann sich daher bei sehr knappen finanziellen Möglichkeiten des Landes auf ein Minimum reduzieren. Die Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen stellt eine übergreifende und legitime Aufgabe des Gesetzgebers zum Wohl des Staatsganzen dar.

Bei der Bestimmung des aufgabenbezogenen Finanzbedarfs steht dem Landesgesetzgeber ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Als eigenen Prüfungsmaßstab formuliert das Landesverfassungsgericht, ob die Entscheidungen des Gesetzgebers vertretbar sind, ob sie offensicht-

⁸ Das Urteil steht auf der Internetseite <https://mf.sachsen-anhalt.de/finanzen/kommunale-finanzen/> zum Download bereit.

lich fehlerhaft und eindeutig widerlegbar sind oder der verfassungsrechtlichen Werteordnung widersprechen. Wird den Gemeinden insgesamt ein ausreichendes Finanzausgleichsvolumen zur Verfügung gestellt und werden die Finanzmittel in verfassungsrechtlich nicht zu beanstandender Weise auf die Gemeinden verteilt, kommt eine Verletzung der Finanzausstattungspflicht des Landes gegenüber einer einzelnen Gemeinde grundsätzlich nicht in Betracht.

In seinem Urteil vom 9. Oktober 2012 (LVG 57/10) hat das Landesverfassungsgericht die im Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2010 bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse zugrunde gelegte Methodik (mit Ausnahme der Berücksichtigung der Remanenzkosten) gebilligt. Das Landesverfassungsgericht hat in dem Urteil darüber hinaus Bereiche aufgezeigt, in denen von der Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs in verfassungskonformer Weise zum Nachteil der Kommunen abgewichen werden könnte:

1) Anrechnung der Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen

Da Art. 88 Abs. 1 LVerf nicht nur durch Zuweisungen von Finanzmitteln genügt wird, sondern auch durch gesetzgeberische Regelungen, welche die Gemeinden in den Stand setzen, eigene Einnahmen zu erzielen, darf der Landesgesetzgeber auch in Rechnung stellen, wie weit solche Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind oder werden können (vgl. Seite 13 f. des Urteils).

Insoweit könnte der Gesetzgeber bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse also berücksichtigen, inwieweit die Kommunen in Sachsen-Anhalt ihre Steuerquellen (insbesondere bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer) nur in einem unterdurchschnittlichen Maß ausschöpfen.

2) Beschränkung auf die Kosten, die bei einer wirtschaftlichen und sparsamen Aufgabenerfüllung entstehen würden

Der Gesetzgeber ist aus Art. 88 Abs. 1 LVerf nicht verpflichtet, sämtliche Ausgaben der Kommunen bei ihrer subjektiven Aufgabenerfüllung zu berücksichtigen, sondern nur die notwendigen Ausgaben, die bei einer effizienten Aufgabenerfüllung entstehen. Für den Finanzausgleich kommt es somit nicht auf die tatsächlichen Ausgaben der Gemeinden an, sondern auf die Ausgaben, die fiktiv eine Gemeinde objektiv hätte, wenn sie sparsam und wirtschaftlich haushalten würde (vgl. Seite 14 des Urteils). Als mögliche Kriterien für die Ermittlung einer solchen wirtschaftlichen und sparsamen Aufgabenerfüllung sieht das Landesverfassungsgericht zum einen einen externen Vergleich in Gestalt eines „wie auch immer gearteten länderübergreifenden Vergleich des Ausgabeverhaltens“, zum anderen einen Vergleich mit einer „Mustergemeinde mit idealem Ausgabeverhalten“ (vgl. Seite 22 des Urteils).

Im Jahr 2012 hat das Land Sachsen-Anhalt ein Gutachten von Herrn Prof. Deubel zum kommunalen Finanzausgleich erstellen lassen, das zu dem Ergebnis gelangte, dass die

Finanzausgleichsmasse erheblich gekürzt werden könnte. Anstelle dieses Vorschlags wurde in dem ab dem Jahr 2013 geltenden Finanzausgleichsgesetz ein landesinterner Vergleich vorgenommen. Hierbei wurde nicht eine „Musterkommune“ als Vergleichsobjekt gewählt, sondern ein landesinterner Benchmark. Der Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2015, Teil 2, Abschnitt IV (Lage der Kommunalfinanzen) angeregt, diesen Gedanken wieder aufzugreifen (ggf. Verweis auf 1.3).

3.2. Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs für das Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021

Der kommunale Finanzausgleich wurde im Jahr 2010 auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Anstelle der Errechnung mittels eines prozentualen Anteils an den Landeseinnahmen (sog. Verbundquote) erfolgten die Zuweisungen des Landes bis einschließlich 2016 bedarfsorientiert anhand der Einnahmen und Ausgaben der Kommunen.

Dabei wurde für jede der kommunalen Gruppen kreisfreie Städte, Landkreise und kreisangehörige Gemeinden der finanzielle Gesamtbedarf ermittelt. Bei der Errechnung des Finanzbedarfs wurden aktuelle Statistiken verwendet. Soweit auf Daten für vergangene Jahre zurückgegriffen wurde, sind diese anhand der jeweils aktuellsten Steuerschätzungen und Prognosen zur Inflationsrate und zur Einwohnerzahl auf das jeweilige Jahr fortgeschrieben worden. Außerdem wurden finanzielle Auswirkungen von Bundesgesetzen berücksichtigt. In die Ermittlung des Finanzbedarfs floss des Weiteren ein Zuschlag für die ordentliche Tilgung der Kredite der Kommunen ein. Zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur erhielten die Kommunen in Sachsen-Anhalt zudem eine Investitionspauschale als investive Zuweisung. Und zu guter Letzt wurden vom Land jährlich Haushaltsmittel in einem Budget – dem sog. Ausgleichsstock – bereitgestellt. Hieraus kann das Land zur Milderung oder zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen Bedarfszuweisungen oder Liquiditätshilfen zahlen (§ 17 FAG).

Wie im Gesetzentwurf der Landesregierung zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Landtagsdrucksache: 7/581, S. 33 ff.) ausgeführt, wurde für die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 bis 2021 in Höhe von 1.628 Mio. Euro auf den Ergebnissen der Bedarfsbemessung 2016 aufgebaut und durch folgende Positionen geändert:

- Anhebung des Tilgungsbeitrages um: + 24 Mio. Euro
Ein bedarfserhöhender Bestandteil der Finanzausgleichsmasse war bei einer kameraleen Buchungsweise der Kommunen die Pflichtzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Statistisch abgebildet wurde diese durch die ordentliche Tilgung.

Aufgrund der Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik und der Änderung der Schuldenstatistik ab 2010 entfiel die Position „Umschuldung“. Daher wurde von 2012 bis 2014 der Tilgungsanteil in Höhe von 178,6 Mio. Euro konstant fortgeschrieben. Dieser Wert basierte auf dem Durchschnitt der ordentlichen Tilgung der Haushaltsjahre 2008 bis 2010. Mit dem Finanzausgleichsgesetz 2015/2016 wurde die Berechnungsmethode auf der Grundlage der Schuldenstatistik und dem durchschnittlichen prozentualen Tilgungsanteil der Jahre 2008 bis 2010 aktualisiert. Hierbei ergab sich ein Wert von 159,4 Mio. Euro, um den die Finanzausgleichsmasse für 2016 erhöht wurde.

Insbesondere aufgrund der durch das STARK II-Programm höheren Tilgungsraten wurde bei der Beratung des Koalitionsvertrages entschieden, den pauschalen Tilgungsanteil der Jahre 2012 bis 2014 in Höhe von 178,6 Mio. Euro ungekürzt fortzuschreiben. Als Differenz ergaben sich 19,2 Mio. Euro.

Bei der Bestimmung der Differenzbeträge für den ungekürzten Tilgungsbeitrag wurde wahrscheinlich bei dem Tilgungsbeitrag lt. Finanzausgleichsgesetz 2016 noch von einem Wert von rund 154 Mio. Euro ausgegangen. Diese Zahl wurde bei Einbringung des Finanzausgleichsgesetz 2015/2016 in den Landtag als Tilgungsbeitrag für 2016 im Finanzausgleichsgesetz-Entwurf ausgewiesen. Bei der Endfassung des Finanzausgleichsgesetzes wurden aber für 2016 rund 159 Mio. Euro berücksichtigt. Bei den Koalitionsverhandlungen wurde bei der Bestimmung der neuen Finanzausgleichsmasse ab 2017 indessen von 154 Mio. Euro Tilgungsbeitrag ausgegangen. Zugunsten der Kommunen wurde auf eine Reduzierung der Finanzausgleichsmasse verzichtet und eine zusätzliche Erhöhung von + 5 Mio. Euro beibehalten.

- Streichung des landesinternen Benchmarks: + 25 Mio. Euro

Mit dem Finanzausgleichsgesetz für 2016 wurde die Angemessenheit der Finanzausgleichsmasse durch einen landesinternen Ländervergleich (Benchmark) überprüft, da das Land nicht verpflichtet ist, eine unwirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch die Kommunen zu bezahlen. Im Ergebnis war der errechnete Bedarf insgesamt um rd. 25 Mio. Euro zu hoch bemessen. Die Summe des in 2016 angerechneten landesinternen Benchmarks entspricht + 25.377.366 Euro.

Durch den lt. Koalitionsvertrag vorgenommenen Verzicht auf dessen Berücksichtigung erhöht sich die Finanzausgleichsmasse für 2017 um + 25 Mio. Euro.

- Verzicht auf Berücksichtigung der kommunalen Entlastungen durch den Bund: + 31 Mio. Euro

Mit dem Koalitionsvertrag wird nunmehr die Zielrichtung des Bundes – kommunale Entlastung – stärker berücksichtigt, so dass dieser Abzug wieder rückgängig gemacht wurde.

- Anrechnung der gemeindlichen Steuereinnahmen nach dem Ist und nicht nach der letzten Steuerschätzung:

Bei der Bedarfsberechnung für das Finanzausgleichsgesetz 2016 wurden im Rahmen der Fortschreibung die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2015 als Steuereinnahmen der Kommunen zugrunde gelegt. Um den Kommunen einen größeren Spielraum bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, vereinbarte die Beratungsgruppe zur Erarbeitung des Koalitionsvertrags den Durchschnitt der kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2011 bis 2013, die bis 2016 mit jährlich 3 Prozent fortgeschrieben werden, als kommunale Steuereinnahmen bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse ab 2017 zugrunde zu legen.

3.3. Schema zur Berechnung der Finanzausgleichsmasse als Prüfungsmaßstab für die Evaluierung 2018 bis 2021

Zur Prüfung der Höhe der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021 wird das bedarfsorientierte Berechnungsschema bis 2016 zugrunde gelegt. Dabei werden die aktuell verfügbaren Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, die Kassenstatistik 2017 sowie die Schuldenstatistik 2016 einbezogen.

Es werden folgende Schritte vorgenommen:

1. Bestimmung des voraussichtlichen kommunalen konsumtiven Finanzbedarfes auf der Grundlage des Zuschussbedarfes IV

Dabei werden die Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 sowie die Kassenstatistik 2017 herangezogen. Die Ergebnisse für die Jahre 2015 und 2016 werden auf das Preisniveau des Jahres 2017 nivelliert und aus diesen nivellierten Ergebnissen 2015 bis 2017 wird ein Durchschnitt gebildet, der für die Jahre 2018 bis 2021 anhand geeigneter Parameter fortgeschrieben wird (siehe auch Kapitel 3.4).

2. Bestimmung des voraussichtlichen sonstigen konsumtiven Nettotransfers des Landes

Quelle sind auch hier die Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 sowie die Kassenstatistik 2017. Auch hier werden die Ergebnisse der Jahre 2015 und 2016 auf das Preisniveau des Jahres 2017 nivelliert und aus diesen nivellierten Ergebnissen 2015 bis 2017

wird ein Durchschnitt gebildet, der für die Jahre 2018 bis 2021 anhand geeigneter Parameter fortgeschrieben wird (siehe auch Kapitel 3.4).

3. Bestimmung der kommunalen Steuereinnahmen

Grundlage für die kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2018 bis 2021 ist die Steuer-schätzung vom November 2017. Die Verteilung des Gesamtbetrages erfolgt anhand der durchschnittlichen kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2015 bis 2017 anhand der vorliegenden Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 sowie der Kassenstatistik 2017.

4. Bestimmung eines Oberzentrumszuschlages für die kreisfreien Städte

5. Bestimmung eines Tilgungsbeitrages

Berücksichtigung der von den Kommunen zu erbringenden voraussichtlichen Tilgungsleistungen unter Einbezug der STARK II-Tilgungsleistungen, der aktuellen Schuldenstatistik und der Abfrageergebnisse zu den kommunalen Abschreibungen vom März 2018.

6. Hinzurechnung der Investitionspauschale in Höhe von 150 Mio. Euro

7. Hinzurechnung des Ausgleichsstocks in Höhe von 40 Mio. Euro

Bei der Bestimmung und Prüfung der Finanzausgleichsmasse werden die Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunaler Auswirkung (siehe Kapitel 4.9.1), das landesinterne Benchmark (siehe Kapitel 4.9.2) und die Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen der Kommunen (siehe Kapitel 4.9.3) nicht berücksichtigt. Die Ergebnisse der Berechnung dieser Teilaspekte und die Begründung für deren Berücksichtigung bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse sind in Kapitel 4.9 dargestellt.

3.4. Fortschreibung des Bedarfs entsprechend geeigneter Parameter

Die Statistiken zur Berechnung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs und des sonstigen konsumtiven Nettotransfers des Landes (außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes) liegen nur bis 2017 vor.

Bei der Fortschreibung für zukünftige Jahre wurden in der bisherigen Bedarfsermittlung das prognostizierte jährliche Preisniveau und die prognostizierte jährliche Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt.

Mit der sechsten regionalisierten Bevölkerungsprognose von 2014 bis 2030 hat sich der starke Bevölkerungsrückgang der vergangenen Jahrzehnte erheblich abgeflacht. In den Jahren 2017 bis 2021 liegt er in Sachsen-Anhalt nur noch bei jährlich rund -0,68 Prozent. Aufgrund dieses geringen Bevölkerungsrückganges wird bei der Evaluierung für die Jahre 2018 bis 2021 zugunsten der Kommunen auf die Fortschreibung mittels der Bevölkerungsentwicklung verzichtet.

Aufgrund des Wegfalls der Fortschreibung mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung erübrigen sich in der Evaluierung umfangreiche und notwendigerweise neue Berechnungen von Remanenzkosten.

Es verbleibt bei einer Fortschreibung mit dem prognostizierten jährlichen Preisniveau.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde die Fortschreibung mit dem jährlichen Preisniveau von kommunaler Seite vielfach kritisiert, da das Preisniveau nicht die Kostensteigerungen in den öffentlichen kommunalen Haushalten widerspiegeln. Sie kritisieren, erhöhter Personal- und Sachaufwand, der objektiv durch die veränderte Quantität bzw. Qualität der Aufgaben entstehe, werde in keinerlei Weise berücksichtigt.

Als Alternative käme in Frage, die Fortschreibungselemente mittels der durchschnittlichen prozentualen Ist-Entwicklung der Werte „kommunaler konsumtiver Finanzbedarf“ und „Sonstiger Nettotransfer des Landes“ über einen längeren Zeitraum zu ermitteln.

Es wurden zwei Zeiträume untersucht:

- 2011 bis 2017
- 2015 bis 2017

Für den Zeitraum 2011 bis 2017 ergaben sich folgende Werte:

Durchschnittliche Entwicklung 2011 bis 2017	insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	kreisangehörige Gemeinden
Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf	3,80%	5,10%	5,00%	2,20%
sonstiger konsumtiver Nettotransfer	9,70%	8,40%	9,50%	23,10%

Abbildung 29: Durchschnittliche Entwicklung des konsumtiven kommunalen Finanzbedarfs und sonstigen Nettotransfers 2011 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2011 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Aufgrund der hohen Fortschreibungswerte für den sonstigen Nettotransfer wurde zugunsten der Kommunen auch der Zeitraum 2015 bis 2017 untersucht, um eine mögliche günstigere Alternative zu ermitteln.

Für den Zeitraum 2015 bis 2017 ergaben sich danach folgende Werte:

Durchschnittliche Entwicklung 2015 bis 2017	insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	kreisangehörige Gemeinden
Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf	3,20%	2,80%	5,50%	2,10%
sonstiger konsumtiver Nettotransfer	7,50%	7,70%	8,50%	-1,90%

Abbildung 30: Durchschnittliche Entwicklung des konsumtiven kommunalen Finanzbedarfs und sonstigen Nettotransfer 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2011 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Aufgrund der geringeren Fortschreibungswerte für die Teilmasse „sonstiger Nettotransfer“ und der Einheitlichkeit der betrachteten vergangenheitsbezogenen Zeiträume wird die Finanzausgleichsmasse – als eine Alternative zum Preisniveau – zugunsten der Kommunen mit der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre 2015 bis 2017 fortgeschrieben.

Im Folgenden werden die grundsätzliche Vorgehensweise und beide Fortschreibungsmöglichkeiten dargestellt, dabei ist

- **Variante A** = Fortschreibung mit jährlich prognostizierten Preisniveau
- **Variante B** = Fortschreibung mit der durchschnittlichen Entwicklung 2015 bis 2017 der kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe und sonstigen Nettotransfers.

Die Fortschreibung erfolgt für den verbleibenden Zeitraum des Gesetzes, d. h. für die Jahre 2018 bis 2021. Da sowohl die Entwicklung des kommunalen Finanzbedarfs als auch des sonstigen Nettotransfers z. T. starken Schwankungen in den vergangenen Jahren unterlag (vgl. **Abbildung 29** und **Abbildung 30**) ist eine Fortschreibung für vier Jahre mit Unsicherheiten verbunden. D. h. je ferner das Fortschreibungsjahr (2020 und 2021) von der Fortschreibungsgrundlage (2015 bis 2017) entfernt ist, desto unsicherer wird der Eintritt der prognostizierten Ergebnisse.

Vor diesem Hintergrund sind die prognostizierten Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 nur ungefähre Werte und unterliegen einer weiteren intensiven Beobachtung.

4. Bestimmung der möglichen Finanzausgleichsmasse anhand der berechneten Teilmassen und Fortschreibungen

4.1. Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf (siehe Kapitel 3)

Die Ermittlung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs 2018 bis 2021 basiert auf der Berechnung des kameralen Zuschussbedarfes IV. Danach werden alle Auszahlungen des kameralen Verwaltungshaushaltes und alle direkt zuzuordnenden Einzahlungen (ohne Steuern und Leistungen des Landes im Finanzausgleichsgesetz und außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes) ermittelt. Der Zuschussbedarf IV wurde durch die Differenz dieser Auszahlungen und Einzahlungen gebildet.

Mit dem Gesetz über ein Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen für die Kommunen im Land Sachsen-Anhalt vom 22. März 2006 (GVBl. LSA S. 128), aufbauend auf dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 22. November 2003, wurde zum Stichtag 1. Januar 2013 das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) – auch Doppik genannt – in Sachsen-Anhalt formal eingeführt. Eine flächendeckende Umsetzung der rechtlichen Vorgaben in allen Kommunen im Land erfolgte zum 1. Januar 2015.

Mit der Einführung der Doppik wurde das kamerale Buchungssystem (einfache Buchung der Ein- und Auszahlungen nach den Zuordnungsvorschriften des Gruppierungsplans) in den Kommunen abgeschafft und in Anlehnung an das kaufmännische Prinzip der doppelten Buchführung das doppische Buchungssystem eingeführt.

Mit der Haushaltsbewirtschaftung werden die zahlungswirksamen und zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge in der Ergebnisrechnung abgebildet. Den Geldfluss, d.h. alle Einzahlungen und Auszahlungen, bildet die Finanzrechnung periodengerecht ab.

Statistisch erfasst werden alle Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung über Konten in der jährlichen Kassenstatistik und über Konten und Produktgruppen in der jährlichen Jahresrechnungsstatistik. Diese bilden die statistische Grundlage für die Bestimmung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs.

Für den kommunalen konsumtiven Finanzbedarf werden alle Konten (bzw. Kontengruppen, Kontenbereiche) für Auszahlungen in der laufenden Rechnung (vergleichbar dem kamerale Verwaltungshaushalt) herangezogen. D. h. es werden alle konsumtiven Auszahlungen der Kommunen ohne Bewertung auf Angemessenheit oder Notwendigkeit berücksichtigt. Auch auf eine Herausrechnung der kostenrechnenden Einrichtungen – wie in den Finanzausgleichsgesetzen 2013 bis 2016 vorgenommen – wird verzichtet.

Dabei berechnen sich die **kommunalen konsumtiven Auszahlungen** aus der Summe der Kontenbereiche:

- 1) 70 Personalauszahlungen
- 2) 71 Versorgungsauszahlungen
- 3) 72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
- 4) 73 Transferauszahlungen
- 5) 74 sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- 6) 75 Zinsen und ähnliche Auszahlungen.

Von diesen Auszahlungen werden folgende Konten für Auszahlungen an das Land abgezogen, da diese Zahlungen beim sonstigen Nettotransfer einbezogen werden:

- 7) 7311 Zuweisungen an das Land

- 8) 7321 Schuldendiensthilfen an das Land
- 9) 7341 Gewerbesteuerumlage
- 10) 7351 allgemeine Zuweisungen an das Land
- 11) 7371 allgemeine Umlagen an das Land und Nachzahlung aus der Abrechnung des Solidarbeitrages
- 12) 7451 Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an das Land
- 13) 7511 Zinsauszahlungen an das Land.

Die Summe der Konten bzw. Kontenbereiche unter 1) bis 6) abzüglich der Konten unter 7) bis 13) ergeben die **konsumtiven kommunalen Auszahlungen** des jeweiligen Jahres.

Die **direkt zuzuordnenden konsumtiven Einzahlungen** (ohne Steuern und Leistungen des Landes im Finanzausgleichsgesetz und außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes) ergeben sich aus der Summe der folgenden Konten, Kontengruppen und Kontenbereiche:

- a) 614 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke
- b) 6182 allgemeine Umlagen von Gemeinden
- c) 6191 Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende aus Leistungen nach § 22 SGB II
- d) 6192 Leistungsbeteiligungen beim Arbeitslosengeld II
- e) 6193 Leistungsbeteiligungen bei der Eingliederung von Arbeitssuchenden
- f) 62 sonstige Transferleistungen
- g) 63 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- h) 64 privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen, und Kostenumlagen
- i) 65 sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit+
- j) 66 Zinsen und ähnliche Einzahlungen.

Von diesen Einzahlungen werden folgende Konten für Einzahlungen an das Land abgezogen, da diese Zahlungen beim sonstigen Nettotransfer einbezogen werden bzw. den Tilgungsbeitrag des Landes bei STARK II ausweisen:

- k) 6141 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land
- l) 6481 Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land
- m) 6611 Zinseinzahlungen vom Land
- n) 6692 Steuererstattungen (z.B. Teilerstattung der Gewerbesteuerumlage vom Land);
[KONTO wird ab 2016 nicht mehr verwendet](#)
- o) 6231 Schuldendiensthilfen vom Land
Herausrechnung wg. STARK II (Tilgungsbeitrag des Landes i. H. v. 30%).

Die Summe der Konten bzw. Kontenbereiche unter a) bis j) abzüglich der Konten unter k) bis o) ergeben die **direkt zuzuordnenden konsumtiven kommunalen Einzahlungen** des jeweiligen Jahres.

Die Differenz der jährlichen kommunalen konsumtiven Auszahlungen und direkt zuzuordnenden konsumtiven Einzahlungen ergeben die jährlichen **kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe**.

Die so ermittelten kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe für die Jahre 2015 bis 2017 werden auf das Preisniveau 2017 angehoben und anschließend ein Durchschnitt gebildet. Das Ergebnis dieser Berechnung ist in **Abbildung 31** zusammengefasst:

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	3.819.583.165 €	1.096.994.169 €	1.093.060.613 €	1.629.528.383 €

Abbildung 31: Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf als Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Basierend auf diesem Ergebnis ergeben sich für die beiden Fortschreibungsmöglichkeiten (Variante A und Variante B, siehe auch Kapitel 3.4) folgende Werte zum möglichen kommunalen konsumtiven Finanzbedarf 2018 bis 2021 einschließlich der Festbeträge nach den Funktionalreformgesetzen nach § 5 FAG in Höhe von 10.012.659 Euro:

Fortschreibung kommunaler konsumtiver Finanzbedarf einschließlich § 5 FAG	Variante A (Preisniveau)	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)
Jahr 2018	3.890.709.156 €	3.954.650.090 €
Jahr 2019	3.960.561.692 €	4.084.589.530 €
Jahr 2020	4.035.622.123 €	4.219.635.174 €
Jahr 2021	4.112.108.703 €	4.360.019.046 €

Abbildung 32: Fortschreibung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs einschließlich § 5 FAG insgesamt für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Eine detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 16 und für die Variante B in Anlage 2 Seite 16 ausgewiesen.

4.2. Bestimmung des voraussichtlichen sonstigen konsumtiven Nettotransfers des Landes 2018 bis 2021

Auch für die Bestimmung des sonstigen konsumtiven Nettotransfers werden die Konten (bzw. Kontengruppen oder Kontenbereiche) der Jahresrechnungsstatistiken der Jahre 2015 und 2016 sowie der Kassenstatistik 2017 herangezogen.

Der sonstige Nettotransfer beinhaltet die konsumtiven Zahlungen des Landes, einschließlich direkter oder weitergeleiteter Bundesmittel außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes, abzüglich der Zahlungen der Kommunen an das Land. Der 30-prozentige Tilgungszuschuss des Entschuldungsprogrammes STARK II der Investitionsbank als fiktive Einzahlung (Schuldendienst) pro Jahr bleibt unberücksichtigt.

Es werden alle Konten berücksichtigt, die konsumtive Einzahlungen des Landes außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes an die Kommunen enthalten. Diese sind:

- 605 Ausgleichsleistungen
- 6141 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land
- 6481 Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land
- 6611 Zinseinzahlungen vom Land

Hiervon werden die Konten, die konsumtive Auszahlungen an das Land ausweisen, abgezogen. Diese sind:

- 7311 Zuweisungen an das Land
- 7321 Schuldendiensthilfen an das Land
- 7351 Allgemeine Zuweisungen an das Land
- 7451 Erstattungen für die Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an das Land
- 7511 Zinsauszahlungen an das Land

Die Differenz der jährlichen kommunalen konsumtiven Einzahlungen des Landes und der konsumtiven Auszahlungen an das Land ergeben den jährlichen **konsumtiven sonstigen Nettotransfer**.

Die so ermittelten konsumtiven sonstigen Nettotransfers vom Land an die Kommunen für die Jahre 2015 bis 2017 werden auf das Preisniveau 2017 nivelliert und anschließend ein Durchschnitt gebildet.

Das Ergebnis dieser Berechnung ist in **Abbildung 33** zusammengefasst:

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	987.538.358 €	288.837.587 €	634.753.449 €	63.947.322 €

Abbildung 33: Konsumtiver sonstiger Nettotransfer des Landes als Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Aus diesen Berechnungen ergeben sich für die beiden Fortschreibungsmöglichkeiten (Variante A und Variante B, siehe auch Kapitel 3.4) folgende Werte zum möglichen konsumtiven sonstigen Nettotransfer des Landes 2018 bis 2021:

Fortschreibung konsumtiver sonstiger Nettotransfer	Variante A (Preisniveau)	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)
Jahr 2018	1.003.338.971 €	1.062.517.896 €
Jahr 2019	1.021.399.073 €	1.143.819.131 €
Jahr 2020	1.040.805.656 €	1.231.963.305 €
Jahr 2021	1.060.580.964 €	1.327.514.959 €

Abbildung 34: Fortschreibung des konsumtiven sonstigen Nettotransfers insgesamt für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Eine detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 17 und für die Variante B in Anlage 2 Seite 17 ausgewiesen.

4.3. Steuereinnahmen der Kommunen 2018 bis 2021

Bei den Bedarfsberechnungen bis zum Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2016 wurde für die Schätzung der zukünftigen Steuereinnahmen die jeweilige aktuelle Steuerschätzung verwendet.

Bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse ab 2017 (siehe auch Kapitel 3.2) wurden stattdessen der Durchschnitt der kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2011 bis 2013, fortgeschrieben bis 2016 mit jährlich 3 Prozent, als kommunale Steuereinnahmen zugrunde gelegt. Ziel war es, den Kommunen einen größeren Spielraum bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

In der vorliegenden Evaluierung wird nun geprüft, ob die Finanzausgleichsmasse tatsächlich für die Wahrnehmung der Aufgaben tatsächlich ausreichend ist. Dies ist nur mit einer aktuellen Prognose der voraussichtlichen kommunalen Steuereinnahmen möglich. Hierfür ist die Steuerschätzung ein realistisches und ziemlich genaues Hilfsmittel.

Als Grundlage für die kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2018 bis 2021 wird daher die die Steuerschätzung vom November 2017 verwendet.

Steuereinnahmen der Kommunen	2018	2019	2020	2021
Steuerschätzung vom November 2017	1.753.000.000 €	1.808.000.000 €	1.849.000.000 €	1.920.000.000 €

Abbildung 35: Kommunale Steuereinnahmen für die Jahre 2018 bis 2019

Quelle: Steuerschätzung November 2017

Die Steuerschätzung vom Mai 2018 lag zum Zeitpunkt der Berechnungen und der Erstellung des Evaluierungsberichtes noch nicht vor. Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung Mai 2018 werden sich die Steuereinnahmen der Kommunen voraussichtlich weiterhin sehr positiv entwickeln.

Steuereinnahmen der Kommunen	2018	2019	2020	2021
Steuerschätzung vom November 2017	1.753.000.000 €	1.808.000.000 €	1.849.000.000 €	1.920.000.000 €
Steuerschätzung vom Mai 2018	1.785.000.000 €	1.854.000.000 €	1.922.000.000 €	1.999.000.000 €
Differenz Mai 2018 gegenüber November 2017	+ 32.000.000 €	+ 46.000.000 €	+ 73.000.000 €	+ 79.000.000 €

Abbildung 36: Vergleich Steuerschätzung Mai 2018 zu Steuerschätzung November 2017 für kommunale Steuereinnahmen für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Steuerschätzung November 2017 und Mai 2018

Zugunsten der Kommunen wird auf eine Aktualisierung der Evaluierungsberechnung verzichtet.

Die Verteilung des Gesamtbetrages auf die drei kommunalen Gruppen erfolgt anhand der durchschnittlichen kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2015 bis 2017 anhand der vorliegenden Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 sowie der Kassenstatistik 2017.

Soweit die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben, das widerspreche den mit dem Dritten und Vierten FAG-Änderungsgesetz beschlossenen Systemkorrekturen, vielmehr sei bei den gemeindlichen Steuereinnahmen statt der Steuerschätzung der Ist-Durchschnitt von drei Jahren zu berücksichtigen, wird Folgendes angemerkt:

Es geht in dem Bericht nicht darum, eine neue Finanzausgleichsmasse zu berechnen, sondern nur darum zu prüfen, ob die bestehende Finanzausgleichsmasse ausreicht. Dabei wird keine Notwendigkeit gesehen, die Anrechnung der gemeindlichen Steuereinnahmen so zu berücksichtigen, wie sie mit dem Vierten FAG-Änderungsgesetz erfolgt ist. Denn dabei ist über die bewusst niedrig angesetzten Steuereinnahmen anhand des Durchschnitts der kommunalen Steuereinnahmen der Jahre 2011 bis 2013, die bis 2016 mit jährlich 3 Prozent fortgeschrieben wurden, eine höhere Finanzausgleichsmasse errechnet worden mit dem Ziel, dass diese für fünf Jahre ausreicht. Dies kann nicht der Maßstab für eine Überprüfung der Auskömmlichkeit der Finanzausgleichsmasse sein.

4.4. Oberzentrumzuschlag für die kreisfreien Städte 2018 bis 2021

In der Bedarfsberechnung bis 2016 wurde für die Gruppe der kreisfreien Städte ein **Oberzentrumzuschlag** in Höhe von 127 Prozent des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfes bestimmt. Dieser Oberzentrumzuschlag beruhte auf den Berechnungen von Herrn Prof. Deubel in seinem Gutachten aus dem Jahr 2012 zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt. Ziel der Bestimmung war, eine angemessene Aufteilung der Finanzausgleichsmasse auf die kreisfreien Städte einerseits und dem kreisangehörigen Raum andererseits zu erreichen. Aus diesem Grunde sollte in einem vereinfachten Verfahren eine für die drei kreisfreien Städte angemessene Relation gegenüber dem kreisangehörigen Raum ermittelt und sodann längerfristig festgeschrieben werden. Die Anteilsermittlung erfolgte, in dem für die kreisfreien Städte und den kreisangehörigen Raum der Zuschussbedarf IV pro Einwohner für den Zeitraum 2008 bis 2011 (vier Jahre) zu einander ins Verhältnis gesetzt wurde. Der Durchschnitt daraus ergab 127 Prozent.

Die Umsetzung dieser Festlegung erfolgte durch eine aufwendige Berechnung. Der Zuschussbedarf IV der kreisfreien Städte wurde verglichen mit der Summe der Zuschussbedarfe IV des kreisangehörigen Raums (Landkreise plus kreisangehörige Gemeinden, einschließlich Verbandsgemeinden). Der Pro-Kopf-Betrag des kreisangehörigen Raums wurde anschließend mit 127 Prozent multipliziert und mit den Einwohnern der kreisfreien Städte zum neuen Bedarf multipliziert. Anschließend erfolgte die Nivellierung auf den ermittelten Zuschussbedarf IV insgesamt. Die Differenz bei den kreisfreien Städten zum tatsächlichen Zuschussbedarf IV wurde den kreisfreien Städten als Oberzentrumzuschlag gewährt, ohne den Bedarf des kreisangehörigen Raums nach unten zu korrigieren.

Im Ergebnis ergaben sich für die Gruppe der kreisfreien Städte in den Jahren 2013 bis 2016 folgende Oberzentrumzuschläge:

Jahr	Zuschussbedarf IV kreisfreie Städte	Oberzentrum- zuschlag	prozentuales Verhältnis
2013	898.321.250	9.993.659	1,1%
2014	912.694.390	10.278.500	1,1%
2015	975.189.994	7.292.347	0,7%
2016	985.672.756	10.629.792	1,1%
Durchschnitt 2013-2016	942.969.598	9.548.575	1,0%

Abbildung 37: Parameter zur Bestimmung des Oberzentrumzuschlages für die Gruppe der kreisfreien Städte für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: FAG 2013 bis 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Zur Vereinfachung der Berechnung dieses Sonderbedarfs der kreisfreien Städte als freiwillige Leistung des Landes, wird der jährliche Oberzentrumzuschlag in Höhe von einem Prozent des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs (früher Zuschussbedarf IV) bestimmt. Es ergeben sich folgende Werte:

Oberzentrumzuschlag für die kreisfreien Städte	Variante A (Preisniveau)	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)
Jahr 2018	11.145.461 €	11.277.100 €
Jahr 2019	11.346.079 €	11.592.859 €
Jahr 2020	11.561.655 €	11.917.459 €
Jahr 2021	11.781.326 €	12.251.148 €

Abbildung 38: Jährlicher Oberzentrumzuschlag für die Gruppe der kreisfreien Städte auf Basis der Fortschreibungen für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

4.5. Bestimmung des pauschalen Tilgungsbeitrages für 2018 bis 2021

Der Zahlungsverkehr zur kommunalen Finanzierungstätigkeit (Aufnahme und Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen) wird in der Finanzierungsrechnung ausgewiesen. Er wird insbesondere durch bestehende Tilgungsverpflichtungen beeinflusst.

Als ein Bedarf erhöhender Bestandteil der Finanzausgleichsmasse wird dementsprechend ein **pauschaler Tilgungsbeitrag** hinzugerechnet, in dem das Land die Tilgungsverpflichtungen der Kommunen für die Tilgungsraten von STARK II und sonstiger investiver Kredite bei der Bestimmung des kommunalen Finanzbedarfes berücksichtigt.

Dieser pauschale Tilgungsbeitrag wurde bereits in vergangenen Jahren als ein bedarfserhöhender Bestandteil der Finanzausgleichsmasse berücksichtigt. Die Berechnung basierte bei einer kameralen Buchungsweise der Kommunen auf der Pflichtzuführung vom Verwaltungs-

an den Vermögenshaushalt. Statistisch abgebildet wurde diese durch die ordentliche Tilgung. Aufgrund der Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik und der Änderung der Schuldenstatistik ab 2010 entfiel die Position „Umschuldung“. Diese wird im doppischen Kontenrahmenplan nicht mehr ausgewiesen und daher auch nicht in der Statistik erfasst.

Der Tilgungsanteil im Finanzausgleich wurde für die Jahre 2012 bis 2014 in Höhe von 178,6 Mio. Euro, aufgrund der fehlenden Daten ab 2010, konstant fortgeschrieben. Dieser Wert basierte auf dem Durchschnitt der ordentlichen Tilgung der Haushaltsjahre 2008 bis 2010.

Insbesondere aufgrund der durch das STARK II-Programm höheren Tilgungsraten wurde bei der Beratung des Koalitionsvertrages entschieden, den pauschalen Tilgungsanteil der Jahre 2012 bis 2014 ungekürzt bis 2021 fortzuschreiben. Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen ergab sich ein Betrag von insgesamt 183,6 Mio. Euro als pauschaler Tilgungsbeitrag für die Jahre 2017 bis 2021 (siehe auch Kapitel 3.2).

In der Evaluierung wird der pauschale Tilgungsbeitrag als Summe folgender Teilmengen bestimmt:

- jährliche Tilgungsbeiträge je kommunale Gruppe für STARK II
- prozentualer Anteil des Schuldenstandes zum 31.12.2016 abzüglich der jährlichen STARK II Kreditbestände.

Für die jährlichen Tilgungsbeiträge je kommunale Gruppe im Rahmen des Entschuldungsprogrammes STARK II für die Jahre 2017 bis 2021 hat die Investitionsbank Sachsen-Anhalt die voraussichtlichen zu leistenden Tilgungsbeträge bereitgestellt. Es ergeben sich folgende Werte:

jährliche Tilgungsbeträge der Kommunen im STARK II-Programm	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2018	82.288.982 €	18.102.992 €	23.928.303 €	40.257.687 €
2019	86.227.899 €	18.431.287 €	25.833.559 €	41.963.053 €
2020	84.381.556 €	17.697.780 €	25.332.543 €	41.351.234 €
2021	72.432.169 €	14.339.518 €	21.899.253 €	36.193.398 €

Abbildung 39: Jährliche Tilgungsbeträge für STARK II für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Investitionsbank Sachsen-Anhalt 2018

Für die Tilgungsleistungen für verbleibende investive Schulden ohne STARK II liegen keine aktuellen statistischen Daten vor.

Die Berechnung für diese Tilgungsleistungen erfolgt, indem zunächst aus der Schuldenstatistik der Schuldenstand zum 31.12.2016 pro kommunale Gruppe festgestellt wird. Um die wirklichen Tilgungsbelastungen durch den Einsatz allgemeiner Deckungsmittel zu ermitteln, wird der einbezogene Schuldenstand, vormals bestehend lediglich aus investiven Krediten, um weitere Verbindlichkeiten (kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ÖPP) erweitert.

Auf Basis von Informationen der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umschuldung hin zu STARK II, des jeweiligen Tilgungszuschusses durch das Land in Höhe von 30 Prozent und der Tilgungen der Kommunen bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt wird der Schuldenstand für das 2016 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ermittelt.

Die Differenz zwischen Schuldenstand zum 31.12.2016 insgesamt und dem Schuldenstand STARK II zum 31.12.2016 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ergibt den Restschuldenstand.

Die Fortschreibung des Restschuldenbestandes zum 31.12.2016 auf die Jahre 2017 bis 2021 erfolgt nur auf der Basis der voraussichtlichen jährlichen Umschuldungen im Rahmen von STARK II. Tilgungsleistungen der Kommunen außerhalb von STARK II für die Jahre 2017 bis 2021 werden bei der Fortschreibung des Restschuldenbestandes nicht berücksichtigt.

Es ergibt sich folgender Restschuldenbestand (investive Kredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ÖPP) ohne STARK II für die Jahre 2016 bis 2021:

kommunaler Restschuldenstand * zum 31.12. des jeweiligen Jahres	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2016	1.093.986.939 €	104.143.459 €	318.826.460 €	671.017.020 €
2017	1.060.164.678 €	104.143.459 €	305.758.397 €	650.262.822 €
2018	1.037.908.517 €	104.143.459 €	295.664.180 €	638.100.878 €
2019	1.008.722.571 €	104.143.459 €	278.847.922 €	625.731.190 €
2020	1.002.355.857 €	104.143.459 €	276.297.283 €	621.915.115 €
* kommunaler Schuldenstand (investive Kredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte und ÖPP) abzüglich der mit dem STARK II-Programm umgeschuldeten Investitionskredite zum 31.12. des jeweiligen Jahres				

Abbildung 40: Jährlicher Restschuldenbestand ohne STARK II für die Jahre 2016 bis 2020

Quelle: Schuldenstatistik 2016, Investitionsbank Sachsen-Anhalt 2018, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Es stellt sich nur die Frage, welcher Prozentsatz auf den Restschuldenbestand angewendet wird.

Eine Berechnung auf der Grundlage doppischer Konten für investive Tilgungsleistungen (Kontengruppe 792) vergangener Jahre zum investiven Schuldenstand der vergangenen

Jahre in **Abbildung 41** ergibt zu hohe Werte, da hier sowohl die Umschuldungen im Rahmen von STARK II zu 100 Prozent als auch sonstige investive Kreditumschuldungen zu 100 Prozent ausgewiesen werden.

Verhältnis Tilgungsleistungen zu Investitionskrediten zum 01.01. des jeweiligen Jahres in %	2015	2016	2017	Ø
kreisfreie Städte	24,3%	16,6%	19,3%	20,3%
Landkreise	22,9%	15,7%	19,1%	19,3%
ka Gemeinden und VbG	19,4%	17,4%	18,5%	18,5%
Kommunen insgesamt	21,1%	16,8%	18,8%	19,0%

Abbildung 41: Prozentuales Verhältnis zwischen investiven Tilgungsleistungen und Bestand investiver Kredite zum 01.01. für die Jahre 2015 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Schuldenstatistik 2014 bis 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Allein die Herausrechnung der im Rahmen von STARK II umgeschuldeten jährlichen Kreditbestände und der jährlichen Tilgungsleistungen ergibt bereits folgende Reduzierung des prozentualen Anteils der Tilgungsleistungen (ohne STARK II) zum investiven Kreditbestand (ohne STARK II):

Verhältnis Tilgungsleistungen zu Investitionskrediten zum 01.01. des jeweiligen Jahres in % OHNE STARK II	2015	2016	2017	Ø
kreisfreie Städte	15,7%	9,1%	11,1%	12,1%
Landkreise	12,8%	7,3%	11,5%	10,6%
ka Gemeinden und VbG	9,9%	9,3%	12,4%	10,5%
Kommunen insgesamt	11,6%	8,7%	12,0%	10,7%

Abbildung 42: Prozentuales Verhältnis zwischen investiven Tilgungsleistungen und Bestand investiver Kredite zum 01.01. für die Jahre 2015 bis 2017 ohne STARK II

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Schuldenstatistik 2014 bis 2016, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Auch diese prozentualen Anteile der Tilgungsleistungen (ohne STARK II) zum Bestand an investiven Krediten (ohne STARK II) sind noch zu hoch, da in den Tilgungsleistungen noch die Umschuldungen von investiven Krediten außerhalb von STARK II enthalten sind. Eine Herausrechnung dieser Umschuldungen ist nicht möglich, da separate statistische Daten hierzu nicht vorliegen.

Für den prozentualen Anteil des Schuldenstandes zum 31.12.2016 abzüglich der jährlichen STARK II-Kreditbestände erfolgt dementsprechend nur eine Abrundung des in **Abbildung 42** ausgewiesenen kommunalen durchschnittlichen prozentualen investiven Tilgungsanteils von 10,7 Prozent auf **10 Prozent**.

Unter Berücksichtigung dieses Prozentsatzes zur Bestimmung der Tilgungsbeträge für den Restschuldenbestand (ohne STARK II) und der voraussichtlichen Tilgungsbeträge im Rahmen von STARK II ergeben sich folgende pauschale Tilgungsbeiträge für die Jahre 2018 bis 2021:

pauschaler Tilgungsbeitrag	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2018	188.305.450 €	28.517.338 €	54.504.143 €	105.283.969 €
2019	190.018.751 €	28.845.633 €	55.399.977 €	105.773.141 €
2020	185.253.813 €	28.112.126 €	53.217.335 €	103.924.353 €
2021	172.667.755 €	24.753.864 €	49.528.981 €	98.384.909 €

Abbildung 43 :Pauschaler Tilgungsbeitrag für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Schuldenstatistik 2014 bis 2016, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Eine detaillierte Berechnung ist in Anlage 3 ausgewiesen.

Die Ergebnisse der Befragung der Kommunen in Sachsen-Anhalt vom März 2018 zu den ordentlichen Tilgungsbeträgen und den Abschreibungen in den Jahren 2013 bis 2016 wurden bei der vorliegenden Evaluierung nicht berücksichtigt.

Bei der Befragung haben 22 von insgesamt 247 Kommunen nicht geantwortet. Das entspricht einem Anteil von 8,9 Prozent aller Kommunen die keine Zahlen angegeben haben.

Bei der Verwendung der ordentlichen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (ordentlicher Anteil an Konten 7920 bis 7929) traten geringe Probleme auf. Bei einem Plausibilitätsvergleich mit den Angaben aus den Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 zur Kontengruppe 792 haben in 2015 insgesamt 19 Kommunen höhere Werte bei der ordentlichen Tilgung angegeben, als in der Jahresrechnungsstatistik ausgewiesen wird. Für 2016 ergibt sich ein ähnliches Bild: hier sind die Werte von 15 Kommunen nicht plausibel.

Diese Zahlen könnten daher nur nach weitergehenden Prüfungen und Nachfragen verwendet werden und blieben daher in der vorliegenden Evaluierung unbeachtet.

Auch die Abfrageergebnisse zu den Abschreibungen der Kommunen sind für die vorliegende Evaluierung nicht verwendbar, da über 150 Kommunen (über 60 Prozent aller 247 Kommunen) für die Jahre 2014 bis 2016 keinen Jahresabschluss vorliegen haben (siehe **Abbildung 44**).

Fassung des Jahresabschlusses Anzahl der Kommunen				keine Angabe
Jahr	gar nicht	vorläufig	geprüft	
2014	154	58	13	22
2015	167	47	11	22
2016	171	47	7	22

Abbildung 44 :Stand der Erarbeitung der Jahresabschlüsse bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt

Quelle: Ministerium für Inneres und Sport, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Zudem haben viele Kommunen angegeben, das sie noch keine geprüfte Eröffnungsbilanz vorliegen haben und damit alle Angaben vorläufig sind.

Vor diesem Hintergrund wurde auf die Verwendung der erfragten Daten für die vorliegende Evaluierung verzichtet.

4.6. Höhe der Investitionspauschale für 2018 bis 2021

In der Darstellung der Finanzausgleichsmasse insgesamt werden die Investitionspauschale und der Ausgleichsstock als separate Positionen zusätzlich zu der bedarfsgerechten Finanzausgleichsmasse aufgeführt.

Die Investitionspauschale wurde langfristig bis 2021 auf 150 Mio. Euro pro Jahr festgelegt.

Von diesem Gesamtbetrag werden ab dem Haushaltsjahr 2018 jährlich 25 Mio. Euro vorab entnommen. Von dieser Vorwegentnahme werden jährlich 10 Mio. Euro zur Förderung der kommunalen Investitionen in Sportstätten im Sinne des Sportfördergesetzes und in Feuerwehren im Sinne des Brandschutzgesetzes über das Ministerium für Inneres und Sport als Zuwendungen ausgereicht.

Ab dem Haushaltjahr 2018 werden jährlich 15 Mio. Euro zur Förderung der Investitionen in kommunale Krankenhäuser nach Maßgabe des Krankenhausfinanzierungsgesetzes über das hierfür zuständige Ministerium ausgereicht.

Von den verbleibenden Mitteln in Höhe von jährlich 125 Mio. Euro ab dem Haushaltsjahr 2018 erhalten die kreisfreien Städte 25 v. H., die kreisangehörigen Gemeinden 55 v. H. und die Landkreise 20 v. H..

4.7. Ausgleichsstock für 2018 bis 2021

Der Ausgleichsstock dient der Milderung oder dem Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen in den Haushalten der Kommunen. Daneben dient er der Vermeidung (Abmilderung) besonderer Härten, die bei der Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes entstehen können.

Es werden für den Ausgleichsstock Mittel in Höhe von jährlich 40 Mio. Euro bereitgestellt.

4.8. Bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse einschließlich Investitionspauschale und Ausgleichsstock

Aufbauend auf den Kapiteln 4.1 bis 4.7 ergibt sich die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021 nach folgender Berechnungsformel:

$$\begin{aligned}
 & \text{kommunaler konsumtiver Finanzbedarf einschließlich § 5 FAG (siehe auch Kapitel 4.1)} \\
 & \text{./. sonstigem Nettotransfer des Landes (Kapitel 4.2)} \\
 & \text{./. kommunalen Steuereinnahmen (Kapitel 4.3)} \\
 & + \text{Oberzentrumszuschlag (siehe Kapitel 4.4)} \\
 & + \text{pauschaler Tilgungsbeitrag (siehe Kapitel 4.5)} \\
 & = \text{bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse} \\
 & + \text{Investitionspauschale (siehe Kapitel 4.6)} \\
 & + \text{Ausgleichsstock (siehe Kapitel 4.7)} \\
 & = \underline{\underline{\text{Finanzausgleichsmasse insgesamt}}}
 \end{aligned}$$

Nach dieser Berechnungsformel würden sich für die Kommunen in Sachsen-Anhalt folgende Finanzausgleichsmassen für die Jahre 2018 bis 2021 ergeben:

Finanzausgleichsmasse	Variante A (Preisniveau)	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)
Jahr 2018	1.523.821.096 €	1.528.714.744 €
Jahr 2019	1.522.527.449 €	1.524.382.009 €
Jahr 2020	1.532.631.936 €	1.525.843.142 €
Jahr 2021	1.505.976.819 €	1.487.422.989 €

Abbildung 45 :Berechnete Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Schuldenstatistik 2014 bis 2016, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Für die drei kommunalen Gruppen ergeben sich folgende Werte:

Finanzausgleichsmasse (nur § 16 Abs.3 FAG und ohne § 17 FAG)	Variante A (Preisniveau)			Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)		
	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2018	445.223.866 €	552.931.481 €	460.665.749 €	440.900.342 €	551.762.856 €	471.051.546 €
2019	446.445.023 €	562.208.836 €	448.873.590 €	435.079.941 €	557.543.395 €	466.758.673 €
2020	451.307.099 €	569.032.604 €	447.292.233 €	430.832.186 €	558.757.913 €	471.253.043 €
2021	446.166.269 €	574.521.782 €	420.288.768 €	415.207.251 €	556.748.081 €	450.467.657 €

Abbildung 46 : Berechnete Finanzausgleichsmasse für die drei kommunalen Gruppen ohne Ausgleichsstock und ohne Vorabentnahme der Investitionspauschale nach § 16 Abs. 2 FAG für die Jahre 2018 bis 2021
Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Schuldenstatistik 2014 bis 2016, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, FAG 2017 bis 2021, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der Vorwegentnahme nach § 16 Abs. 2 FAG bei der Investitionspauschale nur 125 Mio. Euro (§ 16 Abs. 3 FAG) aufgeteilt werden. Auch der Ausgleichsstock § 17 FAG ist nicht enthalten, da aufgrund der hier vorzunehmenden Einzelfallentscheidungen kein Aufteilungsmaßstab vorliegt.

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 und für Variante B in der Anlage 2 enthalten.

4.9. Nicht berücksichtigte Einflussgrößen

Bei der vorgenommenen Evaluierung der Höhe der Finanzausgleichsmasse wurden mehrere Einflussgrößen auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse zwar untersucht, aber letztlich nicht in die Berechnung der Finanzausgleichsmasse eingearbeitet.

Zunächst wäre hier der im sogenannten Blick nach vorn bis 2016 vorgenommene Einbezug von zu erwartenden Veränderungen bei den Bundeszuweisungen. Die Höhe dieser Veränderungen und die Begründung für die Nichtberücksichtigung sind in Kapitel 4.9.1 dargestellt.

Des Weiteren ist der Gesetzgeber aus Art. 88 Abs. 1 LVerf nicht verpflichtet, sämtliche Ausgaben der Kommunen bei ihrer subjektiven Aufgabenerfüllung zu berücksichtigen, sondern nur die notwendigen Ausgaben, die bei einer effizienten Aufgabenerfüllung entstehen. Hierzu wurde in den Jahren 2015 und 2016 ein landesinterner Benchmark durchgeführt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, diesen bei der Bestimmung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2017 ff. nicht zu berücksichtigen. Daher werden die Ergebnisse des landesinternen Benchmarks in Kapitel 4.9.2 nur informationshalber dargestellt.

Weiterhin wird in Kapitel 4.9.3 informationshalber ausgeführt, inwieweit die Kommunen in Sachsen-Anhalt ihre Steuerquellen (insbesondere bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer) nur in einem unterdurchschnittlichen Maß ausschöpfen.

Auch wenn diese vom Verfassungsgericht aufgezeigten Möglichkeiten zu einer verfassungskonformen Kürzung der Finanzausgleichsmasse nicht aufgegriffen werden, sind sie dennoch von Bedeutung für die aktuelle Evaluierung. Eine Modellrechnung mit einer entsprechend gekürzten Finanzausgleichsmasse in Kapitel 4.9.4 zeigt auf, ob und gegebenenfalls inwieweit die einzelnen tatsächlich gezahlten Teilmassen in den Jahren 2018 bis 2021 von den nach der Landesverfassung gebotenen Mindestbeträgen zum Nachteil der Kommunen abweichen.

4.9.1. Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunaler Auswirkung für die Jahre 2018 bis 2021

Bundesrechtliche Veränderungen, die sich auf den Finanzbedarf der Kommunen auswirken und über den in die Bedarfsberechnung eingeflossenen Zeitraum der Haushaltsjahre 2015 bis 2017 hinausgehen, werden grundsätzlich berücksichtigt, sofern die finanziellen Auswirkungen im Einzelfall 5 Mio. Euro übersteigen.

Die Planansätze 2018 bzw. 2016 werden verglichen mit den durchschnittlichen Planansätzen 2015 bis 2017 und der Differenzbetrag als Erhöhung bzw. Verminderung in die Bedarfsberechnung einbezogen. Sofern keine Planansätze vorhanden sind, werden die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen der gesetzlichen Änderungen geschätzt. Grundlage hierfür sind die durchschnittliche Entwicklung und die Änderungen auf der Grundlage bundesgesetzlicher Regelungen.

Für 2018 betrifft dies das Unterhaltsvorschussgesetz, die Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren und die Verringerung der Hartz IV-Sonderbundesergänzungszuweisungen (Hartz IV-SoBEZ) sowie die Veränderung des Bundesanteils an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5 ff. Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)⁹.

a. Unterhaltsvorschussgesetz

Von den Kommunen wird vorgebracht, dass Mehrbelastungen durch das neue Unterhaltsvorschussgesetz entstehen würden. Nach der gesetzlichen Neuregelung trägt der Bund künftig 40 Prozent der Kosten (bisher 33,33 Prozent). Land und Kommunen tragen künftig jeweils 30 Prozent der Kosten (bisher jeweils 33,33 Prozent).

⁹ Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541) geändert worden ist"

Planansätze im Landeshaushalt 2018 für die Kommunen liegen nicht vor. Nur der Landesanteil einschließlich des Finanzierungsanteils des Bundes wird für die Jahre 2017 und 2018 ausgewiesen. Darin wird von einer Erhöhung der Landeskosten inklusive Finanzierungsanteil des Bundes um rund 17,2 Prozent ausgegangen. Dieser prozentuale Kostensteigerungssatz im Titel 633 67 des Kapitel 0517 im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 ist wesentlich mitbestimmt durch die Erhöhung des Bundesanteils von 33,33 Prozent auf 40 Prozent, die sich in den Folgejahren nicht wiederholen wird. Aufgrund der atypischen Situation der Veränderung des Bundesanteils ist für die Jahre 2017 und 2018 auf die prozentuale Veränderung der Gesamtausgaben 2017/2018 abzustellen. Danach ergibt sich ein Steigerungssatz von 14,9 Prozent. Diese prozentuale Steigerung wird auf die durchschnittlichen Kosten der Kommunen umgelegt.

Die Kommunen haben in den Jahren 2015 bis 2016 in der Produktgruppe 341 (Unterhaltungsvorschussleistungen) einen kommunalen konsumtiven Finanzbedarf von rund 34,4 Mio. Euro und 33,7 Mio. Euro ausgewiesen. In diesen sind neben den eigentlichen Transferleistungen auch andere Auszahlungen u. a. Personalkosten in Höhe von durchschnittlich 5,8 Mio. Euro jährlich ausgewiesen. Daher können die Angaben aus der Jahresrechnungsstatistik 2015 und 2016 als Grundlage einer Schätzung der voraussichtlichen kommunalen Mehrkosten zugrunde gelegt werden. Aufbauend auf diesen Zahlen werden für 2017 rund 35,7 Mio. Euro geschätzt, da in der Kassenstatistik keine Produktgruppen ausgewiesen werden. Daraus ergibt sich ein geschätzter durchschnittlicher kommunaler konsumtiver Finanzbedarf von 34,6 Mio. Euro, der in der berechneten Finanzmasse für 2018 enthalten ist.

Bei Anwendung des prozentualen Kostensteigerungsansatzes des Landes käme man zu einem geschätzten kommunalen konsumtiven Finanzbedarf von rund 41,89 Mio. Euro. Unter Abzug des durchschnittlichen kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs 2015 bis 2017 ergibt sich ein **kommunaler Mehrbedarf von rund + 6,44 Mio. Euro**.

b. Hartz IV-SoBEZ

Die Hartz IV-SoBEZ sind Bundeszuweisungen an das Land, die vom Land an Kommunen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes weitergeleitet werden. Diese sind im durchschnittlichen sonstigen Nettotransfer 2015-2017 des Landes an die Kommunen in Höhe von 108,33 Mio. Euro (2015 = 122 Mio. Euro, 2016 = 122 Mio. Euro und 2017 = 81 Mio. Euro) enthalten.

Für 2018 sind im Planansatz des Landes nur noch 81 Mio. Euro ausgewiesen. Hierdurch ergibt sich ein **kommunaler Mehrbedarf von rund +27,33 Mio. Euro**.

c. Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren

Im Planansatz des Landes sind für die Jahre 2015 = 22,415 Mio. Euro; 2016 = 22,18 Mio. Euro und 2017 = 45,30 Mio. Euro als Zuweisungen des Bundes an die Kommunen ausgewiesen. Diese sind im sonstigen konsumtiven Nettotransfer in Höhe von durchschnittlich 29,96 Mio. Euro enthalten.

Der Ansatz für 2018 enthält Bundeszuweisungen von 47,62 Mio. Euro. Die Differenz zwischen Ansatz 2018 und sonstigen konsumtiven Nettotransfer in diesem Bereich liegt bei 17,66 Mio. Euro. In dieser Höhe wird der kommunale konsumtive Finanzbedarf mehr gedeckt durch den sonstigen Nettotransfer als in der Berechnung prognostiziert. In dieser Höhe besteht daher ein **kommunaler Minderbedarf von rund -17,66 Mio. Euro**.

d. Bundesanteil bei den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5 ff. SGB II

Die Kosten für Unterkunft und Heizung gehören zu den größten sozialen Lasten der Kommunen. Der Bund beteiligt sich nach § 46 SGB II an diesen Kosten. Auch das Land weist den Kommunen zusätzliche Mittel (u.a. Hartz IV SoBEZ) zur Deckung dieser Aufwendungen zu.

Die kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung lagen nach den monatlichen Meldungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt in den Jahren

- 2015 = 508,32 Mio. Euro
- 2016 = 490,52 Mio. Euro
- 2017 = 483,57 Mio. Euro.

Hiervon hat der Bund über § 46 Abs. 5ff. SGB II (ohne Anteil für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 8 SGB II) insgesamt für die Jahre

- 2015 = 159,10 Mio. Euro
- 2016 = 164,82 Mio. Euro
- 2017 = 200,68 Mio. Euro

geleistet.

Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 werden bei der Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs Bundeszuweisungen für Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 174,87 Mio. Euro berücksichtigt.

Aufgrund der Erhöhung des Bundesanteils und der Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrkosten erhalten die Kommunen im Haushaltsjahr 2018 voraussichtlich rund 198,02 Mio. Euro.

Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Bundesanteil für 2018 und den im kommunalen konsumtiven Finanzbedarf berücksichtigten Bundeszahlungen liegt bei 23,15 Mio. Euro.

In dieser Höhe wird der kommunale konsumtive Finanzbedarf zu hoch ausgewiesen. Es besteht daher ein **kommunaler Minderbedarf von rund -23,15 Mio. Euro**.

Die zu berücksichtigenden Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunaler Auswirkung für das Jahr 2018 belaufen sich auf insgesamt:

Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunalen Auswirkungen für 2018 Differenzbeträge, die bei der Fortschreibung der Finanzausgleichsmasse zusätzlich zu berücksichtigen wären:	2018
Unterhaltsvorschussgesetz (geschätzter Differenzbetrag auf Basis Jahresrechnung 2015/2016 und Kassenstatistik 2017)	6,44 Mio. €
Hartz IV-SoBEZ (geschätzter Differenzbetrag)	27,33 Mio. €
Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren Kapitel 05 17; Titel 663 364 (geschätzter Differenzbetrag)	-17,66 Mio. €
Bundesanteil bei Kosten für Unterkunft und Heizung (geschätzter Differenzbetrag)	-23,15 Mio. €
Summe	-7,04 Mio. €

Abbildung 47 : Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunalen Auswirkungen für 2018

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Meldungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Aufgrund des aufgezeigten summarischen Ergebnisses wurden die bundesrechtlichen Änderungen, die sich auf den Finanzbedarf der Kommunen auswirken, nicht berücksichtigt.

Da der Haushaltsplan des Landes für das Jahr 2019 noch nicht vorliegt, konnten insoweit keine Änderungen für das Jahr 2019 berücksichtigt werden.

Eine detaillierte Berechnung ist in Anlage 4 ausgewiesen.

Soweit die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben, die Verrechnung von Bundesentlastungen mit konnexitätsbedingten Mehrbelastungsausgleichen widerspreche den mit dem Dritten und Vierten FAG-Änderungsgesetz beschlossenen Systemkorrekturen, wird Folgendes angemerkt:

Soweit damit die Bundesentlastung durch das Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen gemeint sein soll, ist dies allenfalls hinsichtlich eines Teilbetrages des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer nachvollziehbar. Ein Widerspruch zu den mit dem Dritten und Vierten FAG-Änderungsgesetz beschlossenen Systemkorrekturen läge nur vor, wenn davon ausgegangen würde, dass den Kommunen über die Bedarfsdeckung hinaus weitere Mittel gewährt werden sollen. Auch bei Berücksichtigung des Teilbetrages würde sich das Ergebnis des Berichts nicht ändern.

4.9.2. Landesinterner Benchmark

Wie unter Kapitel 3.1 ausgeführt, könnte der Gesetzgeber unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Vorgaben einer angemessenen Finanzausstattung verschiedene Prüfungsinstrumente einsetzen.

Zur Bestimmung der Angemessenheit der kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe wurde ein „best practice“ genannter landesinterner Vergleich durchgeführt. Dieser Vergleich erfolgt summarisch für alle kommunalen Aufgaben, d. h. sowohl für Pflichtaufgaben als auch für freiwillige Aufgaben.

Basis der Berechnung ist der Quotient (pro-Kopf-Wert) aus dem Durchschnitt der kommunalen konsumtiven Finanzbedarfe für die Jahre 2015 bis 2017 und dem Durchschnitt der Einwohnerzahlen 2015 bis 2016 (für den 31.12.2017 liegen noch keine Einwohnerzahlen vor).

Es wurden vier kommunale Gruppen (kreisfreie Städte, Landkreise, Mittelzentren, kreisangehörige Gemeinden ohne Mittelzentren) gebildet. Bei den kreisangehörigen Gemeinden ohne Mittelzentren wurden die Verbandsgemeinden mit ihren Mitgliedsgemeinden summarisch betrachtet. Des Weiteren blieben sieben abundante Kommunen unberücksichtigt.

Es wurde ein Korridor gebildet, bei dem nur pro-Kopf-Werte jeder Kommune zwischen 50 und 110 v. H. des rechnerischen Durchschnitts der jeweiligen Gruppe einbezogen wurden. Das heißt Pro-Kopf-Beträge oberhalb von 110 Prozent wurden auf 110 Prozent abgesenkt und Werte unter 50 Prozent wurden auf 50 Prozent angehoben.

Anschließend wurden die "neuen" Pro-Kopf-Beträge mit der durchschnittlichen Einwohnerzahl (2015/2016) multipliziert. Die aufsummierten Beträge pro kommunale Gruppe ergeben den neuen durchschnittlichen kommunalen konsumtiven Finanzbedarf. Die Differenz zwischen dem neuen durchschnittlichen kommunalen konsumtiven Finanzbedarf pro kommunaler Gruppe und dem ursprünglichen durchschnittlichen Bedarf wäre das mögliche Einsparpotenzial auf Basis „best practice“.

Für den Zeitraum 2015 bis 2017 ergaben sich folgende mögliche Abzugsbeträge:

landesinterner Benchmark 2015 bis 2017	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Mittelzentren	kreisangehörige Gemeinde ohne Mittelzentren
möglicher Abzugsbetrag 2018 bis 2021	-26.952.251 €	0 €	-1.648.701 €	-11.338.805 €	-13.964.744 €

Abbildung 48 :Ergebnis des landesinternen Benchmark 2015 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Eine detaillierte Darstellung ist in Anlage 5 enthalten.

Zugunsten der Kommunen wird auf die Umsetzung dieser möglichen Abzugsbeträge verzichtet.

4.9.3. Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen

Wie unter Kapitel 3.1 ausgeführt, könnte der Gesetzgeber bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Vorgaben prüfen, inwieweit die Kommunen in Sachsen-Anhalt ihre Steuerquellen (insbesondere bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer) nur in einem unterdurchschnittlichen Maß ausschöpfen und diese Minderausschöpfung von der Finanzausgleichsmasse abziehen.

durchschnittliche gewogene Steuerhebesätze 2016	Branden- burg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Flächenländer Ost <u>ohne</u> Sachsen-Anhalt
kreisfreie Städte						
Grundsteuer A	358	341	325	279	307	324
Grundsteuer B	494	533	631	497	529	577
Gewerbesteuer	438	455	454	450	459	453
kreisangehörige Gemeinden						
Grundsteuer A	303	307	312	324	295	305
Grundsteuer B	384	396	425	382	402	404
Gewerbesteuer	302	345	398	300	383	353

Abbildung 49 :Durchschnittliche gewogene Steuerhebesätze im ostdeutschen Ländervergleich 2016

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Eine Auswertung des Realsteuervergleichs 2016 zeigt, inwieweit die Kommunen in Sachsen-Anhalt ihre Möglichkeiten zur Erzielung von Realsteuern auch tatsächlich ausschöpfen. Im Ergebnis in **Abbildung 49** ist festzustellen, dass Sachsen-Anhalt gegenüber dem Durch-

schnitt der anderen ostdeutschen Länder nur bei der Grundsteuer A bei den kreisangehörigen Gemeinden einen höheren Wert ausweist.

Der geringe durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz für die kreisangehörigen Gemeinden in Sachsen-Anhalt in 2016 ist u. a. bedingt durch eine einmalige sehr hohe Gewerbesteuerzahlung (rund 150 Mio. Euro) bei einer kreisangehörigen Gemeinde mit einem sehr niedrigen Gewerbesteuerhebesatz.

Bei einer Berechnung mit den durchschnittlichen gewogenen Steuerhebesätzen 2016 der Flächenländer Ost ohne Sachsen-Anhalt ergäben sich mögliche Mehreinnahmen in Höhe von rund + 140,05 Mio. Euro für die Kommunen in Sachsen-Anhalt.

Bei einer Berücksichtigung dieser Zahlen würde sich die Finanzausgleichsmasse um diesen Betrag verringern.

Bei Herausrechnung der einmaligen sehr hohen Gewerbesteuerzahlung in 2016 (rund 150 Mio. Euro) bei einer kreisangehörigen Gemeinde mit einem sehr niedrigen Gewerbesteuerhebesatz ergäben sich immerhin noch mögliche Mehreinnahmen von rund 27 Mio. Euro. Der durchschnittliche gewogene Gewerbesteuerhebesatz für 2016 läge bei den kreisangehörigen Gemeinden dann nicht mehr – wie in der Statistik ausgewiesen – bei 300 Prozent, sondern bei rund 348 Prozent.

Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass auch in den anderen Flächenländern des o. g. Vergleichs einmalige Sondereffekte vorliegen können. Diese können aufgrund fehlender Daten nicht herausgerechnet werden. Daher wird im Folgenden die statistische Auswertung ohne diese Herausrechnung weiter verwendet.

Zugunsten der Sicherstellung der kommunalen Haushalte wird auf die Umsetzung dieser möglichen Abzugsbeträge verzichtet.

4.9.4. Modellrechnung zur Finanzausgleichsmasse unter Berücksichtigung nicht angewendeter Einflussgrößen

Um die Auswirkungen der in den Kapiteln 4.9.1 und; 4.9.2 bis 4.9.3 dargestellten Einflussgrößen auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse darzustellen, wurde für 2018 sowohl für die Fortschreibung nach Variante A als auch für die Fortschreibung nach Variante B eine Modellrechnung erstellt.

Modellrechnung einschließlich aller Abzugsbeträge					
Finanzausgleichsmasse	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	1.628.000.000 €	1.349.775.584 €	278.224.416 €	1.354.669.232 €	273.330.768 €

Abbildung 50 : Modellrechnung Finanzausgleichsmasse bei Anwendung aller Abzugsbeträge für 2018
Quelle: Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Bei dieser Modellrechnung wird für die Position „Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen“ die statistische Auswertung ohne Herausrechnung der einmaligen sehr hohen Gewerbesteuerzahlung in 2016 verwendet.

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A und die Variante B in Anlage 6 enthalten.

Bei einer Herausrechnung der einmaligen sehr hohen Gewerbesteuerzahlung in 2016 würden die errechneten Beträge um rd. 113 Mio. Euro höher ausfallen und die Differenzen um rd. 113 Mio. Euro sinken.

Zugunsten der Kommunen und der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit wurde auf die Anwendung der dargestellten Einflussgrößen und Abzugsbeträge verzichtet.

5. Verteilung der Finanzausgleichsmasse

5.1. Aufteilung der Finanzausgleichsmasse zwischen eigenem und übertragenen Wirkungskreis der Kommunen

Für die Wahrnehmung von Aufgaben im Auftrag von Land oder Bund (Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis) erhalten die Kommunen Zuweisungen, um die ihnen entstehenden Kosten zu decken. Die Zuweisungen erfolgen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021 in zwei Teilmassen:

- Auftragskostenpauschale (§ 4 FAG)
- Zuweisungen für Aufgaben nach dem Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz § 5 FAG)

Für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises erhalten die Kommunen ergänzende Zuweisungen, da diese Aufgaben vorrangig durch eigene Einnahmen zu finanzieren sind.

Die Zuweisungen erfolgen nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021 in folgenden Teilmassen:

- § 7 FAG (Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach SGB II)
- § 9 FAG (Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach SGB VIII)
- § 10 FAG (Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung)
- § 11 FAG (Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Unterhaltung der Kreisstraßen)
- § 12 FAG (Schlüsselzuweisungen)

5.2. Zuweisungen für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

5.2.1. Zuweisungen nach § 4 FAG

Die Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises werden als **Auftragskostenpauschale** (§ 4) gewährt und sind sowohl unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes als auch unabhängig von der Steuer- bzw. Umlagekraft der Kommunen zu leisten. Der Bedarf der Kommunen – der durch das Finanzausgleichsgesetz zu decken ist – ergibt sich nach dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich der bereits geleisteten Nettotransferleistungen des Landes für die jeweiligen Aufgaben.

Die Auftragskostenpauschale wird separat für jede kommunale Gruppe ermittelt. Mittels der Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 wird für jede Produktgruppe der Durchschnittsbedarf ermittelt aus dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich des sonstigen Nettotransfers der jeweiligen Produktgruppe. Da es sich um den übertragenen Wirkungskreis handelt, werden eigene Steuereinnahmen für die Bedarfsdeckung nicht berücksichtigt.

Zunächst wurde auf der Basis einer früheren mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Aufteilung der kameralen Gliederungspositionen (Aufgabengruppen) auf die drei Wirkungskreise je kommunaler Gruppe (übertragener Wirkungskreis, eigener pflichtiger Wirkungskreis und eigener freiwilliger Wirkungskreis) eine Zuordnung dieser Quoten auf die nunmehr vorliegenden doppelischen Produktgruppen je kommunaler Gruppe vorgenommen. Dabei wurden zwischenzeitliche Gesetzesänderungen berücksichtigt. In der Anlage 7 ist eine detaillierte Übersicht der Aufteilung der Produktgruppen je kommunaler Gruppe einschließlich der Produktgruppe 111 enthalten.

Bei der Aufteilung der Produktgruppe 111 (Verwaltungssteuerung und Service) war die Bestimmung der Zuordnung auf die Wirkungskreise schwierig. In dieser Produktgruppe sind nach dem Produktrahmenplan zum 1. Januar 2017 folgende Aufgaben enthalten:

- Steuerung der Kommune,
- Finanzmanagement, Rechnungswesen, Rechnungsprüfung,
- Zentrale Dienste
- Personalmanagement, Rechtsangelegenheiten,
- Kommunalaufsicht,
- Organisationsangelegenheiten und technikunterstützte Informationsverarbeitung
- Management Sachvermögen und
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Aufgaben dürften ganz überwiegend dem eigenen Wirkungskreis zuzuordnen sein. Insbesondere die Kommunalaufsichtsaufgaben der Landkreise umfassen aber auch Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. Eine Bestimmung der tatsächlichen Finanzbedarfe für das Produkt „Kommunalaufsicht ist aber nicht möglich, da die statistischen Daten nur auf Produktgruppenebene aufschlüsselbar sind.

Der Anteil des Produkts „Kommunalaufsicht“ an der Produktgruppe 111 wird als gering geschätzt, da dessen Personalbestand nur einen geringen Anteil an der Produktgruppe ausmacht.

Grundsätzlich werden die in der Produktgruppe 111 zusammengefassten Aufgaben für die gesamte Verwaltung der Kommune wahrgenommen werden. D. h. sie würden dann auch teilweise der Erfüllung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises dienen. Dann wäre das Land verpflichtet, auch diese Kosten für den „Verwaltungs-Overhead“ anteilig zu tragen.

Um deutlich zu machen, welche Auswirkungen die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der Produktgruppe 111 auf die Bestimmung der Auftragskostenpauschale hat, wurde in einem ersten Schritt der prozentuale Anteil für den übertragenen Wirkungskreis am Durchschnittsbedarf ohne die Produktgruppe 111 für jede kommunale Gruppe bestimmt. Dabei wird das jeweilige Produkt aus der Quote für den übertragenen Wirkungskreis und dem Durchschnittsbedarf je Produktgruppe zum absoluten Betrag für den übertragenen Wirkungskreis addiert. Die Summe wird ins Verhältnis zum Bedarf aller Produktgruppen gesetzt. Das Ergebnis ist der Anteil des übertragenen Wirkungskreises ohne die Produktgruppe 111, dargestellt in **Abbildung 51**:

Kennziffer	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis an Durchschnittsbedarf insgesamt	12,69	29,02	4,31
Produktgruppe 111 wird nicht in die Auftragskostenpauschale einbezogen			

Abbildung 51: Prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis ohne Produktgruppe 111 je kommunaler Gruppe

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die Berechnung ohne die Produktgruppe 111 ist in Anlage 8 ist enthalten.

Für die Bestimmung der Quote für den übertragenen Wirkungskreis bei der Produktgruppe 111 liegen keine Zahlen vor. Auch die frühere Aufteilung anhand der mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten kameralen Zuordnung ist nicht weiterführend, da zum einen die Daten aus Statistiken bis 2009 fußen und zum anderen auch diese Quoten nur Schätzungen waren. Des Weiteren sind auch in der doppelischen Systematik eine Vielzahl von Einzelaufgaben aus der kameralen Systematik in der Produktgruppe 111 zusammengefasst worden.

Einen möglichen Ansatzpunkt könnte die Konsultationsvereinbarung 2016 ¹⁰ zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden sein. Dort wurde vereinbart, dass für die Bestimmung der Kosten von übertragenen Aufgaben der KGSt-Bericht Nr. 16/2015 „Kosten eines Arbeitsplatzes“ angewendet werden soll. In diesem wird ein Zuschlag von 10 Prozent der Bruttopersonalkosten des jeweiligen Arbeitsplatzes für diesen sogenannten „Verwaltungs-Overhead“ vorgeschlagen.

Mit Diesem sollen dann im Wesentlichen abgegolten sein:

- Planung, Steuerung und Kontrolle durch Rat/Kreistag und Verwaltungsführung,
- Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt,
- Leistungen des Haupt- und Personalamtes,
- Leistungen der Kämmerei,
- Leistungen der Stadtkasse,
- Leistungen des Steueramtes,
- Liegenschaftsverwaltung,
- allgemeine Beschaffung,
- Personalratstätigkeit, Gleichstellungsstelle,
- betriebsärztlicher Dienst,
- Leistungen des Presseamtes.

Auf Basis dieses Ansatzes bei der Bestimmung der sogenannten „Overhead-Kosten“ für die Auftragskostenpauschale werden in einem ersten Schritt, alle Personalauszahlungen (Bruttopersonalkosten) im Kontenbereich 70 in den Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 für jede Produktgruppe ausgewertet und aus den Ergebnissen ein Durchschnittswert der Jahre 2015 und 2016 bestimmt. Im Kontenbereich 70 sind alle Personalauszahlungen einschließlich Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und Beihilfen enthalten

¹⁰ „Vereinbarung über die Beratung und Abstimmung zu finanzrelevanten Vorgängen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden - Konsultationsvereinbarung 2016 - (MBL. LSA 2017, S. 81)“

Bei Anwendung der Aufteilung der Produktgruppen je kommunaler Gruppe – ohne Produktgruppe 111 – ergeben sich für die kommunalen Gruppen folgende durchschnittliche Personalkosten des übertragenen Wirkungskreises:

Personalauszahlungen Jahresrechnung 2015/2016 - ohne Produktgruppe 111 -	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Personalkosten des übertragenen Wirkungskreises (Berechnung auf der Basis einer Auswertung Jahresrechnung 2015/2016)	323.307.240	87.484.760	156.630.438	79.192.042

Abbildung 52: durchschnittliche Personalkosten 2015/2016 im übertragenen Wirkungskreis

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Diese Werte werden ins Verhältnis zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich Nettotransfer der Produktgruppe 111 gesetzt. Danach ergeben sich für die kommunalen Gruppen folgende Quoten für die Produktgruppe 111:

Quote für Produktgruppe 111	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Ansatz für den Verwaltungs-Overhead für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	9 Prozent	9 Prozent	2 Prozent

Abbildung 53: Prozentualer Anteil der Produktgruppe 111 für übertragenen Wirkungskreis

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Dabei wurde der Prozentsatz für die Landkreise auf 9 Prozent aufgerundet, um auch die Kommunalaufsicht schätzungsweise zu berücksichtigen.

Für jede weitere Produktgruppe wurde der Durchschnittsbedarf der Jahre 2015 und 2016 je kommunaler Gruppe ermittelt und anschließend mit den jeweiligen Aufteilungsquoten der Produktgruppe multipliziert.

Das jeweilige Produkt aus der Quote für den übertragenen Wirkungskreis und dem Durchschnittsbedarf je Produktgruppe wird zum absoluten Betrag für den übertragenen Wirkungskreis addiert. Die Summe wird ins Verhältnis zum Bedarf aller Produktgruppen gesetzt. Das Ergebnis ist der Anteil des übertragenen Wirkungskreises bei Einbezug der Produktgruppe 111, dargestellt in **Abbildung 54**:

Kennziffer	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis an Durchschnittsbedarf insgesamt	13,74	32,63	4,90

Abbildung 54: Prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis je kommunaler Gruppe

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

In der Anlage 7 ist eine detaillierte Übersicht der Aufteilung der Produktgruppen je kommunaler Gruppe und die Berechnung einschließlich der Produktgruppe 111 enthalten.

Nach der Bestimmung des prozentualen Anteils des übertragenen Wirkungskreises wird anschließend dieser prozentuale Anteil separat für jede kommunale Gruppe multipliziert mit dem zukünftigen Gesamtbedarf (kommunaler konsumtiver Finanzbedarf minus sonstigen konsumtiven Nettotransfer).

Der daraus resultierende absolute Betrag umfasst die Auftragskostenpauschale einschließlich der übertragenen Aufgaben nach dem Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz.

Die berechnete Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG ergibt sich nach Abzug der Festbeträge für die übertragenen Aufgaben nach dem Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz.

Es ergeben sich folgende Ergebnisse für die Bestimmung der Höhe der Auftragskostenpauschale für Variante A und B der Fortschreibung:

Auftragskostenpauschale	Variante A (Preisniveau)				Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2018	335.561.622 €	110.913.927 €	146.691.194 €	77.956.501 €	335.077.081 €	110.301.700 €	146.309.874 €	78.465.507 €
2019	341.730.717 €	112.944.930 €	149.426.069 €	79.359.718 €	339.489.238 €	111.349.232 €	147.903.744 €	80.236.262 €
2020	348.359.752 €	115.127.356 €	152.364.844 €	80.867.552 €	343.318.904 €	112.264.806 €	149.012.231 €	82.041.867 €
2021	355.114.739 €	117.351.248 €	155.359.455 €	82.404.036 €	346.475.334 €	113.032.307 €	149.559.930 €	83.883.097 €

Abbildung 55: Berechnete Auftragskostenpauschale je kommunaler Gruppe für 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 9 und für Variante B in der Anlage 2 Seite 9 enthalten.

Soweit die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben, die Überprüfung der Auftragskostenpauschale nach der Statistik und nicht entsprechend der Konsultationsvereinbarung widerspreche den mit dem Dritten und Vierten FAG-Änderungsgesetz beschlossenen Systemkorrekturen, wird Folgendes angemerkt:

Eine Überprüfung der Auftragskostenpauschale entsprechend der Konsultationsvereinbarung ist weder erforderlich noch anhand der vorliegenden statistischen Daten möglich. Bei der Konsultationsvereinbarung geht es im Wesentlichen um die Umsetzung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen. In dem Bericht geht es nicht um die Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen, sondern um eine Überprüfung der Auftragskostenpauschale. Hierzu liegen bereits statistische Angaben vor. Der Konsultationsvereinbarung ist nicht zu entnehmen, dass auch in den Fällen, in denen für die tatsächlichen Kosten bereits statistische Angaben vorliegen, statt der echten Zahlen geschätzte Werte zu verwenden sind.

Ungeachtet dessen soll die Aufteilung des kommunalen Aufgabenbestandes in eigenen und übertragenen Wirkungskreis im Finanzausgleichsgesetz bei der Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode einer intensiven Prüfung unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände unterzogen werden. Es ist beabsichtigt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich auch mit diesem Thema befasst. Sie soll aus Vertretern des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Inneres und Sport, des Landesrechnungshofes und der kommunalen Spitzenverbände bestehen (siehe Kapitel 9).

5.2.2. Zuweisungen nach § 5 FAG

Für die Aufgabenübertragung nach dem **Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz** werden besondere Zuweisungen nach § 5 FAG gewährt. Die im Zweiten Funktionalreformgesetz vom 5.11.2009 in Artikel 2 Nr. 2 für das Jahr 2015 genannten Werte wurden jeweils für die Jahre 2018 bis 2021 übernommen.

Wie bereits das Gutachten von Herrn Prof. Deubel zum kommunalen Finanzausgleich feststellte, lässt sich die Höhe des Finanzbedarfs für diese Aufgaben empirisch nicht mehr ermitteln. Da der Gesetzgeber aber beschlossen hat, dennoch an einer gesonderten Position mit eigenem Verteilmechanismus festzuhalten, werden diese Beträge konstant beibehalten.

Erstes und Zweites Funktionalreformgesetz	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
§ 5 Abs. 1 FAG	4.870.897 €		0 €
§ 5 Abs. 2 FAG	4.903.699 €		0 €
§ 5 Abs. 3 FAG	0 €	238.063 €	0 €

Abbildung 56 :Festbeträge nach dem Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz für 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die im Gesetz genannten Zuweisungen werden jeweils zu 90 Prozent nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl und zu 10 Prozent nach dem Verhältnis der Fläche jeweils aus dem vorvergangenen Jahr auf die kreisfreien Städte (§ 5 Abs. 1 und 2 FAG) und die Landkreise (§ 5 Abs. 1 bis 3 FAG) aufgeteilt, auch wenn sich nach den Feststellungen des genannten Gutachtens die Aufteilungskriterien ebenfalls nicht empirisch belegen lassen.

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 10 und für Variante B in der Anlage 2 Seite 10 enthalten. Die für 2018 berechnete Verteilung wird für die Jahre 2019 bis 2020 fortgeschrieben, da die Bemessungsgrundlagen nur für 2018 vorliegen und grundsätzlich nur geringe Schwankungen ausweisen.

5.3. Bestimmung der Teilmassen des eigenen Wirkungskreises

Für ausgewählte Aufgabenbereiche im eigenen pflichtigen Wirkungskreis werden den kreisfreien Städten und den Landkreisen steuerkraftunabhängige Zuweisungen in Ergänzung zum Einsatz eigener Mittel gewährt.

- Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch § 7 FAG
- Wahrnehmung von Aufgaben der Hilfen zur Erziehung nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch § 9 FAG
- Wahrnehmung der Aufgaben der Schülerbeförderung § 10 FAG
- Wahrnehmung der Aufgaben der Unterhaltung der Kreisstraßen § 11 FAG.

Der verbleibende Betrag nach Abzug der Teilmassen des übertragenen Wirkungskreises und der besonderen Ergänzungszuweisungen im eigenen Wirkungskreis werden als Schlüsselzuweisungen den Kommunen zugewiesen.

5.3.1. Zuweisungen nach § 7 FAG

Zur Milderung der Belastungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erhalten die Landkreise eine besondere Ergänzungszuweisung in Höhe von jährlich 68 000 000 Euro und die kreisfreien Städte in Höhe von jährlich 32 000 000 Euro.

Der Bedarf wird entsprechend der Berechnungsmethode nach dem Finanzausgleich bis 2016 ermittelt. Hierzu wird in einem ersten Schritt der durchschnittliche kommunale konsumtive Finanzbedarf für die Jahre 2015 bis 2017 Jahre abzüglich des sonstigen Nettotransfers zum Preisniveau des Jahres 2017 für den Produktbereich 312 (Grundsicherung für Ar-

beitssuchende) abzüglich der Leistungen des Landes aus der Umsetzung des SGB II (Konto 6052) und der Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Konto 6053) berechnet. Für das Jahr 2017 werden dabei die Durchschnitte aus den beiden zur Verfügung stehenden Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich sonstigem Nettotransfer aus der Kassenstatistik 2017 ins Verhältnis gesetzt.

Der durchschnittliche Bedarf wird in der Variante A mit dem prognostizierten Preisniveau für die Jahre 2018 bis 2021 fortgeschrieben.

In der Variante B wird die durchschnittliche Entwicklung der Jahre 2015 bis 2017 für die Differenz zwischen dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf und dem sonstigen konsumtiven Nettotransfer für die Fortschreibung für die Jahre 2018 bis 2021 verwendet.

Abschließend werden die errechneten Beträge mit dem Finanzierungsanteil des Landes, der durch das Verhältnis Ausgangsbetrag nach Fortschreibung zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abgebildet wird, multipliziert. Der Ausgangsbetrag nach Fortschreibung berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned}
 & \text{kommunaler konsumtiver Finanzbedarf} \\
 & \quad \cdot \text{./. fortgeschriebenen sonstigen Nettotransfer} \\
 & \quad \cdot \text{./. Steuereinnahmen der Kommunen} \\
 & \quad = \text{Ausgangsbetrag nach Fortschreibung}
 \end{aligned}$$

Im Ergebnis ergeben sich folgende Zuweisungshöhen:

§ 7 FAG	Variante A (Preisniveau)			Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)		
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise
2018	72.013.347 €	24.775.459 €	47.237.888 €	71.049.792 €	24.349.168 €	46.700.624 €
2019	71.801.159 €	24.702.458 €	47.098.701 €	69.432.399 €	23.702.419 €	45.729.980 €
2020	72.729.873 €	25.021.973 €	47.707.900 €	68.589.966 €	23.323.667 €	45.266.299 €
2021	71.840.616 €	24.716.033 €	47.124.583 €	65.824.442 €	22.295.940 €	43.528.502 €

Abbildung 57 :Berechnete Zuweisungen nach § 7 FAG für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 11 und für Variante B in der Anlage 2 Seite 11 enthalten.

Die Verteilung der Mittel für Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (§ 7 FAG) erfolgt für die kreisfreien Städte und Landkreise jeweils im Verhältnis der Nettoauszahlungen des vorvergangenen Jahres zueinander.

5.3.2. Zuweisungen nach § 9 FAG

Zur Ermittlung des Bedarfes entsprechend der Berechnungsmethode nach dem Finanzausgleich bis 2016 wird in einem ersten Schritt der durchschnittliche kommunale konsumtive Finanzbedarf für die Jahre 2015 bis 2017 Jahre abzüglich des sonstigen Nettotransfers zum Preisniveau des Jahres 2017 für den Produktbereich 363 (Sonstige Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe) berechnet. Für das Jahr 2017 werden dabei die Durchschnitte aus den beiden zur Verfügung stehenden Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich sonstigem Nettotransfer aus der Kassenstatistik 2017 ins Verhältnis gesetzt.

Der durchschnittliche Bedarf wird in der Variante A mit dem prognostizierten Preisniveau für die Jahre 2018 bis 2021 fortgeschrieben.

In der Variante B wird die durchschnittliche Entwicklung der Jahre 2015 bis 2017 für die Differenz zwischen dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf und dem sonstigen konsumtiven Nettotransfer für die Fortschreibung für die Jahre 2018 bis 2021 verwendet.

Abschließend werden die errechneten Beträge mit dem Finanzierungsanteil des Landes multipliziert. Der Finanzierungsanteil des Landes wird dabei durch das Verhältnis Ausgangsbetrag nach Fortschreibung zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abgebildet.

Im Ergebnis ergeben sich folgende Zuweisungshöhen:

§ 9 FAG	Variante A (Preisniveau)			Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)		
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise
2018	73.907.875 €	24.190.191 €	49.717.684 €	75.162.509 €	24.173.731 €	50.988.778 €
2019	73.690.105 €	24.118.915 €	49.571.190 €	73.460.649 €	23.531.641 €	49.929.008 €
2020	74.643.252 €	24.430.882 €	50.212.370 €	72.578.369 €	23.155.619 €	49.422.750 €
2021	73.730.601 €	24.132.169 €	49.598.432 €	69.660.681 €	22.135.296 €	47.525.385 €

Abbildung 58 :Berechnete Zuweisungen nach § 9 FAG für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 12 und für Variante B in der Anlage 2 Seite 12 enthalten.

Die Verteilung der Mittel für Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (§ 9 FAG) erfolgt für die kreisfreien Städte und Landkreise jeweils nach dem Verhältnis der Anzahl der jungen Menschen (Anzahl Einwohner mit einem Alter von 0 bis einschließlich 27 Jahre) zum Stichtag 31.12. des vorvergangenen Jahres.

5.3.3. Zuweisungen nach § 10 FAG

Zur Ermittlung der Bedarfe wird auch hier die Berechnungsmethode nach dem Finanzausgleich bis 2016 zugrunde gelegt. Hierzu wird in einem ersten Schritt der durchschnittliche kommunale konsumtive Finanzbedarf für die Jahre 2015 bis 2017 abzüglich des sonstigen Nettotransfers zum Preisniveau des Jahres 2017 für den Produktbereich 241 (Schülerbeförderung) berechnet. Für das Jahr 2017 werden dabei die Durchschnitte aus den beiden zur Verfügung stehenden Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016 zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich sonstigem Nettotransfer aus der Kassenstatistik 2017 ins Verhältnis gesetzt.

Der durchschnittliche Bedarf wird in der Variante A mit dem prognostizierten Preisniveau für die Jahre 2018 bis 2021 fortgeschrieben.

In der Variante B wird die durchschnittliche Entwicklung der Jahre 2015 bis 2017 für die Differenz zwischen dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf und dem sonstigen konsumtiven Nettotransfer für die Fortschreibung für die Jahre 2018 bis 2021 verwendet.

Abschließend werden die errechneten Beträge mit dem Finanzierungsanteil des Landes, der durch das Verhältnis Ausgangsbetrag nach Fortschreibung zum kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abgebildet wird, multipliziert.

Im Ergebnis ergeben sich folgende Zuweisungshöhen:

§ 10 FAG	Variante A (Preisniveau)			Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)		
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise
2018	23.024.807 €	2.590.815 €	20.433.992 €	23.545.465 €	2.589.052 €	20.956.413 €
2019	22.956.964 €	2.583.181 €	20.373.783 €	23.041.130 €	2.520.283 €	20.520.847 €
2020	23.253.902 €	2.616.593 €	20.637.309 €	22.792.784 €	2.480.010 €	20.312.774 €
2021	22.969.580 €	2.584.601 €	20.384.979 €	21.903.689 €	2.370.732 €	19.532.957 €

Abbildung 59 :Berechnete Zuweisungen nach § 10 FAG für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 bis 2016, Kassenstatistik 2017, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 13 und für Variante B in Anlage 2 Seite 13 enthalten.

Die Leistungen für die Schülerbeförderung (§ 10 FAG) bemessen sich jeweils für die kreisfreien Städte und Landkreise als Träger der Schülerbeförderung zu 50 v. H. nach dem Verhältnis der Fläche und zu 50 v. H. nach der Schülerzahl zu Beginn des jeweils vorvergangenen Schuljahres entsprechend § 71 Abs. 2 und Abs. 4a des Schulgesetzes.

5.3.4. Zuweisungen nach § 11 FAG

Bei den Besonderen Ergänzungszuweisungen zur Unterhaltung der Kreisstraßen in § 11 FAG wird die Systematik bei den §§ 7 bis 10 FAG unterbrochen. Auf Basis der bisherigen Festlegungen wird für die Berechnung der besonderen Ergänzungszuweisung nach § 11 FAG eine Pauschale von 5.400 Euro je Kilometer zugrunde gelegt.

Auf der Basis der Kilometerlänge zum 01.01.2016 ergeben sich folgende Beträge für die Jahre 2018 bis 2021:

§ 11 FAG	Fortschreibung des Bedarfes mit 5.400 Euro je km		
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise
2018	23.350.388 €	435.299 €	22.915.089 €
2019	23.350.388 €	435.299 €	22.915.089 €
2020	23.350.388 €	435.299 €	22.915.089 €
2021	23.350.388 €	435.299 €	22.915.089 €

Abbildung 60 :berechnete Zuweisungen nach § 11 FAG für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Statistisches Landesamt, Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seite 14 und für Variante B in der Anlage 2 Seite 14 enthalten.

Die Verteilung der Besonderen Ergänzungszuweisung für Aufgaben der Unterhaltung der Kreisstraßen (§ 11 FAG) erfolgt für die kreisfreien Städte und Landkreise jeweils nach dem Verhältnis der Kreisstraßenlängen am 1. Januar des vorvergangenen Jahres.

5.3.5. Zuweisungen nach § 12 FAG

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG je kommunaler Gruppe wird ermittelt, indem jeweils von der bedarfsgerechten Finanzausgleichsmasse die Auftragskostenpauschale und die besonderen Ergänzungszuweisungen abgezogen werden.

Unter Berücksichtigung der Kapitel 5.1 sowie der Kapitel 5.3.1 bis 5.3.4 ergeben sich für die Jahre 2018 bis 2021 folgende Schlüsselzuweisungsmassen:

Schlüsselzuweisungen § 12 FAG	Variante A (Preisniveau)				Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
2018	795.950.398 €	248.842.775 €	233.148.375 €	313.959.248 €	800.516.850 €	245.575.992 €	231.104.819 €	323.836.039 €
2019	788.985.457 €	248.184.840 €	240.036.745 €	300.763.872 €	795.595.546 €	240.065.667 €	237.757.468 €	317.772.411 €
2020	790.282.110 €	250.199.596 €	242.407.833 €	297.674.681 €	795.200.072 €	235.697.385 €	239.041.511 €	320.461.176 €
2021	758.958.236 €	243.471.519 €	246.351.985 €	269.134.732 €	760.195.796 €	221.462.277 €	240.898.959 €	297.834.560 €

Abbildung 61 : Berechnete Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

5.3.6. Übersicht horizontale Verteilung der Finanzausgleichsmasse

Zusammenfassend verteilen sich die berechneten Finanzausgleichsmassen für die Jahre 2018 bis 2021 folgendermaßen:

Berechnung der Finanzausgleichs- masse Angaben in Mio. Euro	Variante A (Preisniveau)				Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
§ 4 FAG Auftragskostenpauschale	335,56	341,73	348,36	355,11	335,08	339,49	343,32	346,48
§ 5 FAG Erstes und Zweites Funktionalreformgesetz	10,01	10,01	10,01	10,01	10,01	10,01	10,01	10,01
§ 7 FAG	72,01	71,80	72,73	71,84	71,05	69,43	68,59	65,82
§ 9 FAG	73,91	73,69	74,64	73,73	75,16	73,46	72,58	69,66
§ 10 FAG	23,02	22,96	23,25	22,97	23,55	23,04	22,79	21,90
§ 11 FAG	23,35	23,35	23,35	23,35	23,35	23,35	23,35	23,35
§ 12 FAG Schlüsselzuweisungen	795,95	788,99	790,28	758,96	800,52	795,60	795,20	760,20
§ 16 FAG Investitionspauschale	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
§ 17 FAG Ausgleichsstock	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00	40,00
Summe	1.523,82	1.522,53	1.532,63	1.505,98	1.528,71	1.524,38	1.525,84	1.487,42

Abbildung 62 : Aufteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Teilmassen für die Jahre 2018 bis 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Die detaillierte Berechnung ist für die Variante A in Anlage 1 Seiten 5 bis 14 und für Variante B in der Anlage 2 Seiten 5 bis 14 enthalten.

6. Steuerschwächere Kommunen

Trotz der in dieser Legislaturperiode deutlich angehobenen Finanzausgleichsmasse erreicht ein erheblicher Anteil der Kommunen den gesetzlich vorgesehenen Haushaltsausgleich nicht. Insbesondere die steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden führen an, dass sie finanziell nicht ausreichend ausgestattet seien.

Dazu ist festzustellen, dass in den Finanzausgleichsgesetzen der letzten Jahre in mehreren Schritten eine Verschiebung der Schlüsselzuweisungsmasse zugunsten der steuerschwächeren kreisangehörigen Gemeinden erfolgt ist.

- Das bis 2012 geltende Finanzausgleichsgesetz sah eine Ausgleichsquote von 70 Prozent vor. Mit dem Ausgleichsverhältnis von 70 Prozent der Differenz zwischen der Steuerkraftmesszahl und der Bedarfsmesszahl sollte eine Annäherung der Finanzausstattung der Kommunen erreicht werden. Eine Finanzkraftumlage gab es nicht.
- Das im Jahr 2012 erstellte Gutachten von Herrn Prof. Deubel zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt stellte fest, dass für sehr steuerschwache Gemeinden eine Ausgleichsquote von 70 Prozent häufig nicht ausreicht, um eine angemessene Finanzierung der notwendigen Ausgaben bei effizienter Aufgabenwahrnehmung zu erreichen. Darüber hinaus führe das Fehlen einer Finanzausgleichsumlage dazu, dass der für die allgemeinen Zuweisungen verbleibende Anteil der Finanzausgleichsmasse zu gering werden kann, um für sehr steuerschwache Gemeinden eine angemessene Finanzausstattung zu ermöglichen.
- In dem ab 2013 geltenden Finanzausgleichsgesetz wurde eine Finanzausgleichsumlage eingeführt, allerdings nicht in der vom Gutachter empfohlenen Höhe von 25 Prozent, sondern lediglich in Höhe von 10 Prozent. Die als zu gering erachtete Ausgleichsquote wurde nicht linear erhöht, sondern es wurde ein „Vorabausgleich“ für die besonders steuerschwachen Kommunen eingeführt. Dabei wurde in einer ersten Stufe des Finanzausgleichs bei Gemeinden, deren Steuerkraft je Einwohner 80 Prozent des Durchschnitts aller kreisangehörigen Gemeinden unterschreitet, die Differenz der eigenen Steuerkraft zu 80 Prozent der durchschnittlichen Steuerkraft ausgeglichen. Auch dies basierte auf einem Vorschlag des Gutachters.
- Da sich diese Vorabaufstockung als zu gering erwies, wurde in dem ab 2015 geltenden Finanzausgleichsgesetz die (Vorab-) Ausgleichsquote von 80 Prozent auf 90 Prozent angehoben.

- Es zeigte sich jedoch, dass auch die damit erzielte Ausgleichswirkung nach nahezu allgemeiner Einschätzung immer noch zu gering war. Daher wurde in dem ab 2017 geltenden Finanzausgleichsgesetz anstelle des Vorabausgleichs die allgemeine Ausgleichsquote angehoben. Um den von der Umverteilung negativ betroffenen Kommunen die Möglichkeit zu geben, sich auf die Veränderung einzustellen, wurde die Anhebung schrittweise vorgenommen. Für 2017 wurde der Ausgleichsfaktor von 70 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Ab 2018 ist eine weitere Anhebung von 80 Prozent auf 90 Prozent erfolgt.

Die Anhebung des Ausgleichsfaktors bewirkte eine Umverteilung von den finanziell besser gestellten Empfängern von Schlüsselzuweisungen hin zu den schlechter gestellten Empfängern von Schlüsselzuweisungen, ließ aber die extrem steuerstarken (abundanten) Kommunen unbelastet. Weitere Verbesserungen zugunsten der steuerschwächeren Kommunen könnten nicht mehr durch eine weitere Anhebung des Ausgleichsfaktors, sondern nur noch durch eine Erhöhung der Finanzkraftumlage erreicht werden.

Auch eine Auswertung der Kassenstatistik 2017 bestätigt, dass die Kommunen seit 2016 grundsätzlich über ausreichende Finanzmittel verfügen, da sie seit 2016 einen positiven Saldo der Finanzrechnung (Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben) ausweisen (siehe **Abbildung 63**).

Salden der Finanzrechnung Kommunale Kernhaushalte	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo der Finanzrechnung einschließlich Finanzierungstätigkeit (bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben)	-70.019.372	-166.974.113	-29.215.746	119.757.572	112.668.673
Saldo der Finanzrechnung ohne Finanzierungstätigkeit	69.751.080	-62.071.303	94.091.858	229.098.186	201.499.957

Abbildung 63: Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte 2013 bis 2017

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2013 bis 2016 und Kassenstatistik 2017 (Landessystematik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt), Berechnungen des Ministeriums der Finanzen

Da die Anhebung des Ausgleichsfaktors erst 2018 seine volle Wirkung entfaltet, können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen getroffen werden, ob hier weiterer Handlungsbedarf für die steuerschwachen Kommunen gesehen wird.

Die Entwicklung wird in den nächsten Jahren weiterhin intensiv beobachtet werden. Mit der Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode wird dieser Punkt einer eingehenden Überprüfung unterzogen.

7. Ergebnis der Evaluierung

7.1. Vergleich der Berechnungsergebnisse mit der im Gesetz festgelegten Finanzausgleichsmasse und Teilmassen

Die Berechnung und Fortschreibung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021 auf Basis des Berechnungsmodells bis 2016 ist als Evaluierung der Finanzausgleichsmasse in den Kapiteln 3 und 4 dargestellt.

Im Folgenden wird geprüft, inwieweit die Finanzausgleichsmassen für die Jahre 2018 bis 2021 und deren jeweilige Teilmassen mit den gesetzlichen Regelungen des Finanzausgleichs für diesen Zeitraum übereinstimmt bzw. in welcher Höhe mögliche Abweichungen feststellbar sind.

Eine detaillierte Vergleichsübersicht ist für jede Teilmasse und für die Finanzausgleichsmasse insgesamt in Anlage 9 dargestellt.

7.1.1. Finanzausgleichsmasse nach § 2 FAG

Nach dem Ergebnis der Evaluierung wird mit der festgelegten Finanzausgleichsmasse in Höhe von jährlich 1.628 Mio. Euro in den Jahren 2018 bis 2021 eine angemessene Finanzausgleichsmasse nicht unterschritten. In **Abbildung 64** sind die Ergebnisse zusammenfassend für 2018 dargestellt.

Finanzausgleichsmasse insgesamt	2018			
	insgesamt *	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	1.628.000.000 €	458.298.873 €	554.821.524 €	549.879.603 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	1.523.821.096 €	445.223.866 €	552.931.481 €	460.665.749 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	1.528.714.744 €	440.900.342 €	551.762.856 €	471.051.546 €

* In der Gesamtmasse sind zusätzlich die nicht aufteilbaren Teilmassen des § 16 Abs. 2 und des § 17 FAG einbezogen.

Abbildung 64 :Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Für das Jahr 2019 ergibt sich das in **Abbildung 65** dargestellte Ergebnis.

Die Finanzausgleichsmasse wird somit auch 2019 insgesamt ausreichend sein. Bei einer Aufteilung auf die drei kommunalen Gruppen wird deutlich, dass bei den kreisfreien Städten und bei den kreisangehörigen Gemeinden die Finanzausgleichsmasse voraussichtlich ausreichend festgelegt wurde.

Finanzausgleichsmasse insgesamt	2019			
	insgesamt *	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	1.628.000.000 €	458.298.873 €	554.821.524 €	549.879.603 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	1.522.527.449 €	446.445.023 €	562.208.836 €	448.873.590 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	105.472.551 €	11.853.850 €	-7.387.312 €	101.006.013 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	1.524.382.009 €	435.079.941 €	557.543.395 €	466.758.673 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	103.617.991 €	23.218.932 €	-2.721.871 €	83.120.930 €

* In der Gesamtmasse sind zusätzlich die nicht aufteilbaren Teilmassen des § 16 Abs. 2 und des § 17 FAG einbezogen.

Abbildung 65 :Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2019

Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei der Gruppe der Landkreise dagegen ist die Finanzausgleichsmasse für 2019 bei der Fortschreibung sowohl nach Variante A (1,33 Prozent mehr als Gesetz vorsieht) als auch nach Variante B (0,49 Prozent mehr als Gesetz vorsieht) im Gesetz zu gering bemessen. In der Folge müsste hier ein Ausgleich vorgenommen werden, indem die Masse zwischen den drei kommunalen Gruppen neu verteilt wird. Eine Erhöhung der Masse kommt nach dem Ergebnis der Evaluierung für 2019 nicht in Betracht, da sowohl bei der Fortschreibung nach Variante A (rund: +105 Mio. Euro) als auch nach der Fortschreibung nach Variante B (rund: +103 Mio. Euro) die Masse um rund 100 Mio. Euro über dem voraussichtlichen Bedarf festgelegt wurde.

Entwicklung Kreisumlage	Variante A (Preisniveau) Angaben in Mio. Euro				Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017) Angaben in Mio. Euro			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
in Evaluierung berücksichtigt	612,5	623,5	635,4	647,4	619,6	637,0	654,8	673,2
durchschnittlicher Kreisumlagehebesatz 2017	43,34%	43,34%	43,34%	43,34%	43,34%	43,34%	43,34%	43,34%
Summe Bemessungsgrundlagen*	1.724,0	1.614,9	1.660,7	1.712,5	1.724,0	1.614,9	1.660,7	1.712,5
Schätzung Kreisumlage	747,2	700,0	719,8	742,3	747,2	700,0	719,8	742,3
Differenz Schätzung minus Evaluierung	134,7	76,5	84,4	94,8	127,6	63,0	65,0	69,1

* Bemessungsgrundlagen sind die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden 2018 bis 2021 laut FAG. Die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden für 2018 sind die Steuerkraftmesszahlen lt. FAG. Die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden 2019 basieren auf einer Schätzung auf Basis der Kassenstatistik 2017 und der durchschnittlichen Realsteuerhebesätze 2016 ohne Sondereffekte. Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden 2020 und 2021 basiert auf Fortschreibung der Schätzung für 2019 anhand der Entwicklung lt. der Steuerschätzung Mai 2018.

Abbildung 66 :Entwicklung Kreisumlagegrundlagen und Differenz gegenüber Evaluierung für 2018 bis 2021

Quelle: Jahresrechnungsstatistiken 2015 und 2016, Kassenstatistik 2017, Ministerium der Finanzen

Des Weiteren ist eine Neuverteilung nicht erforderlich, da u. a. durch die Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zu den Bemessungsgrundlagen der Kreisumlage, die Auszahlungen zur Kreisumlage bei den kreisangehörigen Gemeinden und damit die entsprechenden Einzahlungen der Kreisumlage bei den Landkreisen unterzeichnet werden. Nach einer Schätzung der Kreisumlagegrundlagen auf der Basis der Festsetzung der Schlüsselzuweisungen 2018, der Kassenstatistik 2017 und der Steuerschätzung Mai 2018 ergeben sich für die Kreisumlage voraussichtlich folgende Differenzen zugunsten der Landkreise (siehe **Abbildung 66**).

Auch für die Jahre 2020 (siehe **Abbildung 67**) bis 2021 (siehe **Abbildung 68**) ergeben sich für die Landkreise ähnliche Ergebnisse wie für 2019. Die Mehrbedarfe liegen 2021 bei der Fortschreibung nach Variante A bei 3,55 Prozent und bei Fortschreibung nach Variante B bei 0,35 Prozent der Finanzausgleichsmasse der Landkreise des jeweiligen Jahres.

Finanzausgleichsmasse insgesamt	2020			
	insgesamt *	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	1.628.000.000 €	458.298.873 €	554.821.524 €	549.879.603 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	1.532.631.936 €	451.307.099 €	569.032.604 €	447.292.233 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	95.368.064 €	6.991.774 €	-14.211.080 €	102.587.370 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	1.525.843.142 €	430.832.186 €	558.757.913 €	471.253.043 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	102.156.858 €	27.466.687 €	-3.936.389 €	78.626.560 €

* In der Gesamtmasse sind zusätzlich die nicht aufteilbaren Teilmassen des § 16 Abs. 2 und des § 17 FAG einbezogen.

Abbildung 67 :Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2020

Quelle: Ministerium der Finanzen

Finanzausgleichsmasse insgesamt	2021			
	insgesamt *	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	1.628.000.000 €	458.298.873 €	554.821.524 €	549.879.603 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	1.505.976.819 €	446.166.269 €	574.521.782 €	420.288.768 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	122.023.181 €	12.132.604 €	-19.700.258 €	129.590.835 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	1.487.422.989 €	415.207.251 €	556.748.081 €	450.467.657 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	140.577.011 €	43.091.622 €	-1.926.557 €	99.411.946 €

* In der Gesamtmasse sind zusätzlich die nicht aufteilbaren Teilmassen des § 16 Abs. 2 und des § 17 FAG einbezogen.

Abbildung 68 :Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Eine Erhöhung der Masse kommt nach dem Ergebnis der Evaluierung auch für 2020 bis 2021 nicht in Betracht, da sowohl bei der Fortschreibung nach Variante A (rund: +122 Mio. Euro in

2021) als auch nach der Fortschreibung nach Variante B (rund: +140 Mio. Euro in 2021) die Masse um über 100 Mio. Euro über dem voraussichtlichen Bedarf festgelegt wurde.

Wie schon zu 2019 ausgeführt, werden die voraussichtlichen Disparitäten im kreisangehörigen Raum auch in den Jahren 2020 und 2021 durch die voraussichtlichen höheren Kreisumlageeinnahmen der Landkreise (siehe auch **Abbildung 66**) – als in der Evaluierung berücksichtigt – ausgeglichen werden können.

Die prognostizierten Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, da die Prognoseparameter z. T. starken Schwankungen unterliegen können. Beispielfhaft sei nur die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf mit den sich daraus ergebenden Folgewirkungen genannt.

Die Entwicklung für die Jahre 2020 bis 2021 wird daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt intensiv beobachtet, so dass bei Bedarf entsprechend gegengesteuert werden kann.

7.1.2. Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG

Bei einem Vergleich der prognostizierten Werte für die Auftragskostenpauschale in Kapitel 5.2.1 für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen in § 4 FAG ist festzustellen, dass in diesem Zeitraum die Höhe der Auftragskostenpauschale insgesamt voraussichtlich ausreichend ist (siehe **Abbildung 69** bis **Abbildung 72**).

Auftragskostenpauschale § 4 FAG	2018			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	374.440.000 €	106.853.300 €	153.678.400 €	113.908.300 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	335.561.622 €	110.913.927 €	146.691.194 €	77.956.501 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	38.878.378 €	-4.060.627 €	6.987.206 €	35.951.799 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	335.077.081 €	110.301.700 €	146.309.874 €	78.465.507 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	39.362.919 €	-3.448.400 €	7.368.526 €	35.442.793 €

Abbildung 69 :Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Auftragskostenpauschale § 4 FAG	2019			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	374.440.000 €	106.853.300 €	153.678.400 €	113.908.300 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	341.730.717 €	112.944.930 €	149.426.069 €	79.359.718 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	32.709.283 €	-6.091.630 €	4.252.331 €	34.548.582 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	339.489.238 €	111.349.232 €	147.903.744 €	80.236.262 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	34.950.762 €	-4.495.932 €	5.774.656 €	33.672.038 €

Abbildung 70 :Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei Aufteilung auf die drei kommunalen Gruppen ergeben sich für die Jahre 2018 und 2019 Auffälligkeiten bei den kreisfreien Städten. Nach der vorgenommenen Berechnung zur Auftragskostenpauschale einschließlich der Produktgruppe 111 (siehe auch Kapitel 5.2.1) ergibt sich für die kreisfreien Städte in beiden Fortschreibungsvarianten ein voraussichtlicher Mehrbedarf von rund ein Prozent der gruppenbezogenen Zuweisungssumme.

Bei diesen Ergebnissen ist aber Folgendes zu beachten:

- Insgesamt ist die Auftragskostenpauschale voraussichtlich ausreichend.
- Der Mehrbedarf der kreisfreien Städte wird nur durch die anteilige Zuordnung der Produktgruppe 111, d.h. der sogenannten Verwaltungs-Overhead-Kosten, zum übertragenen Wirkungskreis ausgelöst. Ohne diese Produktgruppe sind die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises bei allen drei kommunalen Gruppen vollständig finanziert (siehe auch Anlage 8).
- Insgesamt ist die Finanzausgleichsmasse für die kreisfreien Städte voraussichtlich ausreichend, um alle Aufgaben der kreisfreien Städte wahrnehmen zu können.
- Eine längere Zeitreihe zur Auftragskostenpauschale zu erstellen, ist nicht möglich, da durch die Umstellung der kommunalen Haushalte auf die Doppik erst ab 2015 für alle Kommunen doppische Daten vorliegen.

Vor diesem Hintergrund wird die Entwicklung der Auftragskostenpauschale weiterhin intensiv beobachtet, so dass bei Verfestigung dieser Entwicklung entsprechend gegengesteuert werden könnte.

Auftragskostenpauschale § 4 FAG	2020			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	374.440.000 €	106.853.300 €	153.678.400 €	113.908.300 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	348.359.752 €	115.127.356 €	152.364.844 €	80.867.552 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	26.080.248 €	-8.274.056 €	1.313.556 €	33.040.748 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	343.318.904 €	112.264.806 €	149.012.231 €	82.041.867 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	31.121.096 €	-5.411.506 €	4.666.169 €	31.866.433 €

Abbildung 71 :Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Auch bei den prognostizierten Werten für 2020 und 2021 ergeben sich geringe Mehrbedarfe bei einzelnen Gruppen. So weisen die kreisfreien Städte für 2020 einen möglichen geringen Mehrbedarf in beiden Fortschreibungsvarianten B rund 2 Prozent aus.

Bei der Fortschreibung nach Variante A für 2021 weisen dann neben den kreisfreien Städte als auch die Landkreise einen geringen Mehrbedarf aus.

Auftragskostenpauschale § 4 FAG	2021			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	374.440.000 €	106.853.300 €	153.678.400 €	113.908.300 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	355.114.739 €	117.351.248 €	155.359.455 €	82.404.036 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	19.325.261 €	-10.497.948 €	-1.681.055 €	31.504.264 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	346.475.334 €	113.032.307 €	149.559.930 €	83.883.097 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	27.964.666 €	-6.179.007 €	4.118.470 €	30.025.203 €

Abbildung 72 :Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei den Ergebnissen für 2020 und 2021 kommen neben den bereits für 2018 und 2019 dargestellten Unsicherheiten, noch hinzu, dass die Zahlen für die Jahre 2020 und 2021 mit einem hohen Prognoserisiko behaftet sind.

Auch die Entwicklung für die Jahre 2020 bis 2021 wird daher weiterhin intensiv beobachtet werden, so dass beim Auftreten von nicht mehr hinnehmbaren Verwerfungen entsprechend gegengesteuert werden kann.

7.1.3. Besondere Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG

In einem summarischen Vergleich der prognostizierten Werte für die Besonderen Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG in den Kapiteln 5.3.1 bis 5.3.4 für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen ist festzustellen, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Höhe der Besonderen Ergänzungszuweisungen insgesamt für die beiden betroffenen kommunalen Gruppen voraussichtlich ausreichend ist (siehe **Abbildung 73**).

Besondere Ergänzungszuweisungen § 7 bis 11 FAG	2018		2019		2020		2021	
	kreisfreie Städte	Landkreise	kreisfreie Städte	Landkreise	kreisfreie Städte	Landkreise	kreisfreie Städte	Landkreise
Gesetz	62.350.000 €	175.150.000 €	62.350.000 €	175.150.000 €	62.350.000 €	175.150.000 €	62.350.000 €	175.150.000 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	51.991.764 €	140.304.653 €	51.839.853 €	139.958.763 €	52.504.747 €	141.472.668 €	51.868.102 €	140.023.083 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	51.547.250 €	141.560.904 €	50.189.642 €	139.094.924 €	49.394.595 €	137.916.912 €	47.237.267 €	133.501.933 €

Abbildung 73 : Vergleich besondere Ergänzungszuweisungen (Summe) § 7 bis 11 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018 bis 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei einer separaten Betrachtung der einzelnen Besonderen Ergänzungszuweisungen (siehe Anlage 8) gibt es zwar geringe Unwuchten zwischen den beiden kommunalen Gruppen, die aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlass zum Handeln auslösen, da insgesamt diese Teilmassen für jede kommunale Gruppe voraussichtlich ausreichend ausgestaltet sind.

7.1.4. Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG

Bei einem Vergleich der prognostizierten Werte für die Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG in Kapitel 5.3.5 für die Jahre 2018 bis 2021 mit den gesetzlichen Festlegungen wird sichtbar, dass für die Jahre 2018 bis 2021 die Schlüsselzuweisungen insgesamt für die drei kommunalen Gruppen voraussichtlich sehr unterschiedlich ausgestaltet sind (siehe **Abbildung 74** bis **Abbildung 77**).

Die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden sind die kommunalen Gruppen deren Zuweisungen nach § 12 FAG in allen Prognosejahren deutlich über dem berechneten voraussichtlichen Bedarf liegen werden.

Schlüsselzuweisungen § 12 FAG	2018			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	816.047.341 €	252.974.676 €	195.851.362 €	367.221.303 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	795.950.398 €	248.842.775 €	233.148.375 €	313.959.248 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	20.096.943 €	4.131.901 €	-37.297.013 €	53.262.055 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	800.516.850 €	245.575.992 €	231.104.819 €	323.836.039 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	15.530.491 €	7.398.684 €	-35.253.457 €	43.385.264 €

Abbildung 74 :Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018

Quelle: Ministerium der Finanzen

Demgegenüber weisen die Landkreise in allen Prognosejahren bei den Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG für alle Prognosejahre nicht unwesentliche Mehrbedarfe aus. Diese können bereits in 2018 durch die Überausstattungen bei der Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG und den Besonderen Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG vollständig ausgeglichen werden.

Schlüsselzuweisungen § 12 FAG	2019			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	816.047.341 €	252.974.676 €	195.851.362 €	367.221.303 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	788.985.457 €	248.184.840 €	240.036.745 €	300.763.872 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	27.061.884 €	4.789.836 €	-44.185.383 €	66.457.431 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	795.595.546 €	240.065.667 €	237.757.468 €	317.772.411 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	20.451.795 €	12.909.009 €	-41.906.106 €	49.448.892 €

Abbildung 75 :Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2019

Quelle: Ministerium der Finanzen

2019 (siehe **Abbildung 75**) reichen die Überausstattungen bei der Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG und den Besonderen Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG nicht mehr aus, um den Mehrbedarf der Landkreise bei den Schlüsselzuweisungen zu decken. Es verbleibt bei der Fortschreibung nach Variante A ein Mehrbedarf von 1,33 Prozent und bei einer Fortschreibung nach Variante B ein Mehrbedarf von 0,49 Prozent gegenüber der gesetzlichen Finanzausgleichsmasse für die Landkreise.

Da die Finanzausgleichsmasse 2019 insgesamt nach der Evaluierung voraussichtlich ausreichend ausgestaltet ist, wäre nur ein Ausgleich möglich, indem die Finanzausgleichsmasse zwischen den drei kommunalen Gruppen neu verteilt wird.

Eine Neuverteilung ist aufgrund der vorliegenden Evaluierung nicht erforderlich, da u. a. durch die Änderungen im Finanzausgleichsgesetz ab 2017 die Auszahlungen zur Kreisumlage bei den kreisangehörigen Gemeinden und damit die entsprechenden Einzahlungen der Kreisumlage bei den Landkreisen unterzeichnet werden. Nach einer Schätzung der Kreisumlagegrundlagen auf der Basis Festsetzung der Schlüsselzuweisungen 2018, der Kassenstatistik 2017 und der Steuerschätzung Mai 2018 ergeben sich für die Kreisumlage voraussichtlich erhebliche Differenzen zugunsten der Landkreise (siehe **Abbildung 66** in Kapitel 7.1.1). Hierdurch können die aufgezeigten Mehrbedarfe ausgeglichen werden.

Schlüsselzuweisungen § 12 FAG	2020			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	816.047.341 €	252.974.676 €	195.851.362 €	367.221.303 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	790.282.110 €	250.199.596 €	242.407.833 €	297.674.681 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	25.765.231 €	2.775.080 €	-46.556.471 €	69.546.622 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	795.200.072 €	235.697.385 €	239.041.511 €	320.461.176 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	20.847.269 €	17.277.291 €	-43.190.149 €	46.760.127 €

Abbildung 76 :Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2020

Quelle: Ministerium der Finanzen

Schlüsselzuweisungen § 12 FAG	2021			
	insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
Gesetz	816.047.341 €	252.974.676 €	195.851.362 €	367.221.303 €
Evaluierung Variante A (Preisniveau)	758.958.236 €	243.471.519 €	246.351.985 €	269.134.732 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	57.089.105 €	9.503.157 €	-50.500.623 €	98.086.571 €
Evaluierung Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	760.195.796 €	221.462.277 €	240.898.959 €	297.834.560 €
Differenz Gesetz minus Evaluierung	55.851.545 €	31.512.399 €	-45.047.597 €	69.386.743 €

Abbildung 77 :Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Auch 2020 und 2021 (siehe **Abbildung 76** und **Abbildung 77**) werden die Überausstattungen bei der Auftragskostenpauschale nach § 4 FAG und den Besonderen Ergänzungszuweisungen nach §§ 7 bis 11 FAG möglicherweise nicht mehr ausreichen, um den Mehrbedarf der Landkreise bei den Schlüsselzuweisungen zu decken. Es verbleibt sowohl bei der Fortschreibung nach Variante A als auch bei einer Fortschreibung nach Variante B ein Mehrbedarf gegenüber der gesetzlichen Finanzausgleichsmasse für die Landkreise.

Eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse insgesamt kommt nach dem Ergebnis der Evaluierung auch für 2020 bis 2021 nicht in Betracht, da sowohl bei der Fortschreibung nach Variante A (rund: +122 Mio. Euro in 2021) als auch nach der Fortschreibung nach Variante B (rund: +140 Mio. Euro in 2021) die Finanzausgleichsmassen um über 100 Mio. Euro über dem voraussichtlichen Bedarf festgelegt wurde.

Auch hier gilt jedoch, dass die für die Jahre 2020 und 2021 errechneten Zahlen mit einem hohen Prognoserisiko behaftet sind. Auch insoweit wird die weitere Entwicklung in den Jahren 2020 bis 2021 weiter intensiv beobachtet werden, so dass bei Bedarf entsprechend gegengesteuert werden kann.

7.2. Investitionspauschale nach § 16 FAG

Die kommunalen Spitzenverbände haben angeregt, die Höhe der Investitionspauschale nach § 16 FAG einer Überprüfung zu unterziehen. In der Begründung wurde angeführt, dass in den letzten beiden Jahren die Baupreise stark angestiegen seien, so dass vor diesem Hintergrund in einen ersten Schritt der komplette Betrag von 150 Mio. Euro je Jahr nach § 16 Abs. 1 FAG für die Kommunen verfügbar werden müsste.

Es ist zutreffend, dass die Baukosten in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Da die Finanzausgleichsmasse insgesamt in den Prognosejahren 2018 bis 2021 voraussichtlich ausreichend ausgestaltet ist, wird kein Bedarf an einer Änderung der gesetzlichen Regelungen einschließlich der Vorwegentnahme nach § 16 Abs. 2 FAG gesehen. Die Kommunen haben die Möglichkeit, Überzahlungen bei anderen Teilmassen auch für investive Zwecke zu verwenden. Eine Zweckbindung sieht das Finanzausgleichsgesetz hier nicht vor.

Zudem werden den Kommunen in Sachsen-Anhalt nach der aktuellen Steuerschätzung Mai 2018 voraussichtlich noch höhere Steuereinnahmen prognostiziert, als noch in der Steuerschätzung vom November 2017 angenommen (siehe auch **Abbildung 36** in Kapitel 4.3).

7.3. Ausgleichsstock nach § 17 FAG

Die kommunalen Spitzenverbände regen an, im Rahmen der Evaluierung die Verwendungsmöglichkeiten für die Mittel des Ausgleichsstocks zu erweitern, z. B. um die Förderung interkommunaler Zwecke der Verwaltungsmodernisierung zu ermöglichen.

Die Neufassung des Runderlasses des Ministeriums der Finanzen über Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock nach § 17 FAG vom 21. März 2018 ist am 4. April in Kraft getreten (MBI. LSA S. 129). Hierdurch wurden die Anwendungsmöglichkeiten erweitert und die Voraussetzungen weniger restriktiv gefasst. Es bleibt zunächst abzuwarten, wie sich diese Änderungen in der Praxis auswirken, so dass derzeit keine Notwendigkeit für ein Tätigwerden des Gesetzgebers gesehen wird.

8. Handlungsempfehlungen für den Landtag

Nach dem dargestellten Ergebnis der Evaluierung im Kapitel 7 wird mit der im Finanzausgleichsgesetz 2017 bis 2021 festgelegten Finanzausgleichsmasse eine angemessene Finanzausgleichsmasse nicht unterschritten.

Finanzausgleichsmasse	Gesetz	Variante A (Preisniveau)	Differenz Gesetz minus Variante A	Variante B (Ø Entwicklung 2015-2017)	Differenz Gesetz minus Variante B
Jahr 2018	1.628.000.000 €	1.523.821.096 €	104.178.904 €	1.528.714.744 €	99.285.256 €
Jahr 2019	1.628.000.000 €	1.522.527.449 €	105.472.551 €	1.524.382.009 €	103.617.991 €
Jahr 2020	1.628.000.000 €	1.532.631.936 €	95.368.064 €	1.525.843.142 €	102.156.858 €
Jahr 2021	1.628.000.000 €	1.505.976.819 €	122.023.181 €	1.487.422.989 €	140.577.011 €

Abbildung 78 :Differenz zwischen Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021

Quelle: Ministerium der Finanzen

Bei der Höhe der einzelnen Teilmassen sind z. T. erhebliche Differenzen zwischen dem berechneten Bedarf und den gesetzlichen Beträgen festzustellen.

Insbesondere bei den Prognosejahren 2020 und 2021 ergeben sich je Teilmasse bei einzelnen kommunalen Gruppen Mehrbedarfe, bei den anderen kommunalen Gruppen aber z. T. erhebliche Überausstattungen.

Da die für die Jahre 2020 und 2021 errechneten Werte mit erheblichen prognostischen Risiken behaftet sind, sollte die Entwicklung für die Jahre 2020 bis 2021 einstweilen weiter beobachtet werden, so dass bei entsprechendem Bedarf gegengesteuert werden kann.

Aus Sicht der Landesregierung besteht gegenwärtig keine Veranlassung, Änderungen am Finanzausgleichsgesetz – weder im Hinblick auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse noch im Hinblick auf die Verteilung der Teilmassen auf die kommunalen Gruppen – vorzunehmen.

9. Ausblick auf die Evaluierung zum Ende der Legislaturperiode

Einige der von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesrechnungshof vorgebrachten Themen konnten in die vorliegende Evaluierung nicht einbezogen werden, vielmehr können sie erst bei der „großen Evaluierung“ zum Ende der Legislaturperiode berücksichtigt werden. Der Koalitionsvertrag sieht hierzu vor, dass zum Ende der Legislaturperiode eine Überprüfung des kommunalen Finanzbedarfs mit dem Ziel angestrebt wird, eine auskömmliche Finanzausgleichsmasse für die dann folgende Legislaturperiode zu bestimmen. Hieran ist festzuhalten.

Die jetzige Methodik bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs knüpft in erster Linie an den Finanzhaushalt an. Viele Anregungen gehen in die Richtung, stattdessen ganz oder teilweise an den Ergebnishaushalt anzuknüpfen. Die Nichtberücksichtigung der damit im Zusammenhang stehenden Themen (z. B. kommunaler Investitionsbedarf, Abschreibungen) ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass die notwendigen Datengrundlagen nicht bzw. noch nicht vorliegen. Hier wird gegenwärtig noch an der zukünftigen Struktur der Abfrage dieser Daten gearbeitet bzw. der Aufbau einer landesspezifischen Statistik diskutiert.

Auch ist die Problematik, dass viele Kommunen noch keine aufgestellte, geprüfte und/oder beschlossene Eröffnungsbilanz und folglich auch noch keine Jahresabschlüsse haben, nicht zu unterschätzen. Daher ist die Berücksichtigung verschiedener doppischer Probleme der Kommunen zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Zum anderen können auch einzelne Themen (u. a. Überarbeitung des systematischen Ansatzes) nur im Rahmen einer umfassenden gutachterlichen Prüfung betrachtet werden. Dabei soll die aktuelle Bedarfsberechnung einschließlich aller Teilsummen einer intensiven Prüfung unterzogen werden. Ziel ist die Erarbeitung eines neuen Ansatzes für die zukünftige Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs. Dabei soll auch die Berücksichtigung der Aufteilung des kommunalen Aufgabenbestandes in eigenen und übertragenen Wirkungskreis im Finanzausgleichsgesetz einer intensiven Prüfung unterzogen werden.

Die Hinweise und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände und des Landesrechnungshofes sollen in die gutachterliche Erarbeitung eines bedarfsentsprechenden Ansatzes zur Bestimmung einer erforderlichen Finanzausgleichsmasse einbezogen werden.

Dazu ist beabsichtigt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, bestehend aus Vertretern des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Inneres und Sport, des Landesrechnungshofes und der kommunalen Spitzenverbände.

Aus heutiger Sicht sollen u. a. die folgenden Punkte einer näheren Prüfung unterzogen werden:

- Es soll geprüft werden, ob zukünftig anstelle der Tilgungsbeträge die Abschreibungen der kommunalen Ergebnisrechnungen berücksichtigt werden sollen. Für eine erste Datenbasis haben die Kommunalaufsichtsbehörden des Landes eine Abfrage bei den Kommunen für die Haushaltsjahre 2013 bis 2016 durchgeführt.
- Auch soll die Möglichkeit geprüft werden, die tatsächlichen Investitionsbedarfe der Kommunen zu ermitteln, fortzuschreiben und ggf. in einer zukünftigen Bedarfsberechnung zu berücksichtigen.
- Die Teilmassen der Finanzausgleichsmasse sollen auf ihre Notwendigkeit und ihrer Berechnungsmethode überprüft werden.
- Die Kriterien zur Verteilung der Finanzausgleichsmasse (u. a. Hauptansatzstaffel, U6-Faktor) sollen betrachtet werden, um ggf. mögliche Verbesserungen bei der Verteilung zu erzielen.
- Daneben sind die dem Finanzausgleichsgesetz zugrundeliegenden Annahmen unter Berücksichtigung der Entwicklung der Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Berechnung Finanzausgleichsmasse und Teilmassen für die Jahre 2018 bis 2021 nach Variante 1
- Anlage 2: Berechnung Finanzausgleichsmasse nach Variante 2
- Anlage 3: Tilgungsbeitragsberechnung Für die Jahre 2018 bis 2021
- Anlage 4: Berechnungen zu Änderungen in bundesgesetzlichen Regelungen mit Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen
- Anlage 5: Landesinterner Benchmark „best practice“ für die Jahre 2015 bis 2017
- Anlage 6: Berechnung der Finanzausgleichsmasse nach Variante A und Variante B bei Nutzung aller möglichen Abzugsbeträge für 2018
- Anlage 7: Berechnung der Auftragskostenpauschale für die Jahre 2015 und 2016 einschließlich des prozentualen Anteils an dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich des sonstigen Nettotransfers
- Anlage 8: Berechnung der Auftragskostenpauschale für die Jahre 2015 und 2016 einschließlich des prozentualen Anteils an dem kommunalen konsumtiven Finanzbedarf abzüglich des sonstigen Nettotransfers ohne Berücksichtigung der Produktgruppe 111
- Anlage 9: Vergleich der Evaluierungsergebnisse für die Finanzausgleichsmasse und deren Teilmassen mit den gesetzlichen Regelungen für die Jahre 2018 bis 2021

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2010 bis 2021	5
Abbildung 2:	Finanzausgleichsmasse der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2016 und 2021	6
Abbildung 3:	Schätzung der kommunalen Steuereinnahmen 2017 bis 2021	7
Abbildung 4 :	Differenz zwischen Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung	13
Abbildung 5 :	Differenz zwischen Auftragskostenpauschale lt. Gesetz und lt. Evaluierung	14
Abbildung 6 :	Differenz zwischen Besondere Ergänzungszuweisungen lt. Gesetz und lt. Evaluierung	15
Abbildung 7 :	Differenz zwischen Schlüsselzuweisungen lt. Gesetz und lt. Evaluierung	15
Abbildung 8:	Entwicklung der wesentlichen kommunalen Einnahmen 2010 bis 2017	17
Abbildung 9:	Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2010 bis 2017	18
Abbildung 10:	Kommunale Steuereinnahmen in Euro je Einwohner 2010 und 2017	18
Abbildung 11:	Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen 2018 bis 2021	19
Abbildung 12:	Entwicklung der Einnahmen (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017	20
Abbildung 13:	Entwicklung der Ausgaben (bereinigt) in den Kommunen 2013 bis 2017	21
Abbildung 14:	Entwicklung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs (IST und Plan) in den Kommunen 2013 bis 2017	23
Abbildung 15:	Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte 2013 bis 2017	24
Abbildung 16:	Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der kreisfreien Städte 2013 bis 2017	25
Abbildung 17:	Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der Landkreise 2013 bis 2017	25
Abbildung 18:	Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte der kreisangehörigen Gemeinden 2013 -2017	25
Abbildung 19:	Entwicklung der kommunalen Schulden 2010 bis 2016	26
Abbildung 20:	Ländervergleich kommunale Schulden je Einwohner 2016	27
Abbildung 21:	Entwicklung der kommunalen Investitionskredite 2010 bis 2017	28
Abbildung 22:	Entwicklung der Schulden und Tilgungszuschüsse durch STARK II 2010-2016	28
Abbildung 23:	Ländervergleich kommunale investive Kredite im nicht-öffentlichen Bereich 2016	29
Abbildung 24:	Entwicklung der kommunalen Liquiditätskredite 2010 bis 2017	29
Abbildung 25:	Ländervergleich kommunale Liquiditätskredite im nicht-öffentlichen Bereich 2016	31
Abbildung 26:	Finanzvermögen der Kommunen in Sachsen-Anhalt 2013 bis 2016	31
Abbildung 27:	Bargeld- und Einlagen der Kommunen in Sachsen-Anhalt von 2013 bis 2016	32
Abbildung 28:	kommunale Finanzvermögen je kommunaler Gruppe in Sachsen-Anhalt 2013 bis 2016	32
Abbildung 29:	Durchschnittliche Entwicklung des konsumtiven kommunalen Finanzbedarfs und sonstigen Nettotransfers 2011 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen	39
Abbildung 30:	Durchschnittliche Entwicklung des konsumtiven kommunalen Finanzbedarfs und sonstigen Nettotransfer 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen	40
Abbildung 31:	Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf als Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen	43
Abbildung 32:	Fortschreibung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs einschließlich § 5 FAG insgesamt für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B	43

Abbildung 33:	Konsumtiver sonstiger Nettotransfer des Landes als Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 für die drei kommunalen Gruppen.....	45
Abbildung 34:	Fortschreibung des konsumtiven sonstigen Nettotransfers insgesamt für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B.....	45
Abbildung 35:	Kommunale Steuereinnahmen für die Jahre 2018 bis 2019.....	46
Abbildung 36:	Vergleich Steuerschätzung Mai 2018 zu Steuerschätzung November 2017 für kommunale Steuereinnahmen für die Jahre 2018 bis 2021	46
Abbildung 37:	Parameter zur Bestimmung des Oberzentrumszuschlages für die Gruppe der kreisfreien Städte für die Jahre 2018 bis 2021.....	48
Abbildung 38:	Jährlicher Oberzentrumszuschlag für die Gruppe der kreisfreien Städte auf Basis der Fortschreibungen für die Jahre 2018 bis 2021 in den Varianten A und B	48
Abbildung 39:	Jährliche Tilgungsbeträge für STARK II für die Jahre 2018 bis 2021	49
Abbildung 40:	Jährlicher Restschuldenbestand ohne STARK II für die Jahre 2016 bis 2020	50
Abbildung 41:	Prozentuales Verhältnis zwischen investiven Tilgungsleistungen und Bestand investiver Kredite zum 01.01. für die Jahre 2015 bis 2017	51
Abbildung 42:	Prozentuales Verhältnis zwischen investiven Tilgungsleistungen und Bestand investiver Kredite zum 01.01. für die Jahre 2015 bis 2017 ohne STARK II	51
Abbildung 43 :	Pauschaler Tilgungsbeitrag für die Jahre 2018 bis 2021	52
Abbildung 44 :	Stand der Erarbeitung der Jahresabschlüsse bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt	53
Abbildung 45 :	Berechnete Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2018 bis 2021.....	54
Abbildung 46 :	Berechnete Finanzausgleichsmasse für die drei kommunalen Gruppen ohne Ausgleichsstock und ohne Vorabentnahme der Investitionspauschale nach § 16 Abs. 2 FAG für die Jahre 2018 bis 2021	55
Abbildung 47 :	Änderungen in der Bundesgesetzgebung mit kommunalen Auswirkungen für 2018	59
Abbildung 48 :	Ergebnis des landesinternen Benchmark 2015 bis 2017.....	61
Abbildung 49 :	Durchschnittliche gewogene Steuerhebesätze im ostdeutschen Ländervergleich 2016.....	61
Abbildung 50 :	Modellrechnung Finanzausgleichsmasse bei Anwendung aller Abzugsbeträge für 2018.....	63
Abbildung 51:	Prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis ohne Produktgruppe 111 je kommunaler Gruppe.....	65
Abbildung 52:	durchschnittliche Personalkosten 2015/2016 im übertragenen Wirkungskreis	67
Abbildung 53:	Prozentualer Anteil der Produktgruppe 111 für übertragenen Wirkungskreis	67
Abbildung 54:	Prozentualer Anteil übertragener Wirkungskreis je kommunaler Gruppe.....	68
Abbildung 55 :	Berechnete Auftragskostenpauschale je kommunaler Gruppe für 2018 bis 2021.....	68
Abbildung 56 :	Festbeträge nach dem Ersten und Zweiten Funktionalreformgesetz für 2018 bis 2021	69
Abbildung 57 :	Berechnete Zuweisungen nach § 7 FAG für die Jahre 2018 bis 2021	71
Abbildung 58 :	Berechnete Zuweisungen nach § 9 FAG für die Jahre 2018 bis 2021	72
Abbildung 59 :	Berechnete Zuweisungen nach § 10 FAG für die Jahre 2018 bis 2021	73
Abbildung 60 :	berechnete Zuweisungen nach § 11 FAG für die Jahre 2018 bis 2021.....	74
Abbildung 61 :	Berechnete Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG für die Jahre 2018 bis 2021	75
Abbildung 62 :	Aufteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Teilmassen für die Jahre 2018 bis 2021	75
Abbildung 63:	Finanzierungssalden der kommunalen Kernhaushalte 2013 bis 2017	77

Abbildung 64 :	Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018	78
Abbildung 65 :	Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2019	79
Abbildung 66 :	Entwicklung Kreisumlagegrundlagen und Differenz gegenüber Evaluierung für 2018 bis 2021	79
Abbildung 67 :	Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2020	80
Abbildung 68 :	Vergleich Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021	80
Abbildung 69 :	Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018.....	81
Abbildung 70 :	Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018.....	82
Abbildung 71 :	Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018.....	83
Abbildung 72 :	Vergleich Auftragskostenpauschale § 4 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018.....	83
Abbildung 73 :	Vergleich besondere Ergänzungszuweisungen (Summe) § 7 bis 11 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018 bis 2021	84
Abbildung 74 :	Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2018.....	85
Abbildung 75 :	Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2019.....	85
Abbildung 76 :	Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2020.....	86
Abbildung 77 :	Vergleich Schlüsselzuweisungen § 12 FAG lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021	86
Abbildung 78 :	Differenz zwischen Finanzausgleichsmasse lt. Gesetz und lt. Evaluierung für 2021	88

Abkürzungsverzeichnis

€	Euro
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BB	Brandenburg
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BuT	Bildung und Teilhabe
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
D. h. / d. h.	das heißt
Doppik	doppelte Buchführung
EW	Einwohner
eWK	eigener Wirkungskreis
f.	folgend / folgende
FAG	Finanzausgleichsgesetz
ff.	fortfolgend / fortfolgende
FL	Flächenländer
FLO ohne ST	Flächenländer Ost ohne Sachsen-Anhalt
FLW	Flächenländer West
ggf.	gegebenenfalls
GV	Gemeindeverbände
GVBl. LSA	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt
Hartz-IV-SoBEZ	Hartz-IV-Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen
i. H. v.	in Höhe von
inkl.	inklusive
JR	Jahresrechnungsstatistik
ka.	kreisangehörig
KdU	Kosten für Unterkunft und Heizung nach SGB II
KFB	kommunaler konsumtiver Finanzbedarf
KGST	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KRE	kostenrechnende Einrichtungen
KS	kreisfreie Stadt /kreisfreie Städte
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
LK	Landkreis / Landkreise
lt.	laut

LVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
LVG	Landesverfassungsgericht
MBL LSA	Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarde / Milliarden
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NKHR	Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
Nr.	Nummer
NT	sonstiger Nettotransfer
NW	Nordrhein-Westfalen
o. g.	oben genannt
ÖPP	öffentlich-private Partnerschaft
PG	Produktgruppe
Prof.	Professor
RP	Rheinland-Pfalz
S.	Seite
SGB II	Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB II-SoBEZ	siehe Hartz-IV-SoBEZ
SKMZ	Steuerkraftmesszahl
SL	Saarland
SN	Sachsen
SoBEZ	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen
sog.	sogenannte
ST	Sachsen-Anhalt
STARK II	Förderprogramm zur Teilentschuldung der kommunalen Finanzhaushalte in Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
u. a.	unter anderen
üWK	übertragener Wirkungskreis
v. H.	vom Hundert
VBG	Verbandsgemeinde
vgl.	vergleiche
WK	Wirkungskreis
z. T.	zum Teil
z. B.	zum Beispiel

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	3.819.583.165	1.096.994.169	1.093.060.613	1.629.528.383
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	3.880.696.497	1.114.546.076	1.110.549.583	1.655.600.838
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben Preisniveau 2018 + Funktionalreform	3.890.709.156	1.116.771.476	1.118.336.842	1.655.600.838
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	-1.003.338.971	-293.458.988	-644.909.504	-64.970.479
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
kommunale Steuereinnahmen 2018 lt. Steuerschätzung Nov 2017	-1.753.000.000	-449.001.421	0	-1.303.998.579
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2018	1.134.370.185	374.311.067	473.427.338	286.631.780
Zuschlag für Oberzentren	11.145.461	11.145.461		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018	1.145.515.646	385.456.528	473.427.338	286.631.780
Tilgungsbeitrag	188.305.450	28.517.338	54.504.143	105.283.969
Finanzausgleichsmasse 2018 ohne Investitionspauschale und Ausgleichsstock	1.333.821.096	413.973.866	527.931.481	391.915.749
Vergleich zum Gesetz 2018 (Neuberechnung minus Gesetz)	-104.178.904	-13.075.007	-1.890.043	-89.213.854
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018	1.523.821.096	445.223.866	552.931.481	460.665.749
Vergleich zum Gesetz 2018 (Neuberechnung minus Gesetz)	-104.178.904	-10.429.511	-4.535.539	-89.213.854
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 insgesamt 2018	1.628.000.000	455.653.377	557.467.020	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	3.880.696.497	1.114.546.076	1.110.549.583	1.655.600.838
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2019	3.950.549.033	1.134.607.905	1.130.539.475	1.685.401.653
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben Preisniveau 2019 + Funktionalreform	3.960.561.692	1.136.833.305	1.138.326.734	1.685.401.653
sonstiger Nettotransfer 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2019	-1.021.399.073	-298.741.250	-656.517.875	-66.139.948
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2019 nach Steuerschätzung November 2017	-1.808.000.000	-463.088.744	0	-1.344.911.256
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2019	1.131.162.619	375.003.311	481.808.859	274.350.449
Zuschlag für Oberzentren	11.346.079	11.346.079		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2019	1.142.508.698	386.349.390	481.808.859	274.350.449
Tilgungsbeitrag	190.018.751	28.845.633	55.399.977	105.773.141
Finanzausgleichsmasse 2019 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.332.527.449	415.195.023	537.208.836	380.123.590
Vergleich zum Gesetz 2019 (Neuberechnung minus Gesetz)	-105.472.551	-11.853.850	7.387.312	-101.006.013
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2019 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2019	1.522.527.449	446.445.023	562.208.836	448.873.590
Vergleich zum Gesetz 2019 (Neuberechnung minus Gesetz)	-105.472.551	-11.853.850	7.387.312	-101.006.013
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2019 insgesamt 2019	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	3.950.549.033	1.134.607.905	1.130.539.475	1.685.401.653
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2020	4.025.609.464	1.156.165.455	1.152.019.725	1.717.424.284
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben Preisniveau 2020 + Funktionalreform	4.035.622.123	1.158.390.855	1.159.806.984	1.717.424.284
sonstiger Nettotransfer 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2020	-1.040.805.656	-304.417.334	-668.991.715	-67.396.607
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2020 nach Steuerschätzung November 2017	-1.849.000.000	-473.590.203	0	-1.375.409.797
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2020	1.145.816.467	380.383.318	490.815.269	274.617.880
Zuschlag für Oberzentren	11.561.655	11.561.655		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2020	1.157.378.122	391.944.973	490.815.269	274.617.880
Tilgungsbeitrag	185.253.814	28.112.126	53.217.335	103.924.353
Finanzausgleichsmasse 2020 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.342.631.936	420.057.099	544.032.604	378.542.233
Vergleich zum Gesetz 2020 (Neuberechnung minus Gesetz)	-95.368.064	-6.991.774	14.211.080	-102.587.370
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2020 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2020	1.532.631.936	451.307.099	569.032.604	447.292.233
Vergleich zum Gesetz 2020 (Neuberechnung minus Gesetz)	-95.368.064	-6.991.774	14.211.080	-102.587.370
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2020 insgesamt	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	4.025.609.464	1.156.165.455	1.152.019.725	1.717.424.284
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2021	4.102.096.044	1.178.132.599	1.173.908.100	1.750.055.345
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben Preisniveau 2021 + Funktionalreform	4.112.108.703	1.180.357.999	1.181.695.359	1.750.055.345
sonstiger Nettotransfer 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2021	-1.060.580.964	-310.201.263	-681.702.558	-68.677.143
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2021 nach Steuerschätzung November 2017	-1.920.000.000	-491.775.657	0	-1.428.224.343
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2021	1.131.527.739	378.381.079	499.992.801	253.153.859
Zuschlag für Oberzentren	11.781.326	11.781.326		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2021	1.143.309.065	390.162.405	499.992.801	253.153.859
Tilgungsbeitrag	172.667.754	24.753.864	49.528.981	98.384.909
Finanzausgleichsmasse 2021 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.315.976.819	414.916.269	549.521.782	351.538.768
Vergleich zum Gesetz 2021 (Neuberechnung minus Gesetz)	-122.023.181	-12.132.604	19.700.258	-129.590.835
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2021 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2021	1.505.976.819	446.166.269	574.521.782	420.288.768
Vergleich zum Gesetz 2021 (Neuberechnung minus Gesetz)	-122.023.181	-12.132.604	19.700.258	-129.590.835
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2021 insgesamt 2021	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018 einschließlich Tilgungsbeitrag	1.333.821.096	413.973.866	527.931.481	391.915.749
§ 4 Auftragskostenpauschale	335.561.622	110.913.927	146.691.194	77.956.501
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	72.013.347	24.775.459	47.237.888	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	73.907.875	24.190.191	49.717.684	
§ 10 Schülerbeförderung	23.024.807	2.590.815	20.433.992	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	795.950.398	248.842.775	233.148.375	313.959.248
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.523.821.096	445.223.866	552.931.481	460.665.749

Kennziffer	Insgesamt 2019	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE A)	1.332.527.449	415.195.023	537.208.836	380.123.590
§ 4 Auftragskostenpauschale	341.730.717	112.944.930	149.426.069	79.359.718
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	71.801.159	24.702.458	47.098.701	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	73.690.105	24.118.915	49.571.190	
§ 10 Schülerbeförderung	22.956.964	2.583.181	20.373.783	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	788.985.457	248.184.840	240.036.745	300.763.872
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.522.527.449	446.445.023	562.208.836	448.873.590

Kennziffer	Insgesamt 2020	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE A)	1.342.631.936	420.057.099	544.032.604	378.542.233
§ 4 Auftragskostenpauschale	348.359.752	115.127.356	152.364.844	80.867.552
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	72.729.873	25.021.973	47.707.900	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	74.643.252	24.430.882	50.212.370	
§ 10 Schülerbeförderung	23.253.902	2.616.593	20.637.309	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	790.282.110	250.199.596	242.407.833	297.674.681
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.532.631.936	451.307.099	569.032.604	447.292.233

Kennziffer	Insgesamt 2021	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE A)	1.315.976.819	414.916.269	549.521.782	351.538.768
§ 4 Auftragskostenpauschale	355.114.739	117.351.248	155.359.455	82.404.036
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	71.840.616	24.716.033	47.124.583	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	73.730.601	24.132.169	49.598.432	
§ 10 Schülerbeförderung	22.969.580	2.584.601	20.384.979	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	758.958.236	243.471.519	246.351.985	269.134.732
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.505.976.819	446.166.269	574.521.782	420.288.768

Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskosten-pauschale 2018
kreisfreie Städte	13,74	1.116.771.476	-293.458.988	823.312.488	2.225.400	110.913.927
Landkreise	32,63	1.118.336.842	-644.909.504	473.427.338	7.787.259	146.691.194
Gemeinden	4,90	1.655.600.838	-64.970.479	1.590.630.359	0	77.956.501
Summe		3.890.709.156	-1.003.338.971	2.887.370.185	10.012.659	335.561.622

2019Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2019 einschl. KRE	sonst. NT 2019 einschl. KRE	Bedarf 2019	Leistungen nach § 5 2019	Auftragskosten-pauschale 2019
kreisfreie Städte	13,74	1.136.833.305	-298.741.250	838.092.055	2.225.400	112.944.930
Landkreise	32,63	1.138.326.734	-656.517.875	481.808.859	7.787.259	149.426.069
Gemeinden	4,90	1.685.401.653	-66.139.948	1.619.261.705	0	79.359.718
Summe		3.960.561.692	-1.021.399.073	2.939.162.619	10.012.659	341.730.717

2020Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2020 einschl. KRE	sonst. NT 2020 einschl. KRE	Bedarf 2020	Leistungen nach § 5 2020	Auftragskosten-pauschale 2020
kreisfreie Städte	13,74	1.158.390.855	-304.417.334	853.973.521	2.225.400	115.127.356
Landkreise	32,63	1.159.806.984	-668.991.715	490.815.269	7.787.259	152.364.844
Gemeinden	4,90	1.717.424.284	-67.396.607	1.650.027.677	0	80.867.552
Summe		4.035.622.123	-1.040.805.656	2.994.816.467	10.012.659	348.359.752

2021Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2021 einschl. KRE	sonst. NT 2021 einschl. KRE	Bedarf 2021	Leistungen nach § 5 2021	Auftragskosten-pauschale 2020
kreisfreie Städte	13,74	1.180.357.999	-310.201.263	870.156.736	2.225.400	117.351.248
Landkreise	32,63	1.181.695.359	-681.702.558	499.992.801	7.787.259	155.359.455
Gemeinden	4,90	1.750.055.345	-68.677.143	1.681.378.202	0	82.404.036
Summe		4.112.108.703	-1.060.580.964	3.051.527.739	10.012.659	355.114.739

Evaluierung FAG 2018 bis 2021

Gebietskörperschaft	31.12.2016 Einwohner	31.12.2016 Fläche in ha	90% Einwohner § 5 Abs. 1	10% Fläche § 5 Abs. 1	90% Einwohner § 5 Abs. 2	10% Fläche § 5 Abs. 2
Kreisfreie Städte	558.646	581	1.095.134	13.832	1.102.509	13.925
Landkreise	1.677.606	19.871	3.288.673	473.258	3.310.820	476.445
Summe	2.236.252	20.452	4.383.807	487.090	4.413.329	490.370

Gebietskörperschaft	§ 5 Abs. 1	§ 5 Abs. 2	§ 5 Abs. 3
	2018	2018	2018
Kreisfreie Städte	1.108.966	1.116.434	0
Landkreise	3.761.931	3.787.265	238.063
Summe	4.870.897	4.903.699	238.063

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung SGB II § 7

Preisniveau

Kom. Finanzbedarf SGB II	2015	2016	2017	2015-2017
kreisfreie Städte	83.233.884	74.801.937	92.841.696	83.625.839
Landkreise	151.668.996	138.368.625	188.295.547	159.444.389
Summe	234.902.880	213.170.563	281.137.243	243.070.228

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
29,16	28,56	28,39	27,52

Kom. Finanzbedarf minus sonst. Nettotransfer PG 312	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	138.275.675	131.815.134	140.153.544
Landkreise	270.359.583	256.786.867	277.783.698
Summe	408.635.258	388.602.001	417.937.242

Einzahlungen Konten 6052+6053	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	56.841.168	58.191.180	47.311.848
Landkreise	121.969.416	120.597.275	89.488.151
Summe	178.810.584	178.788.455	136.799.999

Fortschreibung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
84.963.852	86.493.202	88.136.573	89.811.167
161.995.499	164.911.418	168.044.735	171.237.585
246.959.352	251.404.620	256.181.308	261.048.753

Kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 8 2018	BEZ § 8 2019	BEZ § 8 2020	BEZ § 8 2021
24.775.459	24.702.458	25.021.973	24.716.033
47.237.888	47.098.701	47.707.900	47.124.583
72.013.347	71.801.159	72.729.873	71.840.616

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung SGB VIII § 9

Preisniveau

Ausgaben	2015	2016	2017	2013-2015
kreisfreie Städte	78.106.830	83.724.495	83.119.741	81.650.355
Landkreise	160.241.699	170.628.911	172.573.095	167.814.568
Summe	238.348.529	254.353.406	255.692.836	249.464.923

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
29,16	28,56	28,39	27,52

kom. Finanzbedarf minus sonst. Nettotransfer PG 363	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	76.872.640	83.307.955	83.119.741
Landkreise	157.709.670	169.780.011	172.573.095
Summe	234.582.310	253.087.966	255.692.836

Fortschreibung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
82.956.761	84.449.982	86.054.532	87.689.568
170.499.601	173.568.594	176.866.397	180.226.859
253.456.362	258.018.576	262.920.929	267.916.427

kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 9 2017	BEZ § 9 2018	BEZ § 9 2019	BEZ § 9 2020
24.190.191	24.118.915	24.430.882	24.132.169
49.717.684	49.571.190	50.212.370	49.598.432
73.907.875	73.690.105	74.643.252	73.730.601

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung Schülerbeförderung § 10

Preisniveau

Ausgaben	2015 auf Preisniveau 2017	2016 auf Preisniveau 2017	2017	2015-2017
kreisfreie Städte	8.590.470	8.792.320	8.851.932	8.744.907
Landkreise	69.408.738	66.981.552	70.525.317	68.971.869
Summe	77.999.208	75.773.871	79.377.249	77.716.776

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
29,16	28,56	28,39	27,52

kom. Finanzbedarf minus sonst. Nettotransfer PG 241	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	8.404.758	8.653.858	8.851.932
Landkreise	67.908.238	65.926.724	70.525.317
Summe	76.312.996	74.580.582	79.377.249

kreisfreie Städte
Landkreise
Summe

Fortschreibung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
8.884.826	9.044.752	9.216.603	9.391.718
70.075.419	71.336.776	72.692.175	74.073.327
78.960.244	80.381.529	81.908.778	83.465.045

kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 10 2018	BEZ § 10 2019	BEZ § 10 2020	BEZ § 10 2021
2.590.815	2.583.181	2.616.593	2.584.601
20.433.992	20.373.783	20.637.309	20.384.979
23.024.807	22.956.964	23.253.902	22.969.580

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung Straßenunterhaltung § 11

Name	Kreisstraßen 01.01.2016 in km	Festbetrag je km	FAG 2018
kreisfreie Städte	80,611	5.400	435.299
Landkreise	4.243,535	5.400	22.915.089
Summe	4.324,146	5.400	23.350.388

Kreisstraßen	01.01.2016
DE	32,132
HAL	12,978
MD	35,501
LK SAW	510,939
LK ABI	418,508
LK BK	589,182
LK BLK	373,445
LK HZ	387,351
LK JL	240,863
LK MSH	217,100
LK SK	348,478
LK SLK	365,756
LK STD	472,122
LK WB	319,791

Beträge in Mio Euro	Ist		Prognose				
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Grundsteuer A	23,0	24,0	24,0	24,0	24,0	25,0	25,0
Grundsteuer B	223,0	228,0	233,0	235,0	238,0	245,0	249,0
Gewerbsteuer (Brutto)	677,0	862,0	822,0	803,0	819,0	819,0	848,0
./.. Gewerbesteuerumlage	62,0	98,0	86,0	82,0	84,0	82,0	85,0
Gewerbsteuer (Netto)	615,0	764,0	736,0	720,0	735,0	737,0	763,0
Gemeindeanteil an der Lohn- u. Einkommensteuer und Abgeltungsteuer	527,0	540,0	573,0	602,0	643,0	671,0	708,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	105,0	101,0	130,0	150,0	146,0	150,0	153,0
Eigene Steuern	1.463,0	1.657,0	1.696,0	1.731,0	1.786,0	1.827,0	1.898,0
Örtliche Steuern	20,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Zusammen	1.514,0	1.679,0	1.718,0	1.753,0	1.808,0	1.849,0	1.920,0

Fortschreibung des kommunalen konsumtiven Finanzbedarfes 2018 bis 2021

Preisniveau

Kennzahl	kreisfreie Städte	LK	kreisangehörige Gem. unf VBG	Summe
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015	1.050.802.719 €	1.004.000.342 €	1.575.182.827 €	3.629.985.888 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2016	1.089.108.474 €	1.117.290.597 €	1.609.963.722 €	3.816.362.793 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017	1.110.427.041 €	1.117.829.858 €	1.642.873.942 €	3.871.130.841 €

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 auf Preisniveau 2017	1.074.021.256 €	1.026.184.734 €	1.609.988.067 €	3.710.194.056 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2016 auf Preisniveau 2017	1.106.534.210 €	1.135.167.247 €	1.635.723.142 €	3.877.424.598 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017	1.110.427.041 €	1.117.829.858 €	1.642.873.942 €	3.871.130.841 €
Durchschnittlicher kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 auf Preisniveau 2017	1.096.994.169 €	1.093.060.613 €	1.629.528.383 €	3.819.583.165 €

Durchschnittlicher kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	1.114.546.076 €	1.110.549.583 €	1.655.600.838 €	3.880.696.497 €
---	------------------------	------------------------	------------------------	------------------------

0 €

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2018 fortgeschrieben auf Preisniveau 2019	1.134.607.905 €	1.130.539.475 €	1.685.401.653 €	3.950.549.033 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2019 fortgeschrieben auf Preisniveau 2020	1.156.165.455 €	1.152.019.725 €	1.717.424.284 €	4.025.609.464 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2020 fortgeschrieben auf Preisniveau 2021	1.178.132.599 €	1.173.908.100 €	1.750.055.345 €	4.102.096.044 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

Kennzahl	kreisfreie Städte	LK	kreisangehörige Gem. unf VBG	Summe
sonstiger Nettotransfer 2015	257.200.841 €	551.236.936 €	64.989.059 €	873.426.836 €
sonstiger Nettotransfer 2016	300.339.500 €	680.657.965 €	61.916.109 €	1.042.913.574 €
sonstiger Nettotransfer 2017	298.483.877 €	649.294.788 €	62.510.141 €	1.010.288.806 €
sonstiger Nettotransfer 2015 auf Preisniveau 2017	262.883.951 €	563.417.067 €	66.425.057 €	892.726.075 €
sonstiger Nettotransfer 2016 auf Preisniveau 2017	305.144.932 €	691.548.492 €	62.906.767 €	1.059.600.191 €
sonstiger Nettotransfer 2017	298.483.877 €	649.294.788 €	62.510.141 €	1.010.288.806 €
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 auf Preisniveau 2017	288.837.587 €	634.753.449 €	63.947.322 €	987.538.358 €
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf auf Preisniveau 2018	293.458.988 €	644.909.504 €	64.970.479 €	1.003.338.971 €
sonstiger Nettotransfer 2018 fortgeschrieben auf Preisniveau 2019	298.741.250 €	656.517.875 €	66.139.948 €	1.021.399.073 €
sonstiger Nettotransfer 2019 fortgeschrieben auf Preisniveau 2020	304.417.334 €	668.991.715 €	67.396.607 €	1.040.805.656 €
sonstiger Nettotransfer 2020 fortgeschrieben auf Preisniveau 2021	310.201.263 €	681.702.558 €	68.677.143 €	1.060.580.964 €

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Teuerungsrate für Sachsen-Anhalt laut Statistischem Landesamt (durch 100-1)	0,015	0,011	0,005	0,006	0,016				
Teuerungsrate für Deutschland laut Jahresprojektion Bundesregierung (31.01.2018) (durch 100 minus 1)						0,016	0,018	0,019	0,019

2011-2017					2015-2017			
Durchschnittliche Entwicklung	Insg.	KS	LK	GV	Insg.	KS	LK	GV
Kommunaler Finanzbedarf	0,038	0,051	0,050	0,022	0,032	0,028	0,055	0,021
Sonstiger Nettotransfer	0,097	0,084	0,095	0,231	0,075	0,077	0,085	-0,019
Kommunaler Finanzbedarf minus sonstiger Nettotransfer	0,022	0,040	0,006	0,018	0,018	0,011	0,017	0,022

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	3.819.583.165	1.096.994.169	1.093.060.613	1.629.528.383
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2018	3.944.637.431	1.127.710.006	1.153.178.946	1.663.748.479
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung + Funktionalreform	3.954.650.090	1.129.935.406	1.160.966.205	1.663.748.479
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung	-1.062.517.896	-311.078.081	-688.707.492	-62.732.323
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2018 nach Steuerschätzung November 2017	-1.753.000.000	-449.001.421	0	-1.303.998.579
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2017	1.139.132.194	369.855.904	472.258.713	297.017.577
Zuschlag für Oberzentren	11.277.100	11.277.100		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018	1.150.409.294	381.133.004	472.258.713	297.017.577
Tilgungsbeitrag	188.305.450	28.517.338	54.504.143	105.283.969
Finanzausgleichsmasse 2018 ohne Investitionspauschale und Ausgleichsstock	1.338.714.744	409.650.342	526.762.856	402.301.546
Vergleich zum Gesetz 2018	-99.285.256	-17.398.531	-3.058.668	-78.828.057
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018	1.528.714.744	440.900.342	551.762.856	471.051.546
Vergleich zum Gesetz 2018	-99.285.256	-14.753.035	-5.704.164	-78.828.057
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 insgesamt 2018	1.628.000.000	455.653.377	557.467.020	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2018	3.944.637.431	1.127.710.006	1.153.178.946	1.663.748.479
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2019	4.074.576.871	1.159.285.886	1.216.603.788	1.698.687.197
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf 2019 mit Ø Entwicklung + Funktionalreform	4.084.589.530	1.161.511.286	1.224.391.047	1.698.687.197
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2019 mit Ø Entwicklung	-1.143.819.131	-335.031.093	-747.247.629	-61.540.409
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2019 nach Steuerschätzung November 2017	-1.808.000.000	-463.088.744	0	-1.344.911.256
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2019	1.132.770.399	363.391.449	477.143.418	292.235.532
Zuschlag für Oberzentren	11.592.859	11.592.859		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2019	1.144.363.258	374.984.308	477.143.418	292.235.532
Tilgungsbeitrag	190.018.751	28.845.633	55.399.977	105.773.141
Finanzausgleichsmasse 2019 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.334.382.009	403.829.941	532.543.395	398.008.673
Vergleich zum Gesetz 2019 (Neuberechnung minus Gesetz)	-103.617.991	-23.218.932	2.721.871	-83.120.930
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2019 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2019	1.524.382.009	435.079.941	557.543.395	466.758.673
Vergleich zum Gesetz 2019 (Neuberechnung minus Gesetz)	-103.617.991	-23.218.932	2.721.871	-83.120.930
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2019 insgesamt 2019	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2018	4.074.576.871	1.159.285.886	1.216.603.788	1.698.687.197
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2020	4.209.622.515	1.191.745.891	1.283.516.996	1.734.359.628
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf 2020 mit Ø Entwicklung + Funktionalreform	4.219.635.174	1.193.971.291	1.291.304.255	1.734.359.628
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2020 mit Ø Entwicklung	-1.231.963.305	-360.828.487	-810.763.677	-60.371.141
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2020 nach Steuerschätzung November 2017	-1.849.000.000	-473.590.203	0	-1.375.409.797
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2020	1.138.671.869	359.552.601	480.540.578	298.578.690
Zuschlag für Oberzentren	11.917.459	11.917.459		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2020	1.150.589.328	371.470.060	480.540.578	298.578.690
Tilgungsbeitrag	185.253.814	28.112.126	53.217.335	103.924.353
Finanzausgleichsmasse 2020 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.335.843.142	399.582.186	533.757.913	402.503.043
Vergleich zum Gesetz 2020 (Neuberechnung minus Gesetz)	-102.156.858	-27.466.687	3.936.389	-78.626.560
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2020 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2020	1.525.843.142	430.832.186	558.757.913	471.253.043
Vergleich zum Gesetz 2020 (Neuberechnung minus Gesetz)	-102.156.858	-27.466.687	3.936.389	-78.626.560
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2020 insgesamt 2020	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2020	4.209.622.515	1.191.745.891	1.283.516.996	1.734.359.628
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2021	4.350.006.387	1.225.114.776	1.354.110.431	1.770.781.180
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf 2021 mit Ø Entwicklung + Funktionalreform	4.360.019.046	1.227.340.176	1.361.897.690	1.770.781.180
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2021 mit Ø Entwicklung	-1.327.514.959	-388.612.280	-879.678.590	-59.224.089
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2021 nach Steuerschätzung November 2017	-1.920.000.000	-491.775.657	0	-1.428.224.343
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2021	1.112.504.087	346.952.239	482.219.100	283.332.748
Zuschlag für Oberzentren	12.251.148	12.251.148		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2021	1.124.755.235	359.203.387	482.219.100	283.332.748
Tilgungsbeitrag	172.667.754	24.753.864	49.528.981	98.384.909
Finanzausgleichsmasse 2021 ohne Investitionspauschale (§16) und Ausgleichsstock (§17)	1.297.422.989	383.957.251	531.748.081	381.717.657
Vergleich zum Gesetz 2021 (Neuberechnung minus Gesetz)	-140.577.011	-43.091.622	1.926.557	-99.411.946
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2021 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2021	1.487.422.989	415.207.251	556.748.081	450.467.657
Vergleich zum Gesetz 2021 (Neuberechnung minus Gesetz)	-140.577.011	-43.091.622	1.926.557	-99.411.946
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2021 insgesamt 2021	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018 einschließlich Tilgungsbeitrag	1.338.714.744	409.650.342	526.762.856	402.301.546
§ 4 Auftragskostenpauschale	335.077.081	110.301.700	146.309.874	78.465.507
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	71.049.792	24.349.168	46.700.624	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	75.162.509	24.173.731	50.988.778	
§ 10 Schülerbeförderung	23.545.465	2.589.052	20.956.413	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	800.516.850	245.575.992	231.104.819	323.836.039
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.528.714.744	440.900.342	551.762.856	471.051.546

Kennziffer	Insgesamt 2019	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE B)	1.334.382.009	403.829.941	532.543.395	398.008.673
§ 4 Auftragskostenpauschale	339.489.238	111.349.232	147.903.744	80.236.262
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	69.432.399	23.702.419	45.729.980	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	73.460.649	23.531.641	49.929.008	
§ 10 Schülerbeförderung	23.041.130	2.520.283	20.520.847	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	795.595.546	240.065.667	237.757.468	317.772.411
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.524.382.009	435.079.941	557.543.395	466.758.673

Kennziffer	Insgesamt 2020	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE B)	1.335.843.142	399.582.186	533.757.913	402.503.043
§ 4 Auftragskostenpauschale	343.318.904	112.264.806	149.012.231	82.041.867
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	68.589.966	23.323.667	45.266.299	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	72.578.369	23.155.619	49.422.750	
§ 10 Schülerbeförderung	22.792.784	2.480.010	20.312.774	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	795.200.072	235.697.385	239.041.511	320.461.176
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.525.843.142	430.832.186	558.757.913	471.253.043

Kennziffer	Insgesamt 2021	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bedarfsgerechte FAM einschließlich Tilgungsbeitrag (VARIANTE B)	1.297.422.989	383.957.251	531.748.081	381.717.657
§ 4 Auftragskostenpauschale	346.475.334	113.032.307	149.559.930	83.883.097
§ 5 Abs. 1 Erstes Funktionalreformgesetz	4.870.897	1.108.966	3.761.931	
§ 5 Abs. 2 Zweites Funktionalreformgesetz	4.903.699	1.116.434	3.787.265	
§ 5 Abs. 3 Genemigung Bebauungs- und Flächennutzungspläne	238.063	0	238.063	
§ 7 SGB II	65.824.442	22.295.940	43.528.502	
§ 8 SGB XII				
§ 9 SGB VIII	69.660.681	22.135.296	47.525.385	
§ 10 Schülerbeförderung	21.903.689	2.370.732	19.532.957	
§ 11 Kreisstraßen	23.350.388	435.299	22.915.089	
§ 12 Schlüsselzuweisungen	760.195.796	221.462.277	240.898.959	297.834.560
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
§ 17 Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 Evaluierung	1.487.422.989	415.207.251	556.748.081	450.467.657

Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskosten-pauschale 2018
kreisfreie Städte	13,74	1.129.935.406	-311.078.081	818.857.325	2.225.400	110.301.700
Landkreise	32,63	1.160.966.205	-688.707.492	472.258.713	7.787.259	146.309.874
Gemeinden	4,90	1.663.748.479	-62.732.323	1.601.016.156	0	78.465.507
Summe		3.954.650.090	-1.062.517.896	2.892.132.194	10.012.659	335.077.081

2019Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2019 einschl. KRE	sonst. NT 2019 einschl. KRE	Bedarf 2019	Leistungen nach § 5 2019	Auftragskosten-pauschale 2019
kreisfreie Städte	13,74	1.161.511.286	-335.031.093	826.480.193	2.225.400	111.349.232
Landkreise	32,63	1.224.391.047	-747.247.629	477.143.418	7.787.259	147.903.744
Gemeinden	4,90	1.698.687.197	-61.540.409	1.637.146.788	0	80.236.262
Summe		4.084.589.530	-1.143.819.131	2.940.770.399	10.012.659	339.489.238

2020Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2020 einschl. KRE	sonst. NT 2020 einschl. KRE	Bedarf 2020	Leistungen nach § 5 2020	Auftragskosten-pauschale 2020
kreisfreie Städte	13,74	1.193.971.291	-360.828.487	833.142.804	2.225.400	112.264.806
Landkreise	32,63	1.291.304.255	-810.763.677	480.540.578	7.787.259	149.012.231
Gemeinden	4,90	1.734.359.628	-60.371.141	1.673.988.487	0	82.041.867
Summe		4.219.635.174	-1.231.963.305	2.987.671.869	10.012.659	343.318.904

2021Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil über-tragener WK	KFB / Z IV 2021 einschl. KRE	sonst. NT 2021 einschl. KRE	Bedarf 2021	Leistungen nach § 5 2021	Auftragskosten-pauschale 2021
kreisfreie Städte	13,74	1.227.340.176	-388.612.280	838.727.896	2.225.400	113.032.307
Landkreise	32,63	1.361.897.690	-879.678.590	482.219.100	7.787.259	149.559.930
Gemeinden	4,90	1.770.781.180	-59.224.089	1.711.557.091	0	83.883.097
Summe		4.360.019.046	-1.327.514.959	3.032.504.087	10.012.659	346.475.334

Evaluierung FAG 2018 bis 2021

Gebietskörperschaft	31.12.2016 Einwohner	31.12.2016 Fläche in ha	90% Einwohner § 5 Abs. 1	10% Fläche § 5 Abs. 1	90% Einwohner § 5 Abs. 2	10% Fläche § 5 Abs. 2
Kreisfreie Städte	558.646	581	1.095.134	13.832	1.102.509	13.925
Landkreise	1.677.606	19.871	3.288.673	473.258	3.310.820	476.445
Summe	2.236.252	20.452	4.383.807	487.090	4.413.329	490.370

Gebietskörperschaft	§ 5 Abs. 1	§ 5 Abs. 2	§ 5 Abs. 3
	2018	2018	2018
Kreisfreie Städte	1.108.966	1.116.434	0
Landkreise	3.761.931	3.787.265	238.063
Summe	4.870.897	4.903.699	238.063

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung SGB II § 7

Fortschreibung für 2018 bis 2021 mit der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre 2015-2017

Kom. Finanzbedarf SGB II	2015	2016	2017	2015-2017
kreisfreie Städte	83.233.884	74.801.937	92.841.696	83.625.839
Landkreise	151.668.996	138.368.625	188.295.547	159.444.389
Summe	234.902.880	213.170.563	281.137.243	243.070.228

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
28,80	27,73	26,99	25,52

Kom. Finanzbedarf minus sonst., Nettotransfer PG 312	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	138.275.675	131.815.134	140.153.544
Landkreise	270.359.583	256.786.867	277.783.698
Summe	408.635.258	388.602.001	417.937.242

Einzahlungen Konten 6052+6053	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	56.841.168	58.191.180	47.311.848
Landkreise	121.969.416	120.597.275	89.488.151
Summe	178.810.584	178.788.455	136.799.999

Fortschreibung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
84.545.723	85.475.726	86.415.959	87.366.535
162.154.944	164.911.578	167.715.074	170.566.231
246.700.667	250.387.304	254.131.034	257.932.765

Kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 8 2018	BEZ § 8 2019	BEZ § 8 2020	BEZ § 8 2021
24.349.168	23.702.419	23.323.667	22.295.940
46.700.624	45.729.980	45.266.299	43.528.502
71.049.792	69.432.399	68.589.966	65.824.442

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung SGB VIII § 9

Fortschreibung für 2018 bis 2021 mit der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre 2015-2017

Ausgaben	2015	2016	2017	2013-2015
kreisfreie Städte	78.106.830	83.724.495	83.119.741	81.650.355
Landkreise	160.241.699	170.628.911	172.573.095	167.814.568
Summe	238.348.529	254.353.406	255.692.836	249.464.923

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
28,80	27,73	26,99	25,52

kom. Finanzbedarf minus sonst. Nettotransfer PG 363	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	76.872.640	83.307.955	83.119.741
Landkreise	157.709.670	169.780.011	172.573.095
Summe	234.582.310	253.087.966	255.692.836

Fortschreibung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
83.936.565	84.859.867	85.793.326	86.737.052
177.044.369	180.054.124	183.115.044	186.227.999
260.980.934	264.913.991	268.908.369	272.965.052

kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 9 2018	BEZ § 9 2019	BEZ § 9 2020	BEZ § 9 2021
24.173.731	23.531.641	23.155.619	22.135.296
50.988.778	49.929.008	49.422.750	47.525.385
75.162.509	73.460.649	72.578.369	69.660.681

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung Schülerbeförderung § 10

Fortschreibung für 2018 bis 2021 mit der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre 2015-2017

Ausgaben	2015 auf Preisniveau 2017	2016 auf Preisniveau 2017	2017	2015-2017
kreisfreie Städte	8.590.470	8.792.320	8.851.932	8.744.907
Landkreise	69.408.738	66.981.552	70.525.317	68.971.869
Summe	77.999.208	75.773.871	79.377.249	77.716.776

Anteil Land 2018	Anteil Land 2019	Anteil Land 2020	Anteil Land 2021
28,80	27,73	26,99	25,52

kom. Finanzbedarf minus sonst. Nettotransfer PG 241	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	8.404.758	8.653.858	8.851.932
Landkreise	67.908.238	65.926.724	70.525.317
Summe	76.312.996	74.580.582	79.377.249

Fortschreibung Ø Entwicklung 2018	Fortschreibung 2019	Fortschreibung 2020	Fortschreibung 2021
8.989.764	9.088.652	9.188.627	9.289.702
72.765.322	74.002.332	75.260.372	76.539.798
81.755.086	83.090.984	84.448.999	85.829.500

kom. Finanzbedarf insgesamt	2015	2016	2017
kreisfreie Städte	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041
Landkreise	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858
Summe	2.054.803.061	2.206.399.071	2.228.256.899

BEZ § 10 2018	BEZ § 10 2019	BEZ § 10 2020	BEZ § 10 2021
2.589.052	2.520.283	2.480.010	2.370.732
20.956.413	20.520.847	20.312.774	19.532.957
23.545.465	23.041.130	22.792.784	21.903.689

Evaluierung FAG 2018

Besondere Ergänzungszuweisung Straßenunterhaltung § 11

Name	Kreisstraßen 01.01.2016 in km	Festbetrag je km	FAG 2018
kreisfreie Städte	80,611	5.400	435.299
Landkreise	4.243,535	5.400	22.915.089
Summe	4.324,146	5.400	23.350.388

Kreisstraßen	01.01.2016
DE	32,132
HAL	12,978
MD	35,501
LK SAW	510,939
LK ABI	418,508
LK BK	589,182
LK BLK	373,445
LK HZ	387,351
LK JL	240,863
LK MSH	217,100
LK SK	348,478
LK SLK	365,756
LK STD	472,122
LK WB	319,791

Beträge in Mio Euro	Ist		Prognose				
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Grundsteuer A	23,0	24,0	24,0	24,0	24,0	25,0	25,0
Grundsteuer B	223,0	228,0	233,0	235,0	238,0	245,0	249,0
Gewerbsteuer (Brutto)	677,0	862,0	822,0	803,0	819,0	819,0	848,0
./.. Gewerbesteuerumlage	62,0	98,0	86,0	82,0	84,0	82,0	85,0
Gewerbsteuer (Netto)	615,0	764,0	736,0	720,0	735,0	737,0	763,0
Gemeindeanteil an der Lohn- u. Einkommensteuer und Abgeltungsteuer	527,0	540,0	573,0	602,0	643,0	671,0	708,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	105,0	101,0	130,0	150,0	146,0	150,0	153,0
Eigene Steuern	1.463,0	1.657,0	1.696,0	1.731,0	1.786,0	1.827,0	1.898,0
Örtliche Steuern	20,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Zusammen	1.514,0	1.679,0	1.718,0	1.753,0	1.808,0	1.849,0	1.920,0

Fortschreibung des Kommunalen konsumtiven Finanzbedarfs 2018 bis 2021
Durchschnittliche Entwicklung 2015 bis 2017

Kennzahl	kreisfreie Städte	LK	kreisangehörige Gem. unf VBG	Summe
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015	1.050.802.719 €	1.004.000.342 €	1.575.182.827 €	3.629.985.888 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2016	1.089.108.474 €	1.117.290.597 €	1.609.963.722 €	3.816.362.793 €
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017	1.110.427.041 €	1.117.829.858 €	1.642.873.942 €	3.871.130.841 €

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 auf Preisniveau 2017	1.074.021.256 €	1.026.184.734 €	1.609.988.067 €	3.710.194.056 €	Hier erfolgt nur eine Anpassung an das Preisniveau 2017. Da hier Ist-Daten vorliegen.
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2016 auf Preisniveau 2017	1.106.534.210 €	1.135.167.247 €	1.635.723.142 €	3.877.424.598 €	
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017	1.110.427.041 €	1.117.829.858 €	1.642.873.942 €	3.871.130.841 €	
Durchschnittlicher kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 auf Preisniveau 2017	1.096.994.169 €	1.093.060.613 €	1.629.528.383 €	3.819.583.165 €	

Durchschnittlicher kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung 2015-2017	1.127.710.006 €	1.153.178.946 €	1.663.748.479 €	3.944.637.431 €
---	------------------------	------------------------	------------------------	------------------------

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2018 fortgeschrieben auf 2019 mit Ø Entwicklung 2015-2017	1.159.285.886 €	1.216.603.788 €	1.698.687.197 €	4.074.576.871 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2019 fortgeschrieben auf 2020 mit Ø Entwicklung 2015-2017	1.191.745.891 €	1.283.516.996 €	1.734.359.628 €	4.209.622.515 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2020 fortgeschrieben auf 2021 mit Ø Entwicklung 2015-2017	1.225.114.776 €	1.354.110.431 €	1.770.781.180 €	4.350.006.387 €
---	-----------------	-----------------	-----------------	-----------------

Fortschreibung des sonstigen Nettotransfers 2018 bis 2021
Durchschnittliche Entwicklung 2015 bis 2017

Durchschnittliche Entwicklung 2015 bis 2017	kreisfreie Städte	LK	kreisangehörige Gem. unf VBG	Summe
sonstiger Nettotransfer 2015	257.200.841 €	551.236.936 €	64.989.059 €	873.426.836 €
sonstiger Nettotransfer 2016	300.339.500 €	680.657.965 €	61.916.109 €	1.042.913.574 €
sonstiger Nettotransfer 2017	298.483.877 €	649.294.788 €	62.510.141 €	1.010.288.806 €

sonstiger Nettotransfer 2015 auf Preisniveau 2017	262.883.951 €	563.417.067 €	66.425.057 €	892.726.075 €	Hier erfolgt nur eine Anpassung an das Preisniveau 2017. Da hier Ist-Daten vorliegen.
sonstiger Nettotransfer 2016 auf Preisniveau 2017	305.144.932 €	691.548.492 €	62.906.767 €	1.059.600.191 €	
sonstiger Nettotransfer 2017	298.483.877 €	649.294.788 €	62.510.141 €	1.010.288.806 €	

sonstiger Nettotransfer 2015-2017 auf Preisniveau 2017	288.837.587 €	634.753.449 €	63.947.322 €	987.538.358 €
---	----------------------	----------------------	---------------------	----------------------

0 €

sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung 2015-2017	311.078.081 €	688.707.492 €	62.732.323 €	1.062.517.896 €
---	----------------------	----------------------	---------------------	------------------------

sonstiger Nettotransfer 2018 fortgeschrieben auf 2019 mit Ø Entwicklung 2015-2017	335.031.093 €	747.247.629 €	61.540.409 €	1.143.819.131 €
--	----------------------	----------------------	---------------------	------------------------

sonstiger Nettotransfer 2019 fortgeschrieben auf 2020 mit Ø Entwicklung 2015-2017	360.828.487 €	810.763.677 €	60.371.141 €	1.231.963.305 €
--	----------------------	----------------------	---------------------	------------------------

sonstiger Nettotransfer 2020 fortgeschrieben auf 2021 mit Ø Entwicklung 2015-2017	388.612.280 €	879.678.590 €	59.224.089 €	1.327.514.959 €
--	----------------------	----------------------	---------------------	------------------------

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Teuerungsrate für Sachsen-Anhalt laut Statistischem Landesamt (durch 100-1)	0,015	0,011	0,005	0,006	0,016				
Teuerungsrate für Deutschland laut Jahresprojektion Bundesregierung (31.01.2018) (durch 100 minus 1)						0,016	0,018	0,019	0,019

2011-2017					2015-2017			
Durchschnittliche Entwicklung	Insg.	KS	LK	GV	Insg.	KS	LK	GV
Kommunaler Finanzbedarf	0,038	0,051	0,050	0,022	0,032	0,028	0,055	0,021
Sonstiger Nettotransfer	0,097	0,084	0,095	0,231	0,075	0,077	0,085	-0,019
Kommunaler Finanzbedarf minus sonstiger Nettotransfer	0,022	0,040	0,006	0,018	0,018	0,011	0,017	0,022

Evaluierung FAG 2018
Tilgungsbeitragsberechnung 2018 bis 2021

Anlage 3

	Kreisfreie Städte	Landkreise	kreisangehörige Gemeinden	Insgesamt
Schuldenstand 2016	208.110.069	462.458.404	917.015.561	1.587.584.034
STARK II bis 2016	261.256.667	317.659.088	532.066.473	1.110.982.228
Tilgungsanteil von 30 % des Landes	78.377.000	95.297.726	159.619.942	333.294.668
Tilgungsraten gg. IB bis 2016	78.913.057	78.729.418	126.447.990	284.090.465
Schuldenstand bei IB 2016	103.966.610	143.631.944	245.998.541	493.597.095
Schulden Rest 2016	104.143.459	318.826.460	671.017.020	1.093.986.939
STARK II 2017	0	13.068.063	20.754.198	33.822.261
Tilgungsanteil von 30 % des Landes	0	3.920.419	6.226.259	10.146.678
Tilgung 2017	17.823.483	23.168.931	38.922.279	79.914.692
Schuldenstand bei IB 2017	86.143.127	129.610.657	221.604.201	437.357.986
Schulden Rest 2017	104.143.459	305.758.397	650.262.822	1.060.164.678
Tilgungsrate gegenüber IB (2018)	18.102.992	23.928.303	40.257.687	82.288.982
%-Anteil an Schulden Rest	10.414.346	30.575.840	65.026.282	106.016.468
Tilgungsbeitrag 2018	28.517.338	54.504.143	105.283.969	188.305.450
STARK II 2018	0	10.094.217	12.161.944	22.256.161
Tilgungsanteil von 30 % des Landes	0	3.028.265	3.648.583	6.676.848
Tilgung 2018	18.102.992	23.928.303	40.257.687	82.288.982
Schuldenstand bei IB 2018	68.040.135	112.748.306	189.859.875	370.648.316
Schulden Rest 2018	104.143.459	295.664.180	638.100.878	1.037.908.517
Tilgungsrate gegenüber IB (2019)	18.431.287	25.833.559	41.963.053	86.227.899
%-Anteil an Schulden Rest	10.414.346	29.566.418	63.810.088	103.790.852
Tilgungsbeitrag 2019	28.845.633	55.399.977	105.773.141	190.018.751
STARK II 2019	0	16.816.258	12.369.688	29.185.946
Tilgungsanteil von 30 % des Landes	0	5.044.877	3.710.906	8.755.784
Tilgung 2019	18.431.287	25.833.559	41.963.053	86.227.899
Schuldenstand bei IB 2019	49.608.848	98.686.128	156.555.603	304.850.579
Schulden Rest 2019	104.143.459	278.847.922	625.731.190	1.008.722.571
Tilgungsrate gegenüber IB (2020)	17.697.780	25.332.543	41.351.234	84.381.556
%-Anteil an Schulden Rest	10.414.346	27.884.792	62.573.119	100.872.257
Tilgungsbeitrag 2020	28.112.126	53.217.335	103.924.353	185.253.814
STARK II 2020	0	2.550.639	3.816.075	6.366.714
Tilgungsanteil von 30 % des Landes	0	765.192	1.144.823	1.910.014
Tilgung 2019	17.697.780	25.332.543	41.351.234	84.381.556
Schuldenstand bei IB 2020	31.911.068	75.139.033	117.875.622	224.925.723
Schulden Rest 2020	104.143.459	276.297.283	621.915.115	1.002.355.857
Tilgungsrate gegenüber IB (2021)	14.339.518	21.899.253	36.193.398	72.432.169
%-Anteil an Schulden Rest	10.414.346	27.629.728	62.191.511	100.235.586
Tilgungsbeitrag 2021	24.753.864	49.528.981	98.384.909	172.667.754

Tilgungsanteil ohne STARK II	Kreisfreie Städte	Landkreise	kreisangehörige Gemeinden
	10,00	10,00	10,00

31.12.2016	Kreisfreie Städte	Landkreise	kreisangehörige Gemeinden
Kassenkredite	419.746.402	341.193.179	710.096.764
Wertpapier	0	0	0
investive Kredite	216.521.696	455.277.184	905.807.247
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0	119.337	2.328.627
ÖPP Vertrag	161.676.786	25.693.017	19.613.436
ÖPP Zahlungen	170.088.413	18.631.134	10.733.749
ÖPP Restsumme	-8.411.627	7.061.883	8.879.687
Summe	627.856.471	803.651.583	1.627.112.325
Summe ohne Kassenkredit	208.110.069	462.458.404	917.015.561

Diese Beträge werden im Schuldenstand berücksichtigt.

Korrekturen von höheren bzw.
niedrigeren Bundeszuweisungen bzw. zusätzliche Belastungen der Kommunen durch den Bund

Planansätze	2015-2017	2018	
Belastung durch das Unterhaltsvorschussgesetz (hier Kommunen (siehe Erläuterungen))			
Produktgruppe 341 Kommunen ZBIV	34.629.357	41.066.181	hier <u>höhere</u> Ausgaben für Kommunen
im Vergleich zum Durchschnitt 2015-2017		6.436.825	Hier Berechnung durch Anwendung der prozentualen Steigerung (siehe Planansätze) der Ausgaben beim Land incl. Finanzierungsanteil des Bundes
davon KS		1.987.691	
davon LK		4.449.133	

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden aus Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze Kinder unter 3 Jahren			
Kapitel 0517 Titel 633 64	29.964.000	47.621.000	hier <u>höhere</u> Zuweisungen an Kommunen (Bund)
im Vergleich zum Durchschnitt 2015-2017		17.657.000	

Kosten KDU (Anteil Bund) (Schätzung anhand Ø Entwicklung der Jahre 2015-2017)			
Bundesbeteiligung KdU gesamt ohne BuT nach § 46 Abs. 8 SGB II	174.866.647	198.021.518	hier <u>höhere</u> Zuweisungen an Kommunen (Bund)
im Vergleich zum Durchschnitt 2015-2017		23.154.871	
davon KS		7.658.424	
Davon LK		15.496.447	

HARTZ IV SoBEZ			
Weiterreichung an Kommunen	108.333.333	81.000.000	hier <u>niedrigere</u> Zuweisungen an Kommunen (Bund)
im Vergleich zum Durchschnitt 2015-2017		-27.333.333	
davon KS		-8.952.253	
Davon LK		-18.381.080	

Planansätze	2015	2016	2017	2018	Veränderung 2018/2017
Belastung durch das Unterhaltsvorschussgesetz beim Land					
Kapitel 0517 Titel 633 67	23.943.829	27.463.200	30.345.900	35.564.000	17,20%
Die Veränderung 2018/2017 ist im Wesentlichen mitbestimmt durch die Erhöhung des Bundesanteils von 33 Prozent auf 40 Prozent. Daher ist für die Jahre 2017 und 2018 auf die prozentuale Veränderung der Gesamtausgaben 2017/2018 abzustellen. danach ergibt sich lediglich ein Steigerungssatz von:					14,90%

Erläuterung: Haushaltsplan 2017/2018 Einzelplan 0517.

Ab 01.07.2017 trägt der Bund 40 % und Land und Kommunen je 30%. in den Vorjahren galt eine Drittelaufteilung der Ausgaben.

Belastung durch das Unterhaltsvorschussgesetz bei den Kommunen				Ø 2015-2017	% Anteil
JR 2015/2016 PG 341 kommunaler konsumtiver Finanzbedarf +Anteil lt. Kassenstatistik 2017	34.453.864	33.693.404	35.740.802	34.629.357	100,00%
davon KS	10.840.118	10.279.720	10.959.352	10.693.063	30,88%
Davon LK	23.613.746	23.413.684	24.781.450	23.936.293	69,12%

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden aus Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten (Plätze Kinder unter 3 J)				Ø 2015-2017
Kapitel 0517 Titel 633 64	22.415.000	22.177.000	45.300.000	29.964.000

Verteilung nach:

Kinder unter drei Jahren	2018	% Anteil 2018
KS	15.092	29,85%
LK	35.463	70,15%
Land	50.555	100,00%

Kosten KDU (Anteil Bund)				Ø 2015-2017	Prozent Ø
Bundesbeteiligung KdU gesamt ohne BuT nach § 46 Abs. 8 SGB II	159.102.785	164.816.008	200.681.148	174.866.647	100,00%
davon KS	50.432.871	53.760.249	69.317.194	57.836.771	33,07%
davon LK	108.669.914	111.055.760	131.363.954	117.029.876	66,93%

HARTZ IV SoBEZ				Ø 2015-2017	Prozent Ø
Zahlungen Land 2015 bis 2017	122.000.000	122.000.000	81.000.000	108.333.333	100,00%
davon KS	38.671.920,46	39.794.376,69	27.978.177,05	35.481.491,40	32,75%
davon LK	83.328.079,54	82.205.623,31	53.021.822,95	72.851.841,93	67,25%

**Evaluierung FAG 2018
Best Practice LSA 2015 - 2017**

Anlage 5

"Korridor" 50-110 auf Basis kommunaler Finanzbedarf

Name	Einwohner Ø 2015-2016	kommunaler konsumtiver Finanzbedarf IV 2015-2017	kommunaler konsumtiver Finanzbedarf pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
3 kreisfreie Städte				
Insgesamt	553.410	1.083.446.078	1.957,76	1.083.446.078
Differenz				0
11 Landkreise				
Insgesamt	1.681.837	1.079.706.933	641,98	1.078.058.232
Differenz				-1.648.701
insbesondere: LK Stendal				
22 Mittelzentren				
Insgesamt	669.517	708.502.488	1.058,23	697.163.683
Differenz				-11.338.805
insbesondere: , Stadt Zeitz, Lutherstadt Wittenberg, Stadt Bernburg (Saale)				
90 Einheitsgemeinden bzw. Verbandsgemeinden (einschließl. Mitgliedsgemeinden) ohne 7 Abundante				
Insgesamt	937.592	794.022.080	846,87	780.057.336
Differenz				-13.964.744
insbesondere: Stadt Blankenburg (Harz), Stadt Oberharz am Brocken, Stadt Barby, Stadt Könnern, Stadt Nienburg (Saale), Stadt Coswig (Anhalt), Stadt Bad Schmiedeberg, Hansestadt Havelberg, Stadt Jessen (Elster), Stadt Zahna-Elster, Verbandsgemeinde Elbe-Heide, Verbandsgemeinde Wethautal, Verbandsgemeinde Egelner Mulde, Verbandsgemeinde Saale-Wipper				
126 Kommunen insgesamt				
Insgesamt	2.235.247	3.665.677.579	1.639,94	3.638.725.328
Differenz				-26.952.251

**Evaluierung FAG 2018
Best Practice LSA 2015 - 2017
kreisfreie Städte**

Anlage 5

Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
Dessau-Roßlau, Stadt	146.875.189	156.125.848	152.838.082	82.774	82.505	82.640	151.946.373	1.839	1.839	151.946.373
Halle (Saale), Stadt	451.630.868	473.966.062	477.051.450	232.574	238.005	235.290	467.549.460	1.987	1.987	467.549.460
Magdeburg, Landeshauptstadt	452.296.662	459.016.564	480.537.509	232.824	238.136	235.480	463.950.245	1.970	1.970	463.950.245
insgesamt	1.050.802.719	1.089.108.474	1.110.427.041	548.172	558.646	553.410	1.083.446.078	1.958		1.083.446.078
Differenz										0

Evaluierung FAG 2018
Best Practice LSA 2015 - 2017
kreisfreie Städte

Anlage 5

Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
LK Altmarkkreis Salzwedel	50.483.017	55.392.042	67.542.133	86.164	85.236	85.700	57.805.731	675	675	57.805.731
LK Anhalt-Bitterfeld	95.040.936	104.949.283	105.557.837	164.817	163.100	163.672	101.849.352	622	622	101.849.352
LK Börde	88.406.045	110.637.710	102.804.477	173.473	172.959	173.130	100.616.077	581	581	100.616.077
LK Burgenland	119.520.657	128.300.277	119.688.588	184.081	183.174	183.476	122.503.174	668	668	122.503.174
LK Harz	125.119.341	140.594.591	149.463.032	221.366	219.643	220.217	138.392.321	628	628	138.392.321
LK Jerichower Land	53.574.136	60.947.402	65.302.616	91.693	91.345	91.461	59.941.385	655	655	59.941.385
LK Mansfeld-Südharz	88.700.612	99.568.736	102.493.489	141.408	139.781	140.323	96.920.946	691	691	96.920.946
LK Saalekreis	108.280.507	112.718.301	109.987.829	186.431	185.951	186.111	110.328.879	593	593	110.328.879
LK Salzland	123.380.055	132.566.024	128.366.343	196.695	194.575	195.282	128.104.141	656	656	128.104.141
LK Stendal	79.100.864	84.869.626	83.935.723	115.262	114.393	114.683	82.635.404	721	706	80.986.703
LK Wittenberg	72.394.172	86.746.605	82.687.791	128.447	127.449	127.782	80.609.523	631	631	80.609.523
insgesamt	1.004.000.342	1.117.290.597	1.117.829.858	1.689.837	1.677.606	1.681.837	1.079.706.933	642		1.078.058.232
Differenz										-1.648.701

Evaluierung FAG 2018
Best Practice LSA 2015 - 2017
kreisfreie Städte

Anlage 5

AGS 8	Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
08145500	Salzwedel, Hansestadt	24.285.122	24.317.613	21.535.382	24.410	24.199	24.305	23.379.372	962	962	23.379.372
08201500	Bitterfeld-Wolfen, Stadt	42.844.552	45.505.302	43.630.321	40.480	39.843	40.162	43.993.392	1.095	1.095	43.993.392
08218000	Köthen (Anhalt), Stadt	25.821.857	26.463.165	25.675.399	26.519	26.281	26.400	25.986.807	984	984	25.986.807
08243000	Zerbst/Anhalt, Stadt	20.405.668	20.573.846	21.470.241	22.055	21.876	21.966	20.816.585	948	948	20.816.585
08327000	Haldensleben, Stadt	14.652.234	18.500.477	24.341.474	19.439	19.246	19.343	19.164.728	991	991	19.164.728
08341500	Oschersleben (Bode), Stadt	19.298.726	19.961.721	19.775.272	19.883	19.953	19.918	19.678.573	988	988	19.678.573
08435500	Naumburg (Saale), Stadt	32.275.233	34.172.422	33.669.987	33.012	32.784	32.898	33.372.547	1.014	1.014	33.372.547
08455000	Weißenfels, Stadt	38.514.008	43.120.062	41.803.822	40.398	40.671	40.535	41.145.964	1.015	1.015	41.145.964
08459000	Zeitz, Stadt	37.207.953	36.902.572	37.979.790	29.052	28.826	28.939	37.363.438	1.291	1.164	33.686.507
08513500	Halberstadt, Stadt	41.714.476	40.683.397	41.796.513	43.768	42.980	43.374	41.398.129	954	954	41.398.129
08523500	Quedlinburg, Stadt	27.903.891	24.437.238	26.863.394	24.555	24.411	24.483	26.401.508	1.078	1.078	26.401.508
08537000	Wernigerode, Stadt	33.990.632	37.567.064	37.655.088	33.108	32.911	33.010	36.404.261	1.103	1.103	36.404.261
08601500	Burg, Stadt	23.224.872	24.315.879	26.329.383	22.970	22.834	22.902	24.623.378	1.075	1.075	24.623.378
08713000	Eisleben, Lutherstadt	23.869.058	24.326.630	25.350.091	24.198	23.940	24.069	24.515.260	1.019	1.019	24.515.260
08737000	Sangerhausen, Stadt	27.998.099	24.227.292	28.393.785	27.752	27.265	27.509	26.873.059	977	977	26.873.059
08822000	Merseburg, Stadt	29.997.326	29.912.667	30.902.373	34.052	33.931	33.992	30.270.789	891	891	30.270.789
08901500	Aschersleben, Stadt	27.453.050	28.052.339	27.503.625	27.793	27.751	27.772	27.669.671	996	996	27.669.671
08903000	Bernburg (Saale), Stadt	38.479.138	41.680.172	42.361.566	33.920	33.536	33.728	40.840.292	1.211	1.164	39.261.153
08930500	Schönebeck (Elbe), Stadt	31.834.433	35.168.444	36.315.742	31.366	31.063	31.215	34.439.540	1.103	1.103	34.439.540
08931000	Staßfurt, Stadt	27.270.846	27.607.324	27.895.887	26.634	26.173	26.404	27.591.352	1.045	1.045	27.591.352
09053500	Stendal, Hansestadt	40.897.944	42.809.126	43.814.003	40.269	40.164	40.217	42.507.024	1.057	1.057	42.507.024
09137500	Wittenberg, Lutherstadt	60.119.655	56.468.993	63.611.808	46.475	46.276	46.376	60.066.819	1.295	1.164	53.984.085
	insgesamt	690.058.773	706.773.745	728.674.946	672.108	666.914	669.517	708.502.488	1.058	22.788	697.163.683
	Differenz										-11.338.805

Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden ohne Mittelzentren

AGS 8	Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
08103000	Arendsee (Altmark), Stadt	5.431.830	5.536.609	5.330.555	6.929	6.850	6.876	5.432.998	790	790	5.432.998
08113500	Gardelegen, Hansestadt	18.706.895	18.260.120	19.119.753	23.148	22.826	22.933	18.695.589	815	815	18.695.589
08124000	Kalbe (Milde), Stadt	5.958.611	5.720.967	5.932.919	7.787	7.689	7.722	5.870.832	760	760	5.870.832
08128000	Klötze, Stadt	7.449.667	7.940.751	7.822.498	10.284	10.201	10.229	7.737.639	756	756	7.737.639
08195151	VbG Beetzendorf-Diesdorf	10.306.227	10.658.626	9.760.986	13.606	13.471	13.516	10.241.946	758	758	10.241.946
08200500	Aken (Elbe), Stadt	7.345.547	6.281.910	6.519.520	7.799	7.754	7.769	6.715.659	864	864	6.715.659
08224100	Muldestausee	9.245.120	9.886.117	10.280.147	11.899	11.743	11.795	9.803.795	831	831	9.803.795
08225600	Osternienburger Land	7.275.851	7.644.198	7.448.686	8.867	8.806	8.826	7.456.245	845	845	7.456.245
08230100	Raguhn-Jeßnitz, Stadt	6.948.281	7.129.970	7.065.313	9.493	9.307	9.369	7.047.855	752	752	7.047.855
08234000	Sandersdorf-Brehna, Stadt	12.476.171	15.308.732	11.689.230	14.478	14.530	14.513	13.158.044	907	907	13.158.044
08237700	Südliches Anhalt, Stadt	10.574.857	11.420.742	12.508.043	13.810	13.588	13.662	11.501.214	842	842	11.501.214
08244000	Zörbig, Stadt	6.780.792	7.020.022	7.355.607	9.417	9.372	9.387	7.052.140	751	751	7.052.140
08304000	Barleben	23.847.705	13.742.726	16.427.024	9.229	9.300					
08329800	Hohe Börde	14.715.344	15.057.511	16.292.670	18.168	18.352	18.291	15.355.175	839	839	15.355.175
08339000	Niedere Börde	5.819.893	5.384.616	5.688.392	7.066	7.121	7.103	5.630.967	793	793	5.630.967
08341100	Oebisfelde-Weferlingen, Stadt	10.689.935	11.058.746	13.676.458	13.916	13.889	13.898	11.808.380	850	850	11.808.380
08349000	Sülzetal	8.716.213	8.348.864	8.462.200	9.070	8.917					
08353100	Wanzleben-Börde, Stadt	12.439.820	12.543.863	10.989.756	14.225	14.175	14.192	11.991.146	845	845	11.991.146
08356500	Wolmirstedt, Stadt	10.083.554	9.138.505	9.329.885	11.620	11.475	11.523	9.517.315	826	826	9.517.315
08395151	VbG Elbe-Heide	16.532.482	15.659.327	16.253.849	13.488	13.387	13.421	16.148.553	1.203	932	12.502.482
08395252	VbG Flechtingen	10.566.553	11.228.021	10.877.214	13.538	13.508	13.518	10.890.596	806	806	10.890.596
08395353	VbG Obere Aller	10.095.039	10.659.577	10.560.331	14.954	14.854	14.887	10.438.316	701	701	10.438.316
08395454	VbG Westliche Börde	6.740.252	6.737.096	7.110.012	8.877	8.782	8.814	6.862.453	779	779	6.862.453
08413000	Elsteraue	7.806.812	7.913.171	7.321.648	8.452	8.411	8.425	7.680.544	912	912	7.680.544
08423500	Hohenmölsen, Stadt	7.968.170	7.825.854	7.906.126	9.822	9.696	9.738	7.900.050	811	811	7.900.050
08431500	Lützen, Stadt	7.306.819	11.598.206	20.212.590	8.625	8.612					
08449000	Teuchern, Stadt	6.415.945	6.748.982	6.884.692	8.262	8.176	8.205	6.683.206	815	815	6.683.206
08495151	VbG An der Finne	10.073.724	9.922.204	9.870.869	11.924	11.901	11.909	9.955.599	836	836	9.955.599
08495252	VbG Droyßiger-Zeitzer Forst	7.713.267	7.740.611	7.969.871	9.147	9.017	9.060	7.807.916	862	862	7.807.916
08495353	VbG Unstruttal	12.787.222	13.580.179	13.469.301	16.135	15.896	15.976	13.278.901	831	831	13.278.901
08495454	VbG Wethautal	9.142.423	9.607.900	9.450.720	9.252	9.184	9.207	9.400.348	1.021	932	8.576.884
08504000	Ballenstedt, Stadt	6.585.897	6.703.954	6.645.306	9.130	9.033	9.065	6.645.052	733	733	6.645.052
08505500	Blankenburg (Harz), Stadt	19.407.522	19.441.056	18.935.532	20.294	20.189	20.224	19.261.370	952	932	18.839.893
08511000	Falkenstein/Harz, Stadt	4.385.555	4.138.973	3.975.235	5.510	5.419	5.449	4.166.588	765	765	4.166.588
08514500	Harzgerode, Stadt	6.472.785	5.087.959	6.855.135	8.068	7.906	7.960	6.138.626	771	771	6.138.626
08518500	Huy	5.653.144	6.040.393	5.927.076	7.340	7.282	7.301	5.873.538	804	804	5.873.538
08519000	Ilseburg (Harz), Stadt	7.403.868	7.285.121	7.854.370	9.475	9.491	9.486	7.514.453	792	792	7.514.453
08522700	Nordharz	6.257.855	6.146.247	6.003.125	7.867	7.912	7.897	6.135.742	777	777	6.135.742

Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden ohne Mittelzentren

AGS 8	Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
08522800	Oberharz am Brocken, Stadt	11.728.628	10.800.614	7.736.625	10.771	10.731	10.744	10.088.622	939	932	10.008.693
08523000	Osterwieck, Stadt	8.303.783	9.709.384	9.801.337	11.292	11.221	11.245	9.271.501	824	824	9.271.501
08533000	Thale, Stadt	15.553.404	16.611.832	15.945.700	17.639	17.708	17.685	16.036.979	907	907	16.036.979
08595151	VbG Vorharz	9.701.517	9.374.816	9.815.216	12.549	12.449	12.482	9.630.516	772	772	9.630.516
08600500	Biederitz	7.540.472	7.890.639	8.020.667	8.479	8.491	8.487	7.817.259	921	921	7.817.259
08603500	Elbe-Parey	5.083.922	5.016.219	5.135.322	6.958	6.899	6.919	5.078.488	734	734	5.078.488
08604000	Genthin, Stadt	13.686.862	13.604.025	12.222.850	14.610	14.402	14.471	13.171.246	910	910	13.171.246
08605500	Gommern, Stadt	9.036.743	9.597.715	9.544.853	10.540	10.543	10.542	9.393.104	891	891	9.393.104
08608000	Jerichow, Stadt	5.519.159	5.695.310	5.451.469	7.019	6.999	7.006	5.555.313	793	793	5.555.313
08614000	Möckern, Stadt	10.040.437	11.440.506	10.548.605	12.980	13.030	13.013	10.676.516	820	820	10.676.516
08614500	Möser	5.883.651	6.436.390	6.890.109	8.137	8.147	8.144	6.403.383	786	786	6.403.383
08701500	Allstedt, Stadt	6.282.121	6.252.578	6.351.850	7.985	7.839	7.888	6.295.516	798	798	6.295.516
08703100	Arnstein, Stadt	5.107.285	5.275.055	5.426.188	6.831	6.790	6.804	5.269.509	774	774	5.269.509
08716500	Gerbstedt, Stadt	5.631.110	7.890.595	6.841.896	7.462	7.257	7.325	6.787.867	927	927	6.787.867
08722000	Hettstedt, Stadt	11.024.406	13.619.727	11.774.385	14.533	14.444	14.474	12.139.506	839	839	12.139.506
08727500	Mansfeld, Stadt	7.229.958	7.280.120	7.224.279	9.089	8.929	8.982	7.244.786	807	807	7.244.786
08738600	Seegebiet Mansfelder Land	7.750.658	7.579.636	7.824.051	9.132	9.158	9.149	7.718.115	844	844	7.718.115
08741200	Südharz	7.293.585	7.216.682	6.787.338	9.649	9.590	9.610	7.099.202	739	739	7.099.202
08795151	VbG Goldene Aue	7.382.714	7.557.490	7.207.348	9.742	9.639	9.673	7.382.517	763	763	7.382.517
08795252	VbG Mansfelder Grund-Helbra	15.237.952	11.654.127	11.941.979	15.035	14.930	14.965	12.944.686	865	865	12.944.686
08802000	Bad Dürrenberg, Stadt	8.619.462	8.753.266	8.895.524	11.763	11.844	11.817	8.756.084	741	741	8.756.084
08802500	Bad Lauchstädt, Goethestadt	7.278.176	4.533.432	7.061.281	8.817	8.851	8.840	6.290.963	712	712	6.290.963
08806500	Braunsbedra, Stadt	7.933.060	8.055.671	8.474.248	11.167	11.085	11.112	8.154.326	734	734	8.154.326
08815000	Kabelsketal	8.354.325	8.665.113	8.766.566	8.767	8.782					
08819500	Landsberg, Stadt	17.913.158	16.364.352	16.699.414	14.996	15.013					
08820500	Leuna, Stadt	21.863.769	31.018.825	32.834.350	13.832	13.911					
08821600	Wettin-Löbejün, Stadt	7.520.105	6.800.963	6.871.509	9.955	9.903	9.920	7.064.192	712	712	7.064.192
08823500	Mücheln (Geiseltal), Stadt	6.786.220	6.738.345	6.781.854	9.057	8.939	8.978	6.768.806	754	754	6.768.806
08829500	Petersberg	7.090.923	6.908.795	7.299.922	9.677	9.642	9.654	7.099.880	735	735	7.099.880
08830500	Querfurt, Stadt	9.817.656	9.777.157	9.750.310	10.984	10.915	10.938	9.781.708	894	894	9.781.708
08831900	Salzatal	8.545.517	8.828.524	9.406.073	11.566	11.497	11.520	8.926.705	775	775	8.926.705
08833000	Schkopau	12.715.896	13.404.102	13.184.565	10.935	10.905					
08836500	Teutschenthal	9.481.760	9.944.621	10.588.461	12.956	12.893	12.914	10.004.947	775	775	10.004.947
08895151	VbG Weida-Land	5.911.970	5.757.858	5.438.172	7.907	7.840	7.862	5.702.667	725	725	5.702.667
08902600	Barby, Stadt	7.529.856	7.553.193	14.973.973	8.665	8.535	8.578	10.019.007	1.168	932	7.990.932
08904200	Bördeland	5.972.061	6.097.536	5.426.746	7.641	7.589	7.606	5.832.114	767	767	5.832.114
08905500	Calbe (Saale), Stadt	7.352.948	8.464.294	7.912.686	8.994	8.902	8.933	7.909.976	885	885	7.909.976
08917500	Hecklingen, Stadt	5.607.497	6.718.227	5.500.356	7.185	7.146	7.159	5.942.027	830	830	5.942.027

**Evaluierung FAG 2018
Best Practice LSA 2015 - 2017**

Anlage 5

Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden ohne Mittelzentren

AGS 8	Name	KFB 2015	KFB 2016	KFB 2017	Einwohner 2015	Einwohner 2016	Einwohner 2015-2016	KFB 2015-2017	KFB pro Kopf	Korridor 50 - 110 pro Kopf	Korridor 50 - 110 absolut
08919500	Könnern, Stadt	5.966.260	9.342.728	10.470.931	8.603	8.519	8.547	8.593.306	1.005	932	7.962.053
08923500	Nienburg (Saale), Stadt	6.421.826	7.357.177	5.362.470	6.460	6.341	6.381	6.380.491	1.000	932	5.944.292
08930700	Seeland, Stadt	7.394.269	8.294.881	6.223.475	8.257	8.130	8.172	7.304.208	894	894	7.304.208
08995151	VbG Egelner Mulde	9.940.323	11.747.343	9.998.659	10.938	10.766	10.823	10.562.108	976	932	10.082.286
08995252	VbG Saale-Wipper	9.187.446	9.163.981	10.235.552	10.239	10.124	10.162	9.528.993	938	932	9.466.524
09007000	Bismark (Altmark), Stadt	6.256.284	6.312.112	6.223.052	8.418	8.335	8.363	6.263.816	749	749	6.263.816
09022500	Havelberg, Hansestadt	6.353.600	7.097.490	5.379.895	6.619	6.646	6.637	6.276.995	946	932	6.182.771
09041500	Osterburg (Altmark), Hansestadt	8.244.907	7.708.958	8.177.637	10.076	9.973	10.007	8.043.834	804	804	8.043.834
09054600	Tangerhütte, Stadt	8.175.138	8.509.331	8.688.203	11.007	10.884	10.925	8.457.557	774	774	8.457.557
09055000	Tangermünde, Stadt	8.243.734	8.329.463	8.338.802	10.447	10.471	10.463	8.304.000	794	794	8.304.000
09095151	VbG Arneburg-Goldbeck	8.269.774	7.581.397	7.327.283	9.069	9.028	9.042	7.726.151	854	854	7.726.151
09095252	VbG Elbe-Havel-Land	6.348.407	8.020.016	7.603.589	9.251	8.848	8.982	7.324.004	815	815	7.324.004
09095353	VbG Seehausen	7.711.924	7.810.819	7.999.115	10.106	10.044	10.065	7.840.619	779	779	7.840.619
09101000	Annaburg, Stadt	5.581.515	5.316.790	5.303.845	6.932	6.843	6.873	5.400.717	786	786	5.400.717
09102000	Bad Schmiedeberg, Stadt	8.470.406	8.272.135	7.062.617	8.475	8.399	8.424	7.935.053	942	932	7.847.471
09106000	Coswig (Anhalt), Stadt	11.461.761	11.244.164	11.505.313	12.184	12.095	12.125	11.403.746	941	932	11.295.179
09111000	Gräfenhainichen, Stadt	11.209.115	10.666.511	10.855.481	11.944	11.919	11.927	10.910.369	915	915	10.910.369
09114500	Jessen (Elster), Stadt	18.278.139	17.328.956	15.811.626	14.215	14.247	14.236	17.139.574	1.204	932	13.261.705
09116000	Kemberg, Stadt	8.504.666	9.205.171	8.787.383	9.954	9.899	9.917	8.832.407	891	891	8.832.407
09124100	Oranienbaum-Wörlitz, Stadt	8.184.234	7.578.758	7.948.247	8.980	8.493	8.655	7.903.746	913	913	7.903.746
09139100	Zahna-Elster, Stadt	9.479.953	9.265.636	10.755.100	9.288	9.278	9.281	9.833.563	1.060	932	8.645.819
Summe		885.124.054	903.189.977	914.198.996	1.017.729	1.010.692	937.592	794.022.080	847		780.057.336
Differenz											-13.964.744

abundante Kommunen

Verbandsgemeinden

Fortschreibung mit Preisniveau
Nutzung aller Abzugsbeträge

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	3.819.583.165	1.096.994.169	1.093.060.613	1.629.528.383
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	3.880.696.497	1.114.546.076	1.110.549.583	1.655.600.838
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben Preisniveau 2018 + Funktionalreform	3.890.709.156	1.116.771.476	1.118.336.842	1.655.600.838
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2018	-1.003.338.971	-293.458.988	-644.909.504	-64.970.479
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
kommunale Steuereinnahmen 2018 lt. Steuerschätzung Nov 2017	-1.753.000.000	-449.001.421	0	-1.303.998.579
Anrechnung der Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen (Realsteuervergleich 2016)	-140.051.548	-12.117.690	0	-127.933.858
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2018	994.318.637	362.193.377	473.427.338	158.697.922
KdU höhere Zuweisungen des Bundes nach § 46 SGB II	-23.154.871	-7.658.424	-15.496.447	
Korrektur wegen Verringerung der HARTZ IV SoBez ab 2017	27.333.333	8.952.253	18.381.080	
höhere Belastung durch Unterhaltsvorschussgesetz	6.436.825	1.987.691	4.449.133	
Höhere Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze Kinder unter 3 Jahren Kapitel 0517 Titel 633 64	-17.657.000	-5.452.482	-12.204.518	
Korrektur nach Benchmark mittels Best Practice LSA	-26.952.251	0	-1.648.701	-25.303.549
Zuschlag für Oberzentren	11.145.461	11.145.461		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018	971.470.134	371.167.877	466.907.885	133.394.372
Tilgungsbeitrag	188.305.450	28.517.338	54.504.143	105.283.969
Finanzausgleichsmasse 2018 ohne Investitionspauschale und Ausgleichsstock	1.159.775.584	399.685.215	521.412.028	238.678.341
Vergleich zum Gesetz 2018	-278.224.416	-27.363.658	-8.409.496	-242.451.262
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018	1.349.775.584	430.935.215	546.412.028	307.428.341
Vergleich zum Gesetz 2018	-278.224.416	-24.718.162	-11.054.992	-242.451.262
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 insgesamt 2018	1.628.000.000	455.653.377	557.467.020	549.879.603

Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf Preisniveau 2017	3.819.583.165	1.096.994.169	1.093.060.613	1.629.528.383
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015-2017 fortgeschrieben mit Ø Entwicklung auf 2018	3.944.637.431	1.127.710.006	1.153.178.946	1.663.748.479
Funktionalreformgesetz § 5	10.012.659	2.225.400	7.787.259	0
kommunaler konsumtiver Finanzbedarf 2015 - 2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung + Funktionalreform	3.954.650.090	1.129.935.406	1.160.966.205	1.663.748.479
sonstiger Nettotransfer 2015-2017 fortgeschrieben auf 2018 mit Ø Entwicklung	-1.062.517.896	-311.078.081	-688.707.492	-62.732.323
Nettosteureinnahmen 2015-2017	1.631.956.066	417.998.056	0	1.213.958.010
Nettosteureinnahmen 2018 nach Steuerschätzung November 2017	-1.753.000.000	-449.001.421	0	-1.303.998.579
Anrechnung der Nichtausschöpfung eigener Steuerquellen (Realsteuervergleich 2016)	-140.051.548	-12.117.690	0	-127.933.858
Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2017	999.080.646	357.738.214	472.258.713	169.083.719
KdU höhere Zuweisungen des Bundes nach § 46 SGB II	-23.154.871	-7.658.424	-15.496.447	
Korrektur wegen Verringerung der HARTZ IV SoBez ab 2017	27.333.333	8.952.253	18.381.080	
höhere Belastung durch Unterhaltsvorschussgesetz	6.436.825	1.987.691	4.449.133	
Höhere Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten für Plätze Kinder unter 3 Jahren Kapitel 0517 Titel 633 64	-17.657.000	-5.452.482	-12.204.518	
Korrektur nach Benchmark mittels Best Practice LSA	-26.952.251	0	-1.648.701	-25.303.549
Zuschlag für Oberzentren	11.277.100	11.277.100		
bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse 2018	976.363.782	366.844.353	465.739.260	143.780.169
Tilgungsbeitrag	188.305.450	28.517.338	54.504.143	105.283.969
Finanzausgleichsmasse 2018 ohne Investitionspauschale und Ausgleichsstock	1.164.669.232	395.361.691	520.243.403	249.064.138
Vergleich zum Gesetz 2018	-273.330.768	-31.687.182	-9.578.121	-232.065.465
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 ohne § 16 und § 17	1.438.000.000	427.048.873	529.821.524	481.129.603
Investitionspauschale	150.000.000			
§ 16 Abs. 2	25.000.000			
§ 16 Abs. 3	125.000.000	31.250.000	25.000.000	68.750.000
Ausgleichsstock	40.000.000			
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018	1.354.669.232	426.611.691	545.243.403	317.814.138
Vergleich zum Gesetz 2018	-273.330.768	-29.041.686	-12.223.617	-232.065.465
Finanzausgleichsmasse Gesetz 2018 insgesamt 2018	1.628.000.000	455.653.377	557.467.020	549.879.603

Evaluierung FAG 2018
Auftragskostenpauschale - Übersicht Zuordnung -

Anlage 7

PG	Bezeichnung	ÜWK			eigener WK Pflicht			eigener WK freiwillig		
		KS	LK	GV	KS	LK	GV	KS	LK	GV
111	Verwaltungssteuerung und Service	9	9	2	81	81	88	10	10	10
121	Statistik und Wahlen	90	90	80	10	10	20			
122	Ordnungsangelegenheiten	100	100	100	0		0			
126	Brandschutz	25	25	0	75	75	100			
127	Rettungsdienst	0	25	0	100	75				100
128	Katastrophenschutz	100	100	0		0				100
211	Grundschulen				100	100	100			
216	Sekundarschulen				100	100	100			
217	Gymnasien				100	100	100			
218	Gesamtschulen				100	100	100			
219	Gemeinschaftsschulen				100	100	100			
221	Förderschulen				100	100				100
231	Berufsbildende Schulen				100	100				100
241	Schülerbeförderung				100	100				100
242	Fördermaßnahmen für Schüler							100	100	100
243	Sonstige schulische Aufgaben				100	100	100	0		
251	Wissenschaft und Forschung							100	100	100
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen							100	100	100
253	Zoologische und Botanische Gärten							100	100	100
261	Theater				0	0	0	100	100	100
262	Musikpflege							100	100	100
263	Musikschulen				25	25	0	75	75	100
271	Volkshochschulen				25	25	0	75	75	100
272	Bibliotheken, Büchereien							100	100	100
273	Sonstige Volksbildung							100	100	100
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege							100	100	100
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften							100	100	100
311	Grundversorgung und Hilfen	60	60	0	40	40	10	0		90
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende				100	100	0			100
313	Hilfen für Asylbewerber	100	100	0	0					100
315	Soziale Einrichtungen	60	60	40	30	40	30	10		30
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	100	100						
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege				50	50		50	50	100
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	100	0	0					100
343	Betreuungsleistungen				100	100				100
344	Hilfen politische Häftlinge	100	100	0	0					100
345	Bundeskindergeld	100	100	100	0					0
346	Wohngeld	100	100	100	0					0
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	95	0	0			5	5	100
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege				100	100				100
362	Jugendarbeit				100	100				100
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				100	100				100
365	Tageseinrichtungen für Kinder				100	100	100			
366	Einrichtungen der Jugendarbeit				100	100				100
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				100	100				100
411	Krankenhäuser	80	80	0	20	20				100
412	Gesundheitseinrichtungen	70	70	0	30	30				100
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	70	0	30	30				100

Evaluierung FAG 2018
Auftragskostenpauschale - Übersicht Zuordnung -

Anlage 7

PG	Bezeichnung	ÜWK			eigener WK Pflicht			eigener WK freiwillig		
		KS	LK	GV	KS	LK	GV	KS	LK	GV
418	Kur- und Badeeinrichtungen				0			100	100	100
421	Förderung des Sports							100	100	100
424	Sportstätten und Bäder				33	33	33	67	67	67
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	25	100	15	75		85			
521	Bau- und Grundstücksordnung	25	100	15	75		85			
522	Wohnbauförderung	100	100	0	0					100
523	Denkmalschutz und -pflege	20	60	10	40	20	40	40	20	50
531	Elektrizitätsversorgung							100	100	100
532	Gasversorgung							100	100	100
533	Wasserversorgung				100	100	100			
534	Fernwärmeversorgung							100	100	100
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen							100	100	100
537	Abfallwirtschaft				100	100	100			
538	Abwasserbeseitigung				100	100	100			
541	Gemeindestraßen				100	100	100			
542	Kreisstraßen				100	100	75			25
543	Landesstraßen	100	0	0			75		100	25
544	Bundesstraßen	100	0	0			100		100	
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung				75	70	95	25	30	5
546	Parkeinrichtungen							100	100	100
547	ÖPNV				100	100				100
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr				85	95		15	5	100
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau							100	100	100
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	100	0	0		100	0		
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	75	0	100	25	100				
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	100	100	0					
555	Land- und Forstwirtschaft				0			100	100	100
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	100	100	0			0		
571	Wirtschaftsförderung				0			100	100	100
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen							100	100	100
575	Tourismus							100	100	100
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0			90	95	90	10	5	10
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	10	10	85	85	85	5	5	5
	Aufgabenbereiche insgesamt									

Evaluierung FAG 2018
Quote Auftragskostenpauschale

Anlage 7

Preisniveau

Gebiets- körperschaft	Anteil über- tragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskosten- pauschale 2018
kreisfreie Städte	13,74	1.116.771.476	-293.458.988	823.312.488	2.225.400	110.913.927
Landkreise	32,63	1.118.336.842	-644.909.504	473.427.338	7.787.259	146.691.194
Gemeinden	4,90	1.655.600.838	-64.970.479	1.590.630.359	0	77.956.501
Summe		3.890.709.156	-1.003.338.971	2.887.370.185	10.012.659	335.561.622

durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebiets- körperschaft	Anteil über- tragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskosten- pauschale 2018
kreisfreie Städte	13,74	1.129.935.406	-311.078.081	818.857.325	2.225.400	110.301.700
Landkreise	32,63	1.160.966.205	-688.707.492	472.258.713	7.787.259	146.309.874
Gemeinden	4,90	1.663.748.479	-62.732.323	1.601.016.156	0	78.465.507
Summe		3.954.650.090	-1.062.517.896	2.892.132.194	10.012.659	335.077.081

PG	Bezeichnung	KS - Quoten			KS - Beträge		
		ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.	ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.
111	Verwaltungssteuerung und Service	9	81	10	8.287.641	74.588.771	9.208.490
121	Statistik und Wahlen	90	10	0	2.828.519	314.280	0
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	25.235.398	0	0
126	Brandschutz	25	75	0	9.848.045	29.544.135	0
127	Rettungsdienst	0	100	0	0	-4.025.038	0
128	Katastrophenschutz	100	0	0	2.303.637	0	0
211	Grundschulen	0	100	0	18.510.389	0	0
216	Sekundarschulen	0	100	0	7.549.634	0	0
217	Gymnasien	0	100	0	6.768.307	0	0
218	Gesamtschulen	0	100	0	3.708.450	0	0
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	59.423	0	0
221	Förderschulen	0	100	0	5.515.937	0	0
231	Berufsbildende Schulen	0	100	0	6.557.798	0	0
241	Schülerbeförderung	0	100	0	8.529.308	0	0
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	2.554.085
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	1.892.972	0	0
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	8.183.475
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	2.342.063
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	8.113.585
261	Theater	0	0	100	0	0	51.005.585
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	942.580
263	Musikschulen	0	25	75	1.409.846	4.229.539	0
271	Volkshochschulen	0	25	75	148.062	444.186	0
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	7.616.940
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	398.082
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	7.401.776
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	36.039
311	Grundversorgung und Hilfen	60	40	0	14.288.046	9.525.364	0
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	100	0	135.045.405	0	0
313	Hilfen für Asylbewerber	100	0	0	3.208.491	0	0
315	Soziale Einrichtungen	60	30	10	5.927.450	2.963.725	987.908
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	3.721	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	50	50	0	332.737	332.737
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	0	0	4.474.662	0	0
343	Betreuungsleistungen	0	100	0	0	1.210.029	0
344	Hilfen politische Häftlinge	100	0	0	114.859	0	0
345	Bundeskindergeld	100	0	0	-1.352.361	0	0
346	Wohngeld	100	0	0	3.297.830	0	0
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	0	5	3.322.384	0	174.862
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	100	0	0	3.820.729	0
362	Jugendarbeit	0	100	0	0	746.002	0
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	80.090.298	0
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	110.281.476	0	0
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	100	0	5.902.763	0	0
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	5.580.394	0	0
411	Krankenhäuser	80	20	0	1.134	284	0
412	Gesundheitseinrichtungen	70	30	0	4.196	1.798	0
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	30	0	5.989.878	2.567.091	0
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	1.363
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	7.241.249
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	4.756.509	9.657.154
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	25	75	0	4.736.213	14.208.640	0
521	Bau- und Grundstücksordnung	25	75	0	899.896	2.699.689	0
522	Wohnbauförderung	100	0	0	1.330.717	0	0
523	Denkmalschutz und -pflege	20	40	40	317.186	634.371	634.371
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	-106.018
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	-1.879
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	0	0
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	-162.105
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	-44.268.980
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	-51.603	0
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	0	0
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	47.356.005	0
542	Kreisstraßen	0	100	0	0	1.675.043	0
543	Landesstraßen	100	0	0	938.373	0	0
544	Bundesstraßen	100	0	0	1.750.009	0	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	75	25	0	8.488.144	2.829.381
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	-5.097.284
547	ÖPNV	0	100	0	0	23.986.173	0
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	85	15	0	355.182	62.679
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	16.978.757
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	0	0	1.644.482	0	0
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	75	25	0	1.305.134	435.045	0
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	1.708.032	0	0
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	363.198
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	5.105.978	0	0
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	6.514.171
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	5.921.697
575	Tourismus	0	0	100	0	0	3.019.781
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	90	10	0	-53.663.441	-5.962.605
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	1.204.889	10.241.559	602.445
Aufgabenbereiche insgesamt		13,74	73,34	12,92	108.724.437	580.261.682	102.199.308

Durchschnitt JR 2015/2016	Jahresrechnung 2015	Jahresrechnung 2016
92.084.903	93.156.877	91.012.929
3.142.799	3.124.897	3.160.701
25.235.398	24.499.183	25.971.613
39.392.180	39.147.980	39.636.380
-4.025.038	-5.879.187	-2.170.888
2.303.637	3.968.767	638.507
18.510.389	19.393.828	17.626.949
7.549.634	8.086.385	7.012.883
6.768.307	6.535.852	7.000.762
3.708.450	3.751.954	3.664.946
59.423	0	118.846
5.515.937	5.538.549	5.493.325
6.557.798	7.123.594	5.992.001
8.529.308	8.404.758	8.653.858
2.554.085	2.844.831	2.263.339
1.892.972	1.836.932	1.949.012
8.183.475	7.362.734	9.004.216
2.342.063	2.326.156	2.357.969
8.113.585	8.303.745	7.923.424
51.005.585	54.124.287	47.886.882
942.580	931.727	953.432
5.639.386	6.675.914	4.602.857
592.248	637.665	546.831
7.616.940	7.585.721	7.648.159
398.082	646.164	150.000
7.401.776	7.385.100	7.418.452
36.039	72.078	0
23.813.411	19.695.228	27.931.593
135.045.405	138.275.675	131.815.134
3.208.491	9.324.510	-2.907.528
9.879.084	7.862.993	11.895.174
3.721	7.441	0
665.474	806.336	524.612
4.474.662	4.681.319	4.268.005
1.210.029	1.292.010	1.128.048
114.859	229.871	-153
-1.352.361	-1.259.726	-1.444.996
3.297.830	3.119.959	3.475.700
3.497.247	2.731.587	4.262.906
3.820.729	-1.374.827	9.016.285
746.002	784.158	707.846
80.090.298	76.872.640	83.307.955
110.281.476	110.205.693	110.357.258
5.902.763	5.826.469	5.979.057
5.580.394	5.209.852	5.950.935
1.418	2.823	12
5.994	11.988	0
8.556.969	8.196.402	8.917.535
1.363	2.725	0
7.241.249	7.360.855	7.121.642
14.413.663	13.724.213	15.103.113
18.944.853	17.164.685	20.725.021
3.599.586	3.596.676	3.602.495
1.330.717	2.955.579	-294.145
1.585.928	1.631.710	1.540.146
-106.018	-103.763	-108.273
-1.879	-3.509	-248
0	0	0
-162.105	-163.350	-160.859
-44.268.980	-43.004.755	-45.533.204
-51.603	53.307	-156.512
0	0	0
47.356.005	47.836.908	46.875.101
1.675.043	1.534.767	1.815.318
938.373	912.976	963.769
1.750.009	1.784.730	1.715.287
11.317.526	10.774.377	11.860.674
-5.097.284	-5.492.983	-4.701.584
23.986.173	26.198.828	21.773.517
417.862	120.498	715.225
16.978.757	17.182.338	16.775.176
1.644.482	1.587.452	1.701.511
1.740.178	1.818.102	1.662.254
1.708.032	2.299.464	1.116.599
363.198	378.146	348.249
5.105.978	4.883.242	5.328.714
6.514.171	6.756.466	6.271.876
5.921.697	5.911.637	5.931.757
3.019.781	2.705.951	3.333.611
-59.626.046	-60.039.377	-59.212.715
12.048.894	13.145.091	10.952.696
791.185.426	793.601.878	788.768.974

791.185.426

PG	Bezeichnung	LK - Quoten			LK - Beträge			Durchschnitt JR 2015/2016	Jahres- rechnung 2015	Jahres- rechnung 2016
		ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.	ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.			
111	Verwaltungssteuerung und Service	9	81	10	16.040.668	144.366.016	17.822.965	178.229.650	179.883.217	176.576.082
121	Statistik und Wahlen	90	10	0	377.928	41.992	0	419.921	408.995	430.846
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	26.513.053	0	0	26.513.053	30.301.737	22.724.368
126	Brandschutz	25	75	0	3.215.070	9.645.210	0	12.860.280	12.722.646	12.997.913
127	Rettungsdienst	25	75	0	-347.168	-1.041.503	0	-1.388.671	-2.917.719	140.377
128	Katastrophenschutz	100	0	0	2.039.112	0	0	2.039.112	654.444	3.423.779
211	Grundschulen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
216	Sekundarschulen	0	100	0	0	26.261.608	0	26.261.608	25.162.747	27.360.468
217	Gymnasien	0	100	0	0	19.777.207	0	19.777.207	18.771.727	20.782.686
218	Gesamtschulen	0	100	0	0	44.563	0	44.563	19.636	69.489
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	0	725.906	0	725.906	13.213	1.438.599
221	Förderschulen	0	100	0	0	12.516.977	0	12.516.977	12.254.355	12.779.599
231	Berufsbildende Schulen	0	100	0	0	12.596.647	0	12.596.647	11.235.787	13.957.507
241	Schülerbeförderung	0	100	0	0	66.917.481	0	66.917.481	67.908.238	65.926.724
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	1.613.270	1.613.270	1.580.340	1.646.199
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	0	8.469.656	0	8.469.656	8.775.712	8.163.600
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	451.072	451.072	492.651	409.493
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	4.862.617	4.862.617	4.962.537	4.762.697
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	0	0	0	0
261	Theater	0	0	100	0	0	3.430.832	3.430.832	3.504.400	3.357.264
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	628.016	628.016	631.788	624.243
263	Musikschulen	0	25	75	0	2.340.490	7.021.469	9.361.959	9.103.634	9.620.283
271	Volkshochschulen	0	25	75	0	912.672	2.738.016	3.650.689	4.210.168	3.091.209
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	1.307.723	1.307.723	1.330.289	1.285.156
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	180.087	180.087	169.947	190.226
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	6.033.417	6.033.417	5.882.827	6.184.006
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	0	0	0	0
311	Grundversorgung und Hilfen	60	40	0	25.741.468	17.160.979	0	42.902.447	34.307.939	51.496.954
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	100	0	0	263.573.225	0	263.573.225	270.359.583	256.786.867
313	Hilfen für Asylbewerber	100	0	0	-6.131.714	0	0	-6.131.714	10.907.696	-23.171.123
315	Soziale Einrichtungen	60	40	0	15.318.465	10.212.310	0	25.530.776	19.363.311	31.698.240
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	0	0	0	0	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	50	50	0	432.207	432.207	864.414	726.797	1.002.030
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	0	0	10.360.968	0	0	10.360.968	10.461.392	10.260.544
343	Betreuungsleistungen	0	100	0	0	3.652.391	0	3.652.391	3.606.664	3.698.118
344	Hilfen politische Häftlinge	100	0	0	101.735	0	0	101.735	129.069	74.400
345	Bundeskindergeld	100	0	0	1.101.904	0	0	1.101.904	1.111.037	1.092.770
346	Wohngeld	100	0	0	3.248.554	0	0	3.248.554	3.266.468	3.230.639
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	0	5	876.790	0	46.147	922.937	817.960	1.027.913
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	100	0	0	112.926.850	0	112.926.850	105.085.593	120.768.107
362	Jugendarbeit	0	100	0	0	3.011.032	0	3.011.032	2.911.068	3.110.996
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	163.744.841	0	163.744.841	157.709.670	169.780.011
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	0	4.544.604	0	4.544.604	8.711.068	378.139
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	100	0	0	1.306.314	0	1.306.314	1.174.480	1.438.148
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	3.452.626	0	3.452.626	3.254.292	3.650.960
411	Krankenhäuser	80	20	0	136.696	34.174	0	170.870	149.077	192.662
412	Gesundheitseinrichtungen	70	30	0	611.722	262.167	0	873.889	1.115.199	632.579
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	30	0	12.445.043	5.333.590	0	17.778.633	17.655.386	17.901.880
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	1.926.028	1.926.028	1.850.900	2.001.155
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	656.831	1.333.565	1.990.396	1.773.890	2.206.902
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	100	0	0	6.742.949	0	0	6.742.949	6.650.013	6.835.885
521	Bau- und Grundstücksordnung	100	0	0	6.240.903	0	0	6.240.903	6.432.378	6.049.427
522	Wohnbauförderung	100	0	0	386.827	0	0	386.827	404.660	368.994
523	Denkmalschutz und -pflege	60	20	20	1.697.303	565.768	565.768	2.828.838	2.813.390	2.844.285
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	0	0	0	0	0
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	-1.670.759	0	-1.670.759	-1.327.345	-2.014.172
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	1.064.698	0	1.064.698	1.020.656	1.108.740
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
542	Kreisstraßen	0	100	0	0	28.386.554	0	28.386.554	31.865.819	24.907.288
543	Landesstraßen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
544	Bundesstraßen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	70	30	0	381.682	163.578	545.260	570.487	520.033
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
547	ÖPNV	0	100	0	0	17.029.036	0	17.029.036	16.657.943	17.400.128
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	95	5	0	0	0	0	0	0
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	146.876	146.876	151.589	142.162
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	0	0	5.854.766	0	0	5.854.766	5.987.515	5.722.017
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	0	100	0	0	9.441	0	9.441	11.881	7.000
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	5.325.867	0	0	5.325.867	6.668.731	3.983.003
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	1.245.425	1.245.425	1.495.830	995.020
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	5.827.446	0	0	5.827.446	6.809.608	4.845.284
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	5.501.438	5.501.438	5.195.592	5.807.284
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	-2.567.991	-2.567.991	87.133	-5.223.114
575	Tourismus	0	0	100	0	0	1.392.052	1.392.052	1.382.589	1.401.514
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	95	5	0	-673.289.852	-35.436.308	-708.726.160	-709.134.162	-708.318.157
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	1.377.778	11.711.109	688.889	13.777.776	15.507.244	12.048.307
Aufgabenbereiche insgesamt		32,63	62,53	4,84	145.104.130	278.066.735	21.527.154	444.698.019	452.763.406	436.632.632
		444.698.019								

PG	Bezeichnung	GV - Quoten			GV - Beträge			Durchschnitt JR 2015/2016	Jahres- rechnung 2015	Jahres- rechnung 2016
		ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.	ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.			
111	Verwaltungssteuerung und Service	2	81	10	7.740.076	313.473.081	38.700.380	387.003.804	383.897.558	390.110.050
121	Statistik und Wahlen	80	20	0	1.334.511	333.628	0	1.668.139	1.307.012	2.029.266
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	47.987.319	0	0	47.987.319	47.737.450	48.237.187
126	Brandschutz	0	100	0	0	44.730.079	0	44.730.079	44.418.495	45.041.662
127	Rettungsdienst	0	0	100	0	0	0	0	0	0
128	Katastrophenschutz	0	0	100	0	0	-1.710.090	-1.710.090	-2.318.763	-1.101.417
211	Grundschulen	0	100	0	0	49.519.278	0	49.519.278	49.199.213	49.839.342
216	Sekundarschulen	0	100	0	0	71.102	0	71.102	71.586	70.618
217	Gymnasien	0	100	0	0	101.094	0	101.094	101.300	100.887
218	Gesamtschulen	0	100	0	0	90.259	0	90.259	73.997	106.521
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
221	Förderschulen	0	0	100	0	0	5.918	5.918	2.791	9.045
231	Berufsbildende Schulen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
241	Schülerbeförderung	0	0	100	0	0	202.771	202.771	205.704	199.838
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	7.000	7.000	7.000	7.000
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	0	1.364.313	0	1.364.313	1.319.089	1.409.536
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	1.430.113	1.430.113	1.406.900	1.453.325
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	5.960.349	5.960.349	5.812.128	6.108.569
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	3.601.606	3.601.606	3.613.657	3.589.555
261	Theater	0	0	100	0	0	4.686.904	4.686.904	4.585.014	4.788.794
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	727.828	727.828	720.023	735.632
263	Musikschulen	0	0	100	0	0	511.858	511.858	473.931	549.784
271	Volkshochschulen	0	0	100	0	0	139.538	139.538	148.014	131.061
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	10.586.781	10.586.781	10.772.441	10.401.121
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	11.525.986	11.525.986	11.560.516	11.491.456
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	83.053	83.053	123.603	42.503
311	Grundversorgung und Hilfen	0	10	90	0	0	0	0	0	0
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	0	100	0	0	230.855	230.855	218.105	243.604
313	Hilfen für Asylbewerber	0	0	100	0	0	8.854	8.854	675	17.033
315	Soziale Einrichtungen	40	30	30	1.188.586	891.440	891.440	2.971.465	2.991.417	2.951.513
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	0	0	0	0	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	0	100	0	0	402.101	402.101	407.929	396.272
341	Unterhaltsvorschussleistungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
343	Betreuungsleistungen	0	0	100	0	0	1.922	1.922	5.219	-1.376
344	Hilfen politische Häftlinge	0	0	100	0	0	0	0	0	0
345	Bundeskindergeld	100	0	0	0	0	0	0	0	0
346	Wohngeld	100	0	0	3.929.227	0	0	3.929.227	3.892.020	3.966.433
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	0	0	100	0	0	661.563	661.563	571.636	751.489
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	0	100	0	0	676.921	676.921	691.153	662.689
362	Jugendarbeit	0	0	100	0	0	1.493.759	1.493.759	1.496.273	1.491.244
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	0	100	0	0	492.489	492.489	437.730	547.247
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	0	184.335.963	0	184.335.963	174.992.492	193.679.433
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	0	100	0	0	8.880.561	8.880.561	8.967.915	8.793.206
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	0	100	0	0	198.345	198.345	248.444	148.245
411	Krankenhäuser	0	0	100	0	0	0	0	0	0
412	Gesundheitseinrichtungen	0	0	100	0	0	-38.667	-38.667	-33.080	-44.254
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	0	0	100	0	0	50.652	50.652	39.104	62.200
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	935.971	935.971	1.008.777	863.164
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	3.739.619	3.739.619	3.802.416	3.676.821
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	8.453.741	17.163.656	25.617.397	25.614.536	25.620.258
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	15	85	0	4.185.764	23.719.327	0	27.905.091	26.277.397	29.532.784
521	Bau- und Grundstücksordnung	15	85	0	1.156.439	6.553.152	0	7.709.590	7.546.089	7.873.091
522	Wohnbauförderung	0	0	100	0	0	-1.885.436	-1.885.436	-2.255.466	-1.515.406
523	Denkmalschutz und -pflege	10	40	50	179.672	718.686	898.358	1.796.716	2.238.304	1.355.127
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	-47.247.289	-47.247.289	-47.607.475	-46.887.102
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	-3.712.295	-3.712.295	-4.192.300	-3.232.289
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	-3.742.845	0	-3.742.845	-3.911.217	-3.574.473
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	-335.106	-335.106	-342.172	-328.039
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	-18.246.830	-18.246.830	-18.096.912	-18.396.747
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	40.976	0	40.976	91.006	-9.054
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	10.747.320	0	10.747.320	10.797.358	10.697.282
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	46.998.259	0	46.998.259	46.490.988	47.505.530
542	Kreisstraßen	0	75	25	0	100.028	33.343	133.371	259.923	6.819
543	Landesstraßen	0	75	25	0	94.672	31.557	126.230	250.441	2.018
544	Bundesstraßen	0	100	0	0	71.591	0	71.591	143.181	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	95	5	0	41.286.963	2.172.998	43.459.962	43.420.076	43.499.847
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	-2.953.006	-2.953.006	-2.959.569	-2.946.443
547	ÖPNV	0	0	100	0	0	657.687	657.687	702.197	613.176
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	0	100	0	0	223.217	223.217	189.251	257.183
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	29.132.489	29.132.489	28.157.080	30.107.897
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	0	100	0	0	11.200.196	0	11.200.196	10.928.888	11.471.504
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	100	0	0	200.344	0	0	200.344	340.848	59.839
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	2.460.953	0	0	2.460.953	2.627.976	2.293.930
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	-1.041.389	-1.041.389	-1.420.431	-662.346
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	691.693	0	0	691.693	738.513	644.873
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	5.956.346	5.956.346	5.735.828	6.176.864
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	-1.582.865	-1.582.865	-1.349.333	-1.816.397
575	Tourismus	0	0	100	0	0	7.517.231	7.517.231	7.690.568	7.343.894
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	90	10	0	524.122.178	58.235.798	582.357.976	576.825.429	587.890.523
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	2.559.653	21.757.048	1.279.826	25.596.527	30.285.882	20.907.172
Aufgabenbereiche insgesamt		4,90	85,69	9,41	73.614.234	1.287.031.526	141.384.664	1.529.120.691	1.510.193.768	1.548.047.613
		1.502.030.424								

Evaluierung FAG 2018
Auftragskostenpauschale - Übersicht Zuordnung -

Anlage 8

PG	Bezeichnung	ÜWK			eigener WK Pflicht			eigener WK freiwillig		
		KS	LK	GV	KS	LK	GV	KS	LK	GV
111	Verwaltungssteuerung und Service	0	0	0	90	90	90	10	10	10
121	Statistik und Wahlen	90	90	80	10	10	20			
122	Ordnungsangelegenheiten	100	100	100	0		0			
126	Brandschutz	25	25	0	75	75	100			
127	Rettungsdienst	0	25	0	100	75				100
128	Katastrophenschutz	100	100	0		0				100
211	Grundschulen				100	100	100			
216	Sekundarschulen				100	100	100			
217	Gymnasien				100	100	100			
218	Gesamtschulen				100	100	100			
219	Gemeinschaftsschulen				100	100	100			
221	Förderschulen				100	100				100
231	Berufsbildende Schulen				100	100				100
241	Schülerbeförderung				100	100				100
242	Fördermaßnahmen für Schüler							100	100	100
243	Sonstige schulische Aufgaben				100	100	100	0		
251	Wissenschaft und Forschung							100	100	100
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen							100	100	100
253	Zoologische und Botanische Gärten							100	100	100
261	Theater				0	0	0	100	100	100
262	Musikpflege							100	100	100
263	Musikschulen				25	25	0	75	75	100
271	Volkshochschulen				25	25	0	75	75	100
272	Bibliotheken, Büchereien							100	100	100
273	Sonstige Volksbildung							100	100	100
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege							100	100	100
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften							100	100	100
311	Grundversorgung und Hilfen	60	60	0	40	40	10	0		90
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende				100	100	0			100
313	Hilfen für Asylbewerber	100	100	0	0					100
315	Soziale Einrichtungen	60	60	40	30	40	30	10		30
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	100	100						
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege				50	50		50	50	100
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	100	0	0					100
343	Betreuungsleistungen				100	100				100
344	Hilfen politische Häftlinge	100	100	0	0					100
345	Bundeskindergeld	100	100	100	0					0
346	Wohngeld	100	100	100	0					0
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	95	0	0			5	5	100
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege				100	100				100
362	Jugendarbeit				100	100				100
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				100	100				100
365	Tageseinrichtungen für Kinder				100	100	100			
366	Einrichtungen der Jugendarbeit				100	100				100
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe				100	100				100
411	Krankenhäuser	80	80	0	20	20				100
412	Gesundheitseinrichtungen	70	70	0	30	30				100
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	70	0	30	30				100

Evaluierung FAG 2018
Auftragskostenpauschale - Übersicht Zuordnung -

Anlage 8

PG	Bezeichnung	ÜWK			eigener WK Pflicht			eigener WK freiwillig		
		KS	LK	GV	KS	LK	GV	KS	LK	GV
418	Kur- und Badeeinrichtungen				0			100	100	100
421	Förderung des Sports							100	100	100
424	Sportstätten und Bäder				33	33	33	67	67	67
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	25	100	15	75		85			
521	Bau- und Grundstücksordnung	25	100	15	75		85			
522	Wohnbauförderung	100	100	0	0					100
523	Denkmalschutz und -pflege	20	60	10	40	20	40	40	20	50
531	Elektrizitätsversorgung							100	100	100
532	Gasversorgung							100	100	100
533	Wasserversorgung				100	100	100			
534	Fernwärmeversorgung							100	100	100
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen							100	100	100
537	Abfallwirtschaft				100	100	100			
538	Abwasserbeseitigung				100	100	100			
541	Gemeindestraßen				100	100	100			
542	Kreisstraßen				100	100	75			25
543	Landesstraßen	100	0	0			75		100	25
544	Bundesstraßen	100	0	0			100		100	
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung				75	70	95	25	30	5
546	Parkeinrichtungen							100	100	100
547	ÖPNV				100	100				100
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr				85	95		15	5	100
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau							100	100	100
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	100	0	0		100	0		
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	75	0	100	25	100				
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	100	100	0					
555	Land- und Forstwirtschaft				0			100	100	100
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	100	100	0			0		
571	Wirtschaftsförderung				0			100	100	100
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen							100	100	100
575	Tourismus							100	100	100
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0			90	95	90	10	5	10
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	10	10	85	85	85	5	5	5
	Aufgabenbereiche insgesamt									

Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskostenpauschale 2018
kreisfreie Städte	12,69	1.116.771.476	-293.458.988	823.312.488	2.225.400	102.289.756
Landkreise	29,02	1.118.336.842	-644.909.504	473.427.338	7.787.259	129.614.233
Gemeinden	4,31	1.655.600.838	-64.970.479	1.590.630.359	0	68.523.980
Summe		3.890.709.156	-1.003.338.971	2.887.370.185	10.012.659	300.427.969

Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2018 einschl. KRE	sonst. NT 2018 einschl. KRE	Bedarf 2018	Leistungen nach § 5 2018	Auftragskostenpauschale 2018
kreisfreie Städte	12,69	1.129.935.406	-311.078.081	818.857.325	2.225.400	101.724.196
Landkreise	29,02	1.160.966.205	-688.707.492	472.258.713	7.787.259	129.275.066
Gemeinden	4,31	1.663.748.479	-62.732.323	1.601.016.156	0	68.971.398
Summe		3.954.650.090	-1.062.517.896	2.892.132.194	10.012.659	299.970.660

2019Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2019 einschl. KRE	sonst. NT 2019 einschl. KRE	Bedarf 2019	Leistungen nach § 5 2019	Auftragskostenpauschale 2019
kreisfreie Städte	12,69	1.136.833.305	-298.741.250	838.092.055	2.225.400	104.165.943
Landkreise	29,02	1.138.326.734	-656.517.875	481.808.859	7.787.259	132.046.778
Gemeinden	4,31	1.685.401.653	-66.139.948	1.619.261.705	0	69.757.412
Summe		3.960.561.692	-1.021.399.073	2.939.162.619	10.012.659	305.970.133

Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2019 einschl. KRE	sonst. NT 2019 einschl. KRE	Bedarf 2019	Leistungen nach § 5 2019	Auftragskostenpauschale 2019
kreisfreie Städte	12,69	1.161.511.286	-335.031.093	826.480.193	2.225.400	102.691.879
Landkreise	29,02	1.224.391.047	-747.247.629	477.143.418	7.787.259	130.692.740
Gemeinden	4,31	1.698.687.197	-61.540.409	1.637.146.788	0	70.527.897
Summe		4.084.589.530	-1.143.819.131	2.940.770.399	10.012.659	303.912.516

2020Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2020 einschl. KRE	sonst. NT 2020 einschl. KRE	Bedarf 2020	Leistungen nach § 5 2020	Auftragskostenpauschale 2020
kreisfreie Städte	12,69	1.158.390.855	-304.417.334	853.973.521	2.225.400	106.182.011
Landkreise	29,02	1.159.806.984	-668.991.715	490.815.269	7.787.259	134.660.683
Gemeinden	4,31	1.717.424.284	-67.396.607	1.650.027.677	0	71.082.802
Summe		4.035.622.123	-1.040.805.656	2.994.816.467	10.012.659	311.925.496

Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2020 einschl. KRE	sonst. NT 2020 einschl. KRE	Bedarf 2020	Leistungen nach § 5 2020	Auftragskostenpauschale 2020
kreisfreie Städte	12,69	1.193.971.291	-360.828.487	833.142.804	2.225.400	103.537.662
Landkreise	29,02	1.291.304.255	-810.763.677	480.540.578	7.787.259	131.678.689
Gemeinden	4,31	1.734.359.628	-60.371.141	1.673.988.487	0	72.115.028
Summe		4.219.635.174	-1.231.963.305	2.987.671.869	10.012.659	307.331.379

2021Preisniveau

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2021 einschl. KRE	sonst. NT 2021 einschl. KRE	Bedarf 2021	Leistungen nach § 5 2021	Auftragskostenpauschale 2020
kreisfreie Städte	12,69	1.180.357.999	-310.201.263	870.156.736	2.225.400	108.236.385
Landkreise	29,02	1.181.695.359	-681.702.558	499.992.801	7.787.259	137.324.253
Gemeinden	4,31	1.750.055.345	-68.677.143	1.681.378.202	0	72.433.376
Summe		4.112.108.703	-1.060.580.964	3.051.527.739	10.012.659	317.994.014

Durchschnittliche Entwicklung 2015-2017

Gebietskörperschaft	Anteil übertragener WK	KFB / Z IV 2021 einschl. KRE	sonst. NT 2021 einschl. KRE	Bedarf 2021	Leistungen nach § 5 2021	Auftragskostenpauschale 2021
kreisfreie Städte	12,69	1.227.340.176	-388.612.280	838.727.896	2.225.400	104.246.660
Landkreise	29,02	1.361.897.690	-879.678.590	482.219.100	7.787.259	132.165.841
Gemeinden	4,31	1.770.781.180	-59.224.089	1.711.557.091	0	73.733.475
Summe		4.360.019.046	-1.327.514.959	3.032.504.087	10.012.659	310.145.976

PG	Bezeichnung	KS - Quoten			KS - Beträge		
		ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.	ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.
111	Verwaltungssteuerung und Service	0	90	10	0	82.876.413	9.208.490
121	Statistik und Wahlen	90	10	0	2.828.519	314.280	0
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	25.235.398	0	0
126	Brandschutz	25	75	0	9.848.045	29.544.135	0
127	Rettungsdienst	0	100	0	0	-4.025.038	0
128	Katastrophenschutz	100	0	0	2.303.637	0	0
211	Grundschulen	0	100	0	0	18.510.389	0
216	Sekundarschulen	0	100	0	0	7.549.634	0
217	Gymnasien	0	100	0	0	6.768.307	0
218	Gesamtschulen	0	100	0	0	3.708.450	0
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	0	59.423	0
221	Förderschulen	0	100	0	0	5.515.937	0
231	Berufsbildende Schulen	0	100	0	0	6.557.798	0
241	Schülerbeförderung	0	100	0	0	8.529.308	0
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	2.554.085
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	0	1.892.972	0
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	8.183.475
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	2.342.063
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	8.113.585
261	Theater	0	0	100	0	0	51.005.585
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	942.580
263	Musikschulen	0	25	75	0	1.409.846	4.229.539
271	Volkshochschulen	0	25	75	0	148.062	444.186
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	7.616.940
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	398.082
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	7.401.776
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	36.039
311	Grundversorgung und Hilfen	60	40	0	14.288.046	9.525.364	0
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	100	0	0	135.045.405	0
313	Hilfen für Asylbewerber	100	0	0	3.208.491	0	0
315	Soziale Einrichtungen	60	30	10	5.927.450	2.963.725	987.908
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	3.721	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	50	50	0	332.737	332.737
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	0	0	4.474.662	0	0
343	Betreuungsleistungen	0	100	0	0	1.210.029	0
344	Hilfen politische Häftlinge	100	0	0	114.859	0	0
345	Bundeskindergeld	100	0	0	-1.352.361	0	0
346	Wohngeld	100	0	0	3.297.830	0	0
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	0	5	3.322.384	0	174.862
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	100	0	0	3.820.729	0
362	Jugendarbeit	0	100	0	0	746.002	0
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	80.090.298	0
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	0	110.281.476	0
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	100	0	0	5.902.763	0
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	5.580.394	0
411	Krankenhäuser	80	20	0	1.134	284	0
412	Gesundheitseinrichtungen	70	30	0	4.196	1.798	0
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	30	0	5.989.878	2.567.091	0
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	1.363
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	7.241.249
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	4.756.509	9.657.154
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	25	75	0	4.736.213	14.208.640	0
521	Bau- und Grundstücksordnung	25	75	0	899.896	2.699.689	0
522	Wohnbauförderung	100	0	0	1.330.717	0	0
523	Denkmalschutz und -pflege	20	40	40	317.186	634.371	634.371
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	-106.018
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	-1.879
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	0	0
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	-162.105
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	-44.268.980
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	-51.603	0
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	0	0
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	47.356.005	0
542	Kreisstraßen	0	100	0	0	1.675.043	0
543	Landesstraßen	100	0	0	938.373	0	0
544	Bundesstraßen	100	0	0	1.750.009	0	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	75	25	0	8.488.144	2.829.381
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	-5.097.284
547	ÖPNV	0	100	0	0	23.986.173	0
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	85	15	0	355.182	62.679
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	16.978.757
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	0	0	1.644.482	0	0
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	75	25	0	1.305.134	435.045	0
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	1.708.032	0	0
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	363.198
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	5.105.978	0	0
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	6.514.171
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	5.921.697
575	Tourismus	0	0	100	0	0	3.019.781
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	90	10	0	-53.663.441	-5.962.605
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	1.204.889	10.241.559	602.445
Aufgabenbereiche insgesamt		12,69	74,39	12,92	100.436.796	588.549.323	102.199.308

Durchschnitt JR 2015/2016	Jahresrechnung 2015	Jahresrechnung 2016
92.084.903	93.156.877	91.012.929
3.142.799	3.124.897	3.160.701
25.235.398	24.499.183	25.971.613
39.392.180	39.147.980	39.636.380
-4.025.038	-5.879.187	-2.170.888
2.303.637	3.968.767	638.507
18.510.389	19.393.828	17.626.949
7.549.634	8.086.385	7.012.883
6.768.307	6.535.852	7.000.762
3.708.450	3.751.954	3.664.946
59.423	0	118.846
5.515.937	5.538.549	5.493.325
6.557.798	7.123.594	5.992.001
8.529.308	8.404.758	8.653.858
2.554.085	2.844.831	2.263.339
1.892.972	1.836.932	1.949.012
8.183.475	7.362.734	9.004.216
2.342.063	2.326.156	2.357.969
8.113.585	8.303.745	7.923.424
51.005.585	54.124.287	47.886.882
942.580	931.727	953.432
5.639.386	6.675.914	4.602.857
592.248	637.665	546.831
7.616.940	7.585.721	7.648.159
398.082	646.164	150.000
7.401.776	7.385.100	7.418.452
36.039	72.078	0
23.813.411	19.695.228	27.931.593
135.045.405	138.275.675	131.815.134
3.208.491	9.324.510	-2.907.528
9.879.084	7.862.993	11.895.174
3.721	7.441	0
665.474	806.336	524.612
4.474.662	4.681.319	4.268.005
1.210.029	1.292.010	1.128.048
114.859	229.871	-153
-1.352.361	-1.259.726	-1.444.996
3.297.830	3.119.959	3.475.700
3.497.247	2.731.587	4.262.906
3.820.729	-1.374.827	9.016.285
746.002	784.158	707.846
80.090.298	76.872.640	83.307.955
110.281.476	110.205.693	110.357.258
5.902.763	5.826.469	5.979.057
5.580.394	5.209.852	5.950.935
1.418	2.823	12
5.994	11.988	0
8.556.969	8.196.402	8.917.535
1.363	2.725	0
7.241.249	7.360.855	7.121.642
14.413.663	13.724.213	15.103.113
18.944.853	17.164.685	20.725.021
3.599.586	3.596.676	3.602.495
1.330.717	2.955.579	-294.145
1.585.928	1.631.710	1.540.146
-106.018	-103.763	-108.273
-1.879	-3.509	-248
0	0	0
-162.105	-163.350	-160.859
-44.268.980	-43.004.755	-45.533.204
-51.603	53.307	-156.512
0	0	0
47.356.005	47.836.908	46.875.101
1.675.043	1.534.767	1.815.318
938.373	912.976	963.769
1.750.009	1.784.730	1.715.287
11.317.526	10.774.377	11.860.674
-5.097.284	-5.492.983	-4.701.584
23.986.173	26.198.828	21.773.517
417.862	120.498	715.225
16.978.757	17.182.338	16.775.176
1.644.482	1.587.452	1.701.511
1.740.178	1.818.102	1.662.254
1.708.032	2.299.464	1.116.599
363.198	378.146	348.249
5.105.978	4.883.242	5.328.714
6.514.171	6.756.466	6.271.876
5.921.697	5.911.637	5.931.757
3.019.781	2.705.951	3.333.611
-59.626.046	-60.039.377	-59.212.715
12.048.894	13.145.091	10.952.696
791.185.426	793.601.878	788.768.974

791.185.426

Evaluierung FAG 2018
Auftragskostenpauschale Landkreise

Anlage 8

PG	Bezeichnung	LK - Quoten			LK - Beträge			Durchschnitt JR 2015/2016	Jahres- rechnung 2015	Jahres- rechnung 2016
		ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.	ÜWK	eWK Pflicht	eW freiw.			
111	Verwaltungssteuerung und Service	0	90	10	0	160.406.685	17.822.965	178.229.650	179.883.217	176.576.082
121	Statistik und Wahlen	90	10	0	377.928	41.992	0	419.921	408.995	430.846
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	26.513.053	0	0	26.513.053	30.301.737	22.724.368
126	Brandschutz	25	75	0	3.215.070	9.645.210	0	12.860.280	12.722.646	12.997.913
127	Rettungsdienst	25	75	0	-347.168	-1.041.503	0	-1.388.671	-2.917.719	140.377
128	Katastrophenschutz	100	0	0	2.039.112	0	0	2.039.112	654.444	3.423.779
211	Grundschulen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
216	Sekundarschulen	0	100	0	0	26.261.608	0	26.261.608	25.162.747	27.360.468
217	Gymnasien	0	100	0	0	19.777.207	0	19.777.207	18.771.727	20.782.686
218	Gesamtschulen	0	100	0	0	44.563	0	44.563	19.636	69.489
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	0	725.906	0	725.906	13.213	1.438.599
221	Förderschulen	0	100	0	0	12.516.977	0	12.516.977	12.254.355	12.779.599
231	Berufsbildende Schulen	0	100	0	0	12.596.647	0	12.596.647	11.235.787	13.957.507
241	Schülerbeförderung	0	100	0	0	66.917.481	0	66.917.481	67.908.238	65.926.724
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	1.613.270	1.613.270	1.580.340	1.646.199
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	0	8.469.656	0	8.469.656	8.775.712	8.163.600
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	451.072	451.072	492.651	409.493
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	4.862.617	4.862.617	4.962.537	4.762.697
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	0	0	0	0
261	Theater	0	0	100	0	0	3.430.832	3.430.832	3.504.400	3.357.264
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	628.016	628.016	631.788	624.243
263	Musikschulen	0	25	75	0	2.340.490	7.021.469	9.361.959	9.103.634	9.620.283
271	Volkshochschulen	0	25	75	0	912.672	2.738.016	3.650.689	4.210.168	3.091.209
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	1.307.723	1.307.723	1.330.289	1.285.156
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	180.087	180.087	169.947	190.226
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	6.033.417	6.033.417	5.882.827	6.184.006
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	0	0	0	0
311	Grundversorgung und Hilfen	60	40	0	25.741.468	17.160.979	0	42.902.447	34.307.939	51.496.954
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	100	0	0	263.573.225	0	263.573.225	270.359.583	256.786.867
313	Hilfen für Asylbewerber	100	0	0	-6.131.714	0	0	-6.131.714	10.907.696	-23.171.123
315	Soziale Einrichtungen	60	40	0	15.318.465	10.212.310	0	25.530.776	19.363.311	31.698.240
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	0	0	0	0	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	50	50	0	432.207	432.207	864.414	726.797	1.002.030
341	Unterhaltsvorschussleistungen	100	0	0	10.360.968	0	0	10.360.968	10.461.392	10.260.544
343	Betreuungsleistungen	0	100	0	0	3.652.391	0	3.652.391	3.606.664	3.698.118
344	Hilfen politische Häftlinge	100	0	0	101.735	0	0	101.735	129.069	74.400
345	Bundeskindergeld	100	0	0	1.101.904	0	0	1.101.904	1.111.037	1.092.770
346	Wohngeld	100	0	0	3.248.554	0	0	3.248.554	3.266.468	3.230.639
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	95	0	5	876.790	0	46.147	922.937	817.960	1.027.913
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	100	0	0	112.926.850	0	112.926.850	105.085.593	120.768.107
362	Jugendarbeit	0	100	0	0	3.011.032	0	3.011.032	2.911.068	3.110.996
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	163.744.841	0	163.744.841	157.709.670	169.780.011
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	0	4.544.604	0	4.544.604	8.711.068	378.139
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	100	0	0	1.306.314	0	1.306.314	1.174.480	1.438.148
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	100	0	0	3.452.626	0	3.452.626	3.254.292	3.650.960
411	Krankenhäuser	80	20	0	136.696	34.174	0	170.870	149.077	192.662
412	Gesundheitseinrichtungen	70	30	0	611.722	262.167	0	873.889	1.115.199	632.579
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	70	30	0	12.445.043	5.333.590	0	17.778.633	17.655.386	17.901.880
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	1.926.028	1.926.028	1.850.900	2.001.155
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	656.831	1.333.565	1.990.396	1.773.890	2.206.902
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	100	0	0	6.742.949	0	0	6.742.949	6.650.013	6.835.885
521	Bau- und Grundstücksordnung	100	0	0	6.240.903	0	0	6.240.903	6.432.378	6.049.427
522	Wohnbauförderung	100	0	0	386.827	0	0	386.827	404.660	368.994
523	Denkmalschutz und -pflege	60	20	20	1.697.303	565.768	565.768	2.828.838	2.813.390	2.844.285
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	0	0	0	0	0
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	-1.670.759	0	-1.670.759	-1.327.345	-2.014.172
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	1.064.698	0	1.064.698	1.020.656	1.108.740
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
542	Kreisstraßen	0	100	0	0	28.386.554	0	28.386.554	31.865.819	24.907.288
543	Landesstraßen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
544	Bundesstraßen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	70	30	0	381.682	163.578	545.260	570.487	520.033
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
547	ÖPNV	0	100	0	0	17.029.036	0	17.029.036	16.657.943	17.400.128
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	95	5	0	0	0	0	0	0
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	146.876	146.876	151.589	142.162
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	100	0	0	5.854.766	0	0	5.854.766	5.987.515	5.722.017
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	0	100	0	0	9.441	0	9.441	11.881	7.000
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	5.325.867	0	0	5.325.867	6.668.731	3.983.003
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	1.245.425	1.245.425	1.495.830	995.020
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	5.827.446	0	0	5.827.446	6.809.608	4.845.284
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	5.501.438	5.501.438	5.195.592	5.807.284
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	-2.567.991	-2.567.991	87.133	-5.223.114
575	Tourismus	0	0	100	0	0	1.392.052	1.392.052	1.382.589	1.401.514
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	95	5	0	-673.289.852	-35.436.308	-708.726.160	-709.134.162	-708.318.157
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	1.377.778	11.711.109	688.889	13.777.776	15.507.244	12.048.307
Aufgabenbereiche insgesamt		29,02	66,14	4,84	129.063.462	294.107.403	21.527.154	444.698.019	452.763.406	436.632.632
		444.698.019								

PG	Bezeichnung	GV - Quoten			GV - Beträge			Durchschnitt JR 2015/2016	Jahres- rechnung 2015	Jahres- rechnung 2016
		ÜWK	eWK Pflicht	eW frei.	ÜWK	eWK Pflicht	eW frei.			
111	Verwaltungssteuerung und Service	0	90	10	0	348.303.424	38.700.380	387.003.804	383.897.558	390.110.050
121	Statistik und Wahlen	80	20	0	1.334.511	333.628	0	1.668.139	1.307.012	2.029.266
122	Ordnungsangelegenheiten	100	0	0	47.987.319	0	0	47.987.319	47.737.450	48.237.187
126	Brandschutz	0	100	0	0	44.730.079	0	44.730.079	44.418.495	45.041.662
127	Rettungsdienst	0	0	100	0	0	0	0	0	0
128	Katastrophenschutz	0	0	100	0	0	-1.710.090	-1.710.090	-2.318.763	-1.101.417
211	Grundschulen	0	100	0	0	49.519.278	0	49.519.278	49.199.213	49.839.342
216	Sekundarschulen	0	100	0	0	71.102	0	71.102	71.586	70.618
217	Gymnasien	0	100	0	0	101.094	0	101.094	101.300	100.887
218	Gesamtschulen	0	100	0	0	90.259	0	90.259	73.997	106.521
219	Gemeinschaftsschulen	0	100	0	0	0	0	0	0	0
221	Förderschulen	0	0	100	0	0	5.918	5.918	2.791	9.045
231	Berufsbildende Schulen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
241	Schülerbeförderung	0	0	100	0	0	202.771	202.771	205.704	199.838
242	Fördermaßnahmen für Schüler	0	0	100	0	0	7.000	7.000	7.000	7.000
243	Sonstige schulische Aufgaben	0	100	0	0	1.364.313	0	1.364.313	1.319.089	1.409.536
251	Wissenschaft und Forschung	0	0	100	0	0	1.430.113	1.430.113	1.406.900	1.453.325
252	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen	0	0	100	0	0	5.960.349	5.960.349	5.812.128	6.108.569
253	Zoologische und Botanische Gärten	0	0	100	0	0	3.601.606	3.601.606	3.613.657	3.589.555
261	Theater	0	0	100	0	0	4.686.904	4.686.904	4.585.014	4.788.794
262	Musikpflege	0	0	100	0	0	727.828	727.828	720.023	735.632
263	Musikschulen	0	0	100	0	0	511.858	511.858	473.931	549.784
271	Volkshochschulen	0	0	100	0	0	139.538	139.538	148.014	131.061
272	Bibliotheken, Büchereien	0	0	100	0	0	10.586.781	10.586.781	10.772.441	10.401.121
273	Sonstige Volksbildung	0	0	100	0	0	0	0	0	0
281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	0	0	100	0	0	11.525.986	11.525.986	11.560.516	11.491.456
291	Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften	0	0	100	0	0	83.053	83.053	123.603	42.503
311	Grundversorgung und Hilfen	0	10	90	0	0	0	0	0	0
312	Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende	0	0	100	0	0	230.855	230.855	218.105	243.604
313	Hilfen für Asylbewerber	0	0	100	0	0	8.854	8.854	675	17.033
315	Soziale Einrichtungen	40	30	30	1.188.586	891.440	891.440	2.971.465	2.991.417	2.951.513
321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	100	0	0	0	0	0	0	0	0
331	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	0	0	100	0	0	402.101	402.101	407.929	396.272
341	Unterhaltsvorschussleistungen	0	0	100	0	0	0	0	0	0
343	Betreuungsleistungen	0	0	100	0	0	1.922	1.922	5.219	-1.376
344	Hilfen politische Häftlinge	0	0	100	0	0	0	0	0	0
345	Bundeskindergeld	100	0	0	0	0	0	0	0	0
346	Wohngeld	100	0	0	3.929.227	0	0	3.929.227	3.892.020	3.966.433
351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	0	0	100	0	0	661.563	661.563	571.636	751.489
361	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	0	0	100	0	0	676.921	676.921	691.153	662.689
362	Jugendarbeit	0	0	100	0	0	1.493.759	1.493.759	1.496.273	1.491.244
363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	0	100	0	0	492.489	492.489	437.730	547.247
365	Tageseinrichtungen für Kinder	0	100	0	0	184.335.963	0	184.335.963	174.992.492	193.679.433
366	Einrichtungen der Jugendarbeit	0	0	100	0	0	8.880.561	8.880.561	8.967.915	8.793.206
367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	0	100	0	0	198.345	198.345	248.444	148.245
411	Krankenhäuser	0	0	100	0	0	0	0	0	0
412	Gesundheitseinrichtungen	0	0	100	0	0	-38.667	-38.667	-33.080	-44.254
414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	0	0	100	0	0	50.652	50.652	39.104	62.200
418	Kur- und Badeeinrichtungen	0	0	100	0	0	935.971	935.971	1.008.777	863.164
421	Förderung des Sports	0	0	100	0	0	3.739.619	3.739.619	3.802.416	3.676.821
424	Sportstätten und Bäder	0	33	67	0	8.453.741	17.163.656	25.617.397	25.614.536	25.620.258
511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	15	85	0	4.185.764	23.719.327	0	27.905.091	26.277.397	29.532.784
521	Bau- und Grundstücksordnung	15	85	0	1.156.439	6.553.152	0	7.709.590	7.546.089	7.873.091
522	Wohnbauförderung	0	0	100	0	0	-1.885.436	-1.885.436	-2.255.466	-1.515.406
523	Denkmalschutz und -pflege	10	40	50	179.672	718.686	898.358	1.796.716	2.238.304	1.355.127
531	Elektrizitätsversorgung	0	0	100	0	0	-47.247.289	-47.247.289	-47.607.475	-46.887.102
532	Gasversorgung	0	0	100	0	0	-3.712.295	-3.712.295	-4.192.300	-3.232.289
533	Wasserversorgung	0	100	0	0	-3.742.845	0	-3.742.845	-3.911.217	-3.574.473
534	Fernwärmeversorgung	0	0	100	0	0	-335.106	-335.106	-342.172	-328.039
535	Kombinierte Versorgungsunternehmen	0	0	100	0	0	-18.246.830	-18.246.830	-18.096.912	-18.396.747
537	Abfallwirtschaft	0	100	0	0	40.976	0	40.976	91.006	-9.054
538	Abwasserbeseitigung	0	100	0	0	10.747.320	0	10.747.320	10.797.358	10.697.282
541	Gemeindestraßen	0	100	0	0	46.998.259	0	46.998.259	46.490.988	47.505.530
542	Kreisstraßen	0	75	25	0	100.028	33.343	133.371	259.923	6.819
543	Landesstraßen	0	75	25	0	94.672	31.557	126.230	250.441	2.018
544	Bundesstraßen	0	100	0	0	71.591	0	71.591	143.181	0
545	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	0	95	5	0	41.286.963	2.172.998	43.459.962	43.420.076	43.499.847
546	Parkeinrichtungen	0	0	100	0	0	-2.953.006	-2.953.006	-2.959.569	-2.946.443
547	ÖPNV	0	0	100	0	0	657.687	657.687	702.197	613.176
548	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	0	0	100	0	0	223.217	223.217	189.251	257.183
551	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	0	0	100	0	0	29.132.489	29.132.489	28.157.080	30.107.897
552	Öffentliche Gewässer/ Wasserbauliche Anlagen	0	100	0	0	11.200.196	0	11.200.196	10.928.888	11.471.504
553	Friedhofs- und Bestattungswesen	100	0	0	200.344	0	0	200.344	340.848	59.839
554	Naturschutz und Landschaftspflege	100	0	0	2.460.953	0	0	2.460.953	2.627.976	2.293.930
555	Land- und Forstwirtschaft	0	0	100	0	0	-1.041.389	-1.041.389	-1.420.431	-662.346
561	Umweltschutzmaßnahmen	100	0	0	691.693	0	0	691.693	738.513	644.873
571	Wirtschaftsförderung	0	0	100	0	0	5.956.346	5.956.346	5.735.828	6.176.864
573	Allgemeine Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	0	0	100	0	0	-1.582.865	-1.582.865	-1.349.333	-1.816.397
575	Tourismus	0	0	100	0	0	7.517.231	7.517.231	7.690.568	7.343.894
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	0	90	10	0	524.122.178	58.235.798	582.357.976	576.825.429	587.890.523
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	10	85	5	2.559.653	21.757.048	1.279.826	25.596.527	30.285.882	20.907.172
Aufgabenbereiche insgesamt		4,31	86,45	9,25	65.874.158	1.321.861.869	141.384.664	1.529.120.691	1.510.193.768	1.548.047.613
		1.529.120.691								

Kennziffer	2018 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2019 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2020 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2021 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 GESETZ	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603	1.628.000.000	458.298.873	554.821.524	549.879.603
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) VARIANTE A	1.523.821.096	445.223.866	552.931.481	460.665.749	1.522.527.449	446.445.023	562.208.836	448.873.590	1.532.631.936	451.307.099	569.032.604	447.292.233	1.505.976.819	446.166.269	574.521.782	420.288.768
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-104.178.904	-13.075.007	-1.890.043	-89.213.854	-105.472.551	-11.853.850	7.387.312	-101.006.013	-95.368.064	-6.991.774	14.211.080	-102.587.370	-122.023.181	-12.132.604	19.700.258	-129.590.835
Finanzausgleichsmasse insgesamt 2018 NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) VARIANTE B	1.528.714.744	440.900.342	551.762.856	471.051.546	1.524.382.009	435.079.941	557.543.395	466.758.673	1.525.843.142	430.832.186	558.757.913	471.253.043	1.487.422.989	415.207.251	556.748.081	450.467.657
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-99.285.256	-17.398.531	-3.058.668	-78.828.057	-103.617.991	-23.218.932	2.721.871	-83.120.930	-102.156.858	-27.466.687	3.936.389	-78.626.560	-140.577.011	-43.091.622	1.926.557	-99.411.946
Verteilung																
Kennziffer	Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2019 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2020 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2021 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG
Übertragener Wirkungskreis GESETZ	384.452.659	111.724.197	158.820.162	113.908.300	384.452.659	111.724.197	158.820.162	113.908.300	384.452.659	111.724.197	158.820.162	113.908.300	384.452.659	111.724.197	158.820.162	113.908.300
Übertragener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	345.574.281	113.139.327	154.478.453	77.956.501	351.743.376	115.170.330	157.213.328	79.359.718	358.372.411	117.352.756	160.152.103	80.867.552	365.127.398	119.576.648	163.146.714	82.404.036
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-38.878.378	1.415.130	-4.341.709	-35.951.799	-32.709.283	3.446.133	-1.606.834	-34.548.582	-26.080.248	5.628.559	1.331.941	-33.040.748	-19.325.261	7.852.451	4.326.552	-31.504.264
Übertragener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	345.089.740	112.527.100	154.097.133	78.465.507	349.501.897	113.574.632	155.691.003	80.236.262	353.331.563	114.490.206	156.799.490	82.041.867	356.487.993	115.257.707	157.347.189	83.883.097
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-39.362.919	802.903	-4.723.029	-35.442.793	-34.950.762	1.850.435	-3.129.159	-33.672.038	-31.121.096	2.766.009	-2.020.672	-31.866.433	-27.964.666	3.533.510	-1.472.973	-30.025.203
DAVON:																
§ 4 Auftragskostenpauschale GESETZ	374.440.000	106.853.300	153.678.400	113.908.300	374.440.000	106.853.300	153.678.400	113.908.300	374.440.000	106.853.300	153.678.400	113.908.300	374.440.000	106.853.300	153.678.400	113.908.300
Auftragskostenpauschale NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	335.561.622	110.913.927	146.691.194	77.956.501	341.730.717	112.944.930	149.426.069	79.359.718	348.359.752	115.127.356	152.364.844	80.867.552	355.114.739	117.351.248	155.359.455	82.404.036
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-38.878.378	4.060.627	-6.987.206	-35.951.799	-32.709.283	6.091.630	-4.252.331	-34.548.582	-26.080.248	8.274.056	-1.313.556	-33.040.748	-19.325.261	10.497.948	1.681.055	-31.504.264
Auftragskostenpauschale NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	335.077.081	110.301.700	146.309.874	78.465.507	339.489.238	111.349.232	147.903.744	80.236.262	343.318.904	112.264.806	149.012.231	82.041.867	346.475.334	113.032.307	149.559.930	83.883.097
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-39.362.919	3.448.400	-7.368.526	-35.442.793	-34.950.762	4.495.932	-5.774.656	-33.672.038	-31.121.096	5.411.506	-4.666.169	-31.866.433	-27.964.666	6.179.007	-4.118.470	-30.025.203
Eigener Wirkungskreis GESETZ	1.053.547.341	315.324.676	371.001.362	367.221.303	1.053.547.341	315.324.676	371.001.362	367.221.303	1.053.547.341	315.324.676	371.001.362	367.221.303	1.053.547.341	315.324.676	371.001.362	367.221.303
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	988.246.815	300.834.539	373.453.028	313.959.248	980.784.073	300.024.693	379.995.508	300.763.872	984.259.525	302.704.343	383.880.501	297.674.681	950.849.421	295.339.621	386.375.068	269.134.732
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-65.300.526	-14.490.137	2.451.666	-53.262.055	-72.763.268	-15.299.983	8.994.146	-66.457.431	-69.287.816	-12.620.333	12.879.139	-69.546.622	-102.697.920	-19.985.055	15.373.706	-98.086.571
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	993.625.004	318.079.655	375.254.775	347.381.504	984.880.112	290.255.309	376.852.392	317.772.411	982.511.579	285.091.980	376.958.423	320.461.176	940.934.996	268.699.544	374.400.892	297.834.560
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-59.922.337	2.754.979	4.253.413	-19.839.799	-68.667.229	-25.069.367	5.851.030	-49.448.892	-71.035.762	-30.232.696	5.957.061	-46.760.127	-112.612.345	-46.625.132	3.399.530	-69.386.743
DAVON:																
§ 7 SGB II	100.000.000	32.000.000	68.000.000	0	100.000.000	32.000.000	68.000.000	0	100.000.000	32.000.000	68.000.000	0	100.000.000	32.000.000	68.000.000	0
§ 7 SGB II NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	72.013.347	24.775.459	47.237.888	0	71.801.159	24.702.458	47.098.701	0	72.729.873	25.021.973	47.707.900	0	71.840.616	24.716.033	47.124.583	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-27.986.653	-7.224.541	-20.762.112	0	-28.198.841	-7.297.542	-20.901.299	0	-27.270.127	-6.978.027	-20.292.100	0	-28.159.384	-7.283.967	-20.875.417	0
§ 7 SGB II NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	71.049.792	24.349.168	46.700.624	0	69.432.399	23.702.419	45.729.980	0	68.589.966	23.323.667	45.266.299	0	65.824.442	22.295.940	43.528.502	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-28.950.208	-7.650.832	-21.299.376	0	-30.567.601	-8.297.581	-22.270.020	0	-31.410.034	-8.676.333	-22.733.701	0	-34.175.558	-9.704.060	-24.471.498	0
§ 9 SGB VIII	80.000.000	27.200.000	52.800.000	0	80.000.000	27.200.000	52.800.000	0	80.000.000	27.200.000	52.800.000	0	80.000.000	27.200.000	52.800.000	0

Kennziffer	2018 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2019 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2020 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG	2021 Insgesamt	kreisfreie Städte	Landkreise	ka Gemeinden, VbG
§ 9 SGB VIII NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	73.907.875	24.190.191	49.717.684	0	73.690.105	24.118.915	49.571.190	0	74.643.252	24.430.882	50.212.370	0	73.730.601	24.132.169	49.598.432	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-6.092.125	-3.009.809	-3.082.316	0	-6.309.895	-3.081.085	-3.228.810	0	-5.356.748	-2.769.118	-2.587.630	0	-6.269.399	-3.067.831	-3.201.568	0
§ 9 SGB VIII NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	75.162.509	24.173.731	50.988.778	0	73.460.649	23.531.641	49.929.008	0	72.578.369	23.155.619	49.422.750	0	69.660.681	22.135.296	47.525.385	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-4.837.491	-3.026.269	-1.811.222	0	-6.539.351	-3.668.359	-2.870.992	0	-7.421.631	-4.044.381	-3.377.250	0	-10.339.319	-5.064.704	-5.274.615	0
§ 10 Schülerbeförderung GESETZ	25.000.000	2.500.000	22.500.000	0	25.000.000	2.500.000	22.500.000	0	25.000.000	2.500.000	22.500.000	0	25.000.000	2.500.000	22.500.000	0
§ 10 Schülerbeförderung NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	23.024.807	2.590.815	20.433.992	0	22.956.964	2.583.181	20.373.783	0	23.253.902	2.616.593	20.637.309	0	22.969.580	2.584.601	20.384.979	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-1.975.193	90.815	-2.066.008	0	-2.043.036	83.181	-2.126.217	0	-1.746.098	116.593	-1.862.691	0	-2.030.420	84.601	-2.115.021	0
§ 10 Schülerbeförderung NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	23.545.465	2.589.052	20.956.413	0	23.041.130	2.520.283	20.520.847	0	22.792.784	2.480.010	20.312.774	0	21.903.689	2.370.732	19.532.957	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-1.454.535	89.052	-1.543.587	0	-1.958.870	20.283	-1.979.153	0	-2.207.216	-19.990	-2.187.226	0	-3.096.311	-129.268	-2.967.043	0
§ 11 Kreisstraßen GESETZ	32.500.000	650.000	31.850.000	0	32.500.000	650.000	31.850.000	0	32.500.000	650.000	31.850.000	0	32.500.000	650.000	31.850.000	0
§ 11 Kreisstraßen NEUBERECHNUNG (Kreissstraßenlänge 01.01.2016)	23.350.388	435.299	22.915.089	0	23.350.388	435.299	22.915.089	0	23.350.388	435.299	22.915.089	0	23.350.388	435.299	22.915.089	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-9.149.612	-214.701	-8.934.911	0	-9.149.612	-214.701	-8.934.911	0	-9.149.612	-214.701	-8.934.911	0	-9.149.612	-214.701	-8.934.911	0
§ 12 Schlüsselzuweisung	816.047.341	252.974.676	195.851.362	367.221.303	816.047.341	252.974.676	195.851.362	367.221.303	816.047.341	252.974.676	195.851.362	367.221.303	816.047.341	252.974.676	195.851.362	367.221.303
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	795.950.398	248.842.775	233.148.375	313.959.248	788.985.457	248.184.840	240.036.745	300.763.872	790.282.110	250.199.596	242.407.833	297.674.681	758.958.236	243.471.519	246.351.985	269.134.732
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-20.096.943	-4.131.901	37.297.013	-53.262.055	-27.061.884	-4.789.836	44.185.383	-66.457.431	-25.765.231	-2.775.080	46.556.471	-69.546.622	-57.089.105	-9.503.157	50.500.623	-98.086.571
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	800.516.850	245.575.992	231.104.819	323.836.039	795.595.546	240.065.667	237.757.468	317.772.411	795.200.072	235.697.385	239.041.511	320.461.176	760.195.796	221.462.277	240.898.959	297.834.560
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-15.530.491	-7.398.684	35.253.457	-43.385.264	-20.451.795	-12.909.009	41.906.106	-49.448.892	-20.847.269	-17.277.291	43.190.149	-46.760.127	-55.851.545	-31.512.399	45.047.597	-69.386.743
nachrichtlich:																
besondere Ergänzungszuweisungen § 7 bis 11	237.500.000	62.350.000	175.150.000	0	237.500.000	62.350.000	175.150.000	0	237.500.000	62.350.000	175.150.000	0	237.500.000	62.350.000	175.150.000	0
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (PREISNIVEAU) - VARIANTE A -	192.296.417	52.065.785	140.339.585	0	191.798.616	52.065.785	140.339.585	0	193.977.415	52.065.785	140.339.585	0	191.891.185	52.065.785	140.339.585	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-45.203.583	-10.284.215	-34.810.415	0	-45.701.384	-10.284.215	-34.810.415	0	-43.522.585	-10.284.215	-34.810.415	0	-45.608.815	-10.284.215	-34.810.415	0
Eigener Wirkungskreis NEUBERECHNUNG (DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG) - VARIANTE B -	193.108.154	51.547.250	141.560.904	0	189.284.566	50.189.642	139.094.924	0	187.311.507	49.394.595	137.916.912	0	180.739.200	47.237.267	133.501.933	0
Differenz Neuberechnung minus Gesetz	-44.391.846	-10.802.750	-33.589.096	0	-48.215.434	-12.160.358	-36.055.076	0	-50.188.493	-12.955.405	-37.233.088	0	-56.760.800	-15.112.733	-41.648.067	0